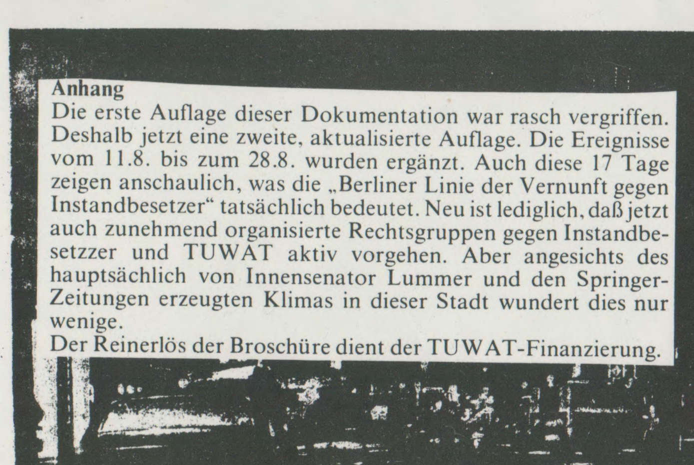
„Berliner Linie“ gegen Instandbesetzer

Die „Vernunft“ schlägt immer wieder zu!

Dokumentation der Ereignisse
vom 3.2. '79 bis zum 11.8. '81

Zweite Auflage
ergänzt bis zum 28.8.81



Anhang

Die erste Auflage dieser Dokumentation war rasch vergriffen. Deshalb jetzt eine zweite, aktualisierte Auflage. Die Ereignisse vom 11.8. bis zum 28.8. wurden ergänzt. Auch diese 17 Tage zeigen anschaulich, was die „Berliner Linie der Vernunft gegen Instandbesetzer" tatsächlich bedeutet. Neu ist lediglich, daß jetzt auch zunehmend organisierte Rechtsgruppen gegen Instandbesetzzer und TUWAT aktiv vorgehen. Aber angesichts des hauptsächlich von Innensenator Lummer und den Springer-Zeitungen erzeugten Klimas in dieser Stadt wundert dies nur wenige.

Der Reinerlös der Broschüre dient der TUWAT-Finanzierung.

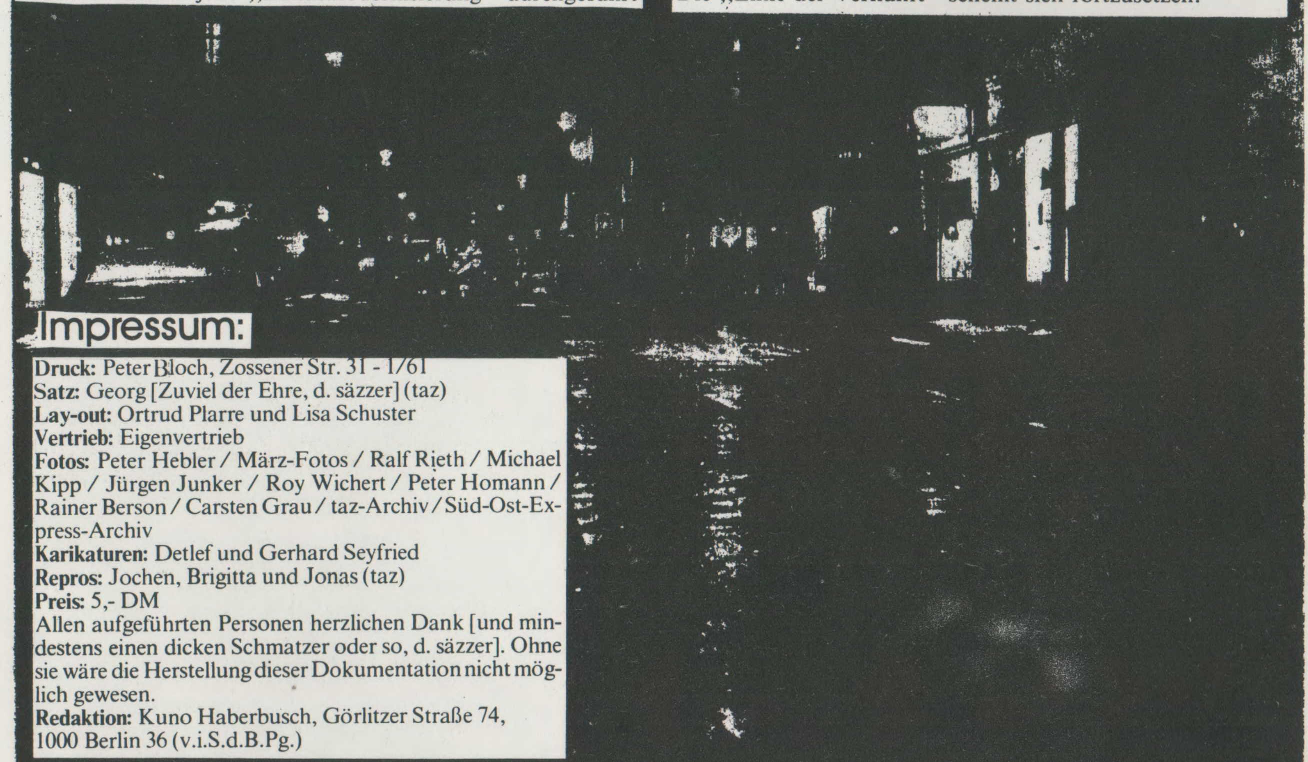
,,Die bisherige Sanierungs- und Wohnungsbaupolitik in Berlin war falsch." Diese Aussage bestreitet heute keine politische Partei. ,,Auf die sakandalösen Auswirkungen dieser verfehlten Politik haben die Instandbesetzer mit ihren Aktionen hingewiesen." Auch das bestreitet heute niemand mehr. Zwei Konsequenzen zogen die verantwortlichen Politiker aus der ganzen Misere: zum einen versprachen sie eine Änderung der Wohnuns- und Sanierungspolitik, zum anderen konzipierten sie die ,,Berliner Linie", bekannt als ,,Linie der Vernunft" gegen Instandbesetzer.

Die heutige Bilanz der versprochenen Änderung: Außer verbalen Lippenbekenntnissen nichts. Bilanz der ,,Linie der Vernunft": Mehr als 3500 Straf- und Ermittlungsverfahren, davon einige abgeschlossen mit Haftstrafen bis zu 30 Monaten ohne Bewährung, und mehr als 2000 Verletzte, davon einige mit Schäden für ihr ganzes Leben (abgequetschte Beine, Verlust des Augenlichtes durch Polizeiknüppel, Gehirnschäden etc.). Sicher, diese Bilanz ist beeindruckend, doch was ist daran vernünftig?

Jetzt steht die Räumung von 10 Häusern an. Der CDU-Senat möchte diese Räumungen, obwohl gerade an einigen dieser Häuser jene ,,Luxusmodernisierung" durchgeführt werden soll, die eine der schlimmsten Erscheinungsformen jener alten und von abgelehnten Sanierungspolitik ist. Diese Vorgehensweise paßt nur allzu gut in jene ,,Linie der Vernunft", wie wir sie bisher erlebt haben. Gekennzeichnet war sie in Wirklichkeit nicht durch Vernunft, sondern durch Unfähigkeit der Politiker, Hetze vieler Berliner Medien, durch nichts zu rechtfertigenden Aktionismus der Berliner Staatsanwaltschaft und oftmals selbst erlebte und beobachtete Brutalität der von den Politikern an die Front geschickten Polizei.

Etwa 300 Vorkommnisse an ca. 130 Tagen sind in dieser Chronologie kurz beschrieben. Manches fehlt, entweder weil wir es schlichtweg vergessen haben oder weil wir es in den Unterlagen nicht gefunden haben. Und vieles wird noch in den nächsten Wochen hinzukommen, wenn die ,,Linie der Vernunft" wieder zuschlägt. Während diese Broschüre fertiggestellt wird, erreichen uns wieder Meldungen über Verhaftungen im Zusammenhang mit ,,TUWAT", über Durchsuchungen in der Adalbertstr. 6 und Reuterstr. 45, über neue Hetzkampagnen gegen ,,TUWAT" und gegen Instandbesetzer.

Die ,,Linie der Vernunft" scheint sich fortzusetzen.



Impressum:

Druck: Peter Bloch, Zossener Str. 31 - 1/61
Satz: Georg [Zuviel der Ehre, d. säzzer] (taz)
Lay-out: Ortrud Plarre und Lisa Schuster
Vertrieb: Eigenvertrieb
Fotos: Peter Hebler / März-Fotos / Ralf Rieth / Michael Kipp / Jürgen Junker / Roy Wichert / Peter Homann / Rainer Berson / Carsten Grau / taz-Archiv / Süd-Ost-Express-Archiv
Karikaturen: Detlef und Gerhard Seyfried
Repros: Jochen, Brigitta und Jonas (taz)
Preis: 5,- DM
Allen aufgeführten Personen herzlichen Dank [und mindestens einen dicken Schmatzer oder so, d. säzzer]. Ohne sie wäre die Herstellung dieser Dokumentation nicht möglich gewesen.
Redaktion: Kuno Haberbusch, Görlitzer Straße 74, 1000 Berlin 36 (v.i.S.d.B.Pg.)

1872: Wohnungsnot in Berlin - Steinhagel und Barrikaden gegen die Polizei

Wohnungsnot - das ist ein aktuelles Thema nicht nur in Berlin. Doch so neu ist das Ganze gar nicht. Blicken wir mehr als 100 Jahre zurück: Mehr als 13.000 Menschen sind im Jahr 1872 „nach polizeilichen Ermittlungen" obdachlos. Am 2.4. 1872 berichtet der Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Nachrichten" seinen Lesern, wie die Obdachlosen zur Selbsthilfe greifen: „Zahlreiche Familienväter haben in der Umgebung der Stadt brachliegendes Land besetzt und Bretterbuden aufgeschlagen, in denen sie mit den Ihren bessere Tage erwarten."
Auf dem Bauland vor dem Frankfurter und Landsberger Tor entstanden ganze Lager mit tausenden von Menschen. Auf dem Rixdorfer Feld, den sogenannten Schlächterwiesen vor dem Kottbusser Tor, wurde auf Initiative von Obdachlosen eine „wilde" Barackensiedlung errichtet, die „Freistadt Barracia". Aus den Berichten der damaligen Zeitungen „Leipziger Allgemeine" und „Der neue Sozialdemokrat":

„Ein kurz entschlossener Obndachloser gab die Anregung dazu, indem er auf einem gepachteten Feldstück eine Bretterbude zum Aufenthalt erbaute... Unter den verzweiflungsvollen Anfängen ist die am Kottbusser Damm auf dem Weg zur Hassenheide zu bedeutenderer Ausdehnung, zu einem schnellen Flor gelangt. Dicht hinter den letzten Vorstadthäusern, auf dem früheren Gemeindewiesenterrain, welches in Erwartung seiner Bebauung mit Straßen teilweise noch zu Kartoffelfeldern dient, erheben sich bereits jetzt mehr als hundert solcher Baracken. Nach Willkür errichtet verteilen sie sich in vier Gruppen über ein ziemlich weitläufiges Terrain. Durchweg sind sie aus rohen Brettern auf dem Erdboden budenmäßig hergestellt, bald kleiner, bald größer, je nach dem verhältnismäßigen Wohlstand des Inhabers und der Größe seiner Familie."
„Jeder hatte sich sein Baumaterial selbst besorgt: Bretter für die primitiven Holzbuden mit zwei kleinen Stuben, Fenster und Türen von irgendwelchen Abrißbaustellen - es klebten noch die Reste alter Tapeten und Ölfarben daran - manche bunt verglast und schräg geschnitten, weil sie aus Treppenhäusern stammten - wahre 'Luxusartikel' und von den Hausfrauen zierlich mit Gardienen geschmückt. Manche Hütten besaßen sogar einen Anbau mit Küche und Vorratskammer, aus dem das herausgesteckte Ofenrohr qualmte. Andere stellten sich zum Kochen ihr eisernes Öfchen ins Freie oder hatten sich einen Herd zusammengemauert. Die Kokshaufen lagen vor der Tür. Diebe brauchte niemand zu fürchten. Lästig waren bloß die Neugierigen, die hinströmten, um das 'Zigeunerlager' zu besichtigen."
„Die Polizei sorgte aber bald dafür, daß der Bourgeoisie der Anblick solcher Elendsbaracken erspart blieb. Sie hatte die Selbsthilfe der Wohnungslosen dulden müssen, weil die Behörden unfähig waren, Abhilfe zu schaffen. Als sich im Sommer 1872 allein auf dem Schlächterfeld 150 Familien neu ansiedelten, sah sich das Polizeipräsidium aus 'sicherheitspolitischen Gründen genötigt', einzuschreiten.
Am 23. Juli begann der 'Blumenstraßenkrawall'. Im Haus Blumenstraße 52 war ein Tischler vom Exekutor auf die Straße gesetzt worden. Als die Feuerwehr kam, um den Hausrat wegzuräumen, brachte das die Erregung der Menschen zum Überlaufen. Dem Hauswirt wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Die berittene Polizei, eingesetzt, die 4.000 bis 5.000 Demonstranten auseinanderzutreiben, wurde mit Steinwürfen empfangen. Eine Straßenschlacht kam in Gang, die bis 3 Uhr morgens andauerte. Am nächsten Morgen sprach sich die Nachricht herum, daß die Polizei damit begonnen hatte, die Obdachlosenbaracken am Frankfurter Tor niederzureißen. Der Aufruhr verbreitete sich über das ganze Stadtviertel und dehnte sich über die Blumenstraße, die Frankfurter Straße, die Weberstraße und deren Querstraßen aus. Gaslaternen wurden eingeworfen, Rinnsteinbohlen ausgehoben und Barrikaden gebaut. Die anrückenden Polizeikräfte wurden mit Steinbombardements aus den Fenstern empfangen. Über 1.000 Polizisten sperrten das Aufruhrgebiet von den umliegenden Straßen ab. Zwei Batallione des Kaiser-Alexander-Regiments und zwei Schwadronen Gardedragoner standen mit scharfen Patronen bewaffnet zum Ausmarsch bereit. Nichtsdestoweniger breitete sich die Revolte weiter aus und ein regelrechter Guerillakrieg entfaltete sich. Das Polizeirevier Lange Straße wurde vom Volk gestürmt. Mit Mühe gelang es den Dragonern schließlich, die Unruhen zu unterdrücken... Die Polizei tat ihr möglichstes, auch die übrigen Baracken verschwinden zu lassen. Aber sofort entstanden neue, die wieder gestürmt wurden. So ging es bis in den August hinein. Am 26.8. holte die Polizei vorm Landsberger Tor zu ihrem letzten Schlag aus - diesmal wohlweislich



nachts, so daß die Arbeiter des Barackenviertels nicht rechtzeitig alarmiert werden konnten. Die Baracken wurden umstellt, die Bewohner aus dem Schlaf gerissen, Feuerwehrleute warfen Möbel und Hausrat auf mitgebrachte Wagen, und dann zertrümmerte man die armseligen Asyle."
So weit die Beschreibung der Vorgänge am Kottbusser Tor, wie sie sich vor über 100 Jahren zutrugen. Steine, Barrikaden, Revolte am Kottbusser Tor - all dies findet sich auch in der nachfolgenden Chronologie über die „Instandbesetzer-Bewegung" in Westberlin. Und „Freistaat Barracia" klingt fast wie Freistaat Kreuzberg.
Und noch eines ist bemerkenswert: Die Reaktionen, als Polizeihundertschaften die Leute angreifen, die in Selbstaktionen ihre Wohnungsnot beseitigen und auf die verfehlte Politik aufmerksam gemacht hatten. So mancher Verantwortliche in dieser Stadt sollte sich dies genau durchlesen, denn - dies zeigt die Geschichte - manche Vorgänge wiederholen sich immer wieder...

Berlin-Kreuzberg im Jahr 1978/79:

Steine von Häusern fliegen auf die Straße herab, Gewalt gegen Sachen und Menschen wird angewendet, intakte Nachbarschaftsbeziehungen zerstört, Mieter werden vertrieben, mühsam aufgebaute Existenzen vernichtet - Teile von Kreuzberg werden zerstört.
Von dieser Gewalt, die im Auftrag des Staates - zum Teil unter Polizeischutz - ausgeübt und auch finanziert wird, hat sich bis heute niemand distanziert. Wer sollte dies auch tun? Etwa jene Politiker, die für diese Zerstörung das Wort „Sanierung" benutzten? Erst war es die „Kahlschlagsanierung" - ganze Straßenzüge wurden abgerissen -, später dann die „behutsame Stadtreparatur" - nicht mehr ganz so große Flächen wurden zerstört, sondern einzelne Objekte, die den dort wohnenden Menschen das Glück bringen soll. Das Ergebis ist niederschmetternd: Eine Zerstörung von Kreuzberg, wie sie selbst der II. Weltkrieg nicht fertigbrachte, vertriebene Mieter in teuren Wohnsilos, Vernichtung von sozialen Beziehungen innerhalb ursprünglich intakter Nachbarschaftsgebiete. Ein Kreuzberger Pfarrer: „Nicht wenige Menschen, zumal ältere, haben diese Gewalt einer verfehlten Sanierungspolitik mit ihrem Leben bezahlen müssen. Sie starben einsam, nachdem sie in Bezirke umziehen mußten, wo sie niemanden kannten, wo sich niemand um sie kümmerte. Auf dem Totenschein stand lapidar: Herzversagen. Die Ursache war und ist aber diese unmenschliche Sanierungspolitik, die ihnen ihr Zuhause wegnahm, ihre Heimat."
Saniert wurde in der Tat. Viele Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften, deren Namen alle bekannt sind, haben ihre Kassen saniert. Und die Politiker haben alles getan, um sie tatkräftig zu unterstützen.



Sicher, es gab schon zu jener Zeit Widerstand. Aber es waren zumeist nur verzweifelte Hilferufe, die niemand hören wollte, es waren Tränen des Zorns, die niemand sehen wollte, es waren auch Protestaktionen, die mit Polizeigewalt beendet wurden.
Es gab die Besetzung der Feuerwache in der Reichenberger Straße, die zum neuen Stadtteilzentrum umfunktioniert wurde. Doch bevor noch ein angerufenes Gericht über die Rechtmäßigkeit des von den Behörden geplanten Abrisses entscheiden konnte, schaffte die Polizei klare Verhältnisse: Geräumt und abgerissen. Die Richter sprachen ihr Urteil, als alles schon entschieden war.
Gespräche, Verhandlungen, Briefe - alles war vergebens. Die Spekulation als Motiv für eine Stadtentwicklung, die Staatsgewalt als Garant für ein reibungsloses Funktionieren, die Bürgerwünsche als Sand im Getriebe, der entfernt werden mußte - das war die eine Seite. Unfähige Politiker, die den Menschen immer das beste versprachen, das war die andere Seite.



Instandbesetzung - ein Begriff wird erfunden.

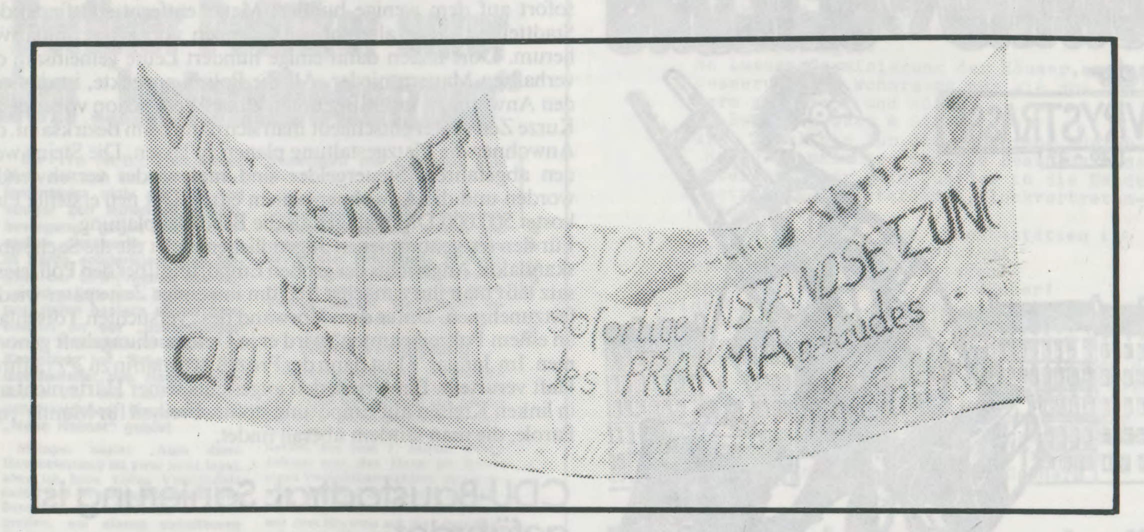
3.2. 1979: Mitglieder der Bürgerinitiative SO 36, die schon lange mit „legalen" Mitteln erfolglos versucht hatten, den großen, spekulativen Wohnungsleerstand den Abertausenden von Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen, greifen zur Selbsthilfe: Mit Pinseln, Farbe, Tapeten, Kabeln usw. „bewaffnet", besetzen sie eine leerstehende Wohnung in der Görlitzer Str. 74 in SO 36. Sie setzen die Wohnung wieder instand, tatkräftig unterstützt von den übrigen Bewohnern des Hauses. Ein neues Wort ist geboren, von dem in Zukunft viel die Rede sein wird: Instandbesetzung.



Der Untätigkeit der Politiker, der Unfähigkeit von Behörden, der Rücksichtslosigkeit von Spekulanten wird eine Selbsthilfeaktion entgegengesetzt.
Aus dem damaligen Flugblatt der BI SO 36 zu dieser Aktion: „Wir wollen keine Wohnungsvermittlung sein, sondern eine Bewegung initiieren, Beispiele geben, ein gemeinsames Vorgehen planen. Wir suchen deshalb Wohnungsinteressenten, die bereit sind, in einer Gruppe zusammnzuarbeiten und auch das Risiko eine Instandbesetzung einzugehen."
Wichtigstes Anliegen: „Die Betroffenen sollen die Sache selbst in die Hand nehmen und nicht mehr darauf warten, daß Politiker und Behörden etwas tun."
Das Ergebnis der ersten Instandbesetzung: Nachdem der Eigentümer des Hauses - die senatseigene BeWoGe - zunächst eine polizeiliche Räumung angedroht hatte, werden kurze Zeit später unter Druck des Senats - immerhin stehen die Wahlen kurz vor der Tür - Mietverträge zur Unterschrift vorgelegt: Die erste Instandbesetzung ist legalisiert. Zusätzlich wird noch eine weitere Forderung der BI erfüllt: Etliche leerstehende Wohnungen der BeWoGe werden an Selbsthilfeprojekte, aber auch an andere Wohnungssuchende vermietet.
Ende März wird die Waldemarstraße 33 und am 7. September 1979 der Leuschnerdamm 9 - genannt „Turm" - instandbesetzt. Beide Häuser gehören der BeWoGe.

Besetzung des „Ufa-Geländes"

9.6. 1980: In Kreuzberg demonstrieren mehrere hundert Menschen gegen den Abriß eine Fabrikgebäudes (Prakma-Gebäude). Dieser Abriß wird zwar vom Verwaltungsgericht als rechtswidrig angesehen, aber da niemand „klagebefugt" ist, hat dies keine Konsequenzen für die Verwaltung. Mehrere Gruppen wollten in diesem guterhaltenen Gebäude wohnen und arbeiten.
Zur gleichen Zeit, als die Demonstration in Kreuzberg läuft, besetzen ca. 80 Leute das „Ufa-Gelände" in Tempelhof. Da die Polizei in Kreuzberg genug zu tun hatte, verläuft die Besetzung des riesigen Areals mit etlichen Häusern und viel Grünfläche reibungslos. Eingeweihte wissen, daß es sich bei der Kreuzberg-Demonstration lediglich um ein Ablenkenungsmanöver handelt-. Die Ufa-Besetzer, die ihre Aktion schon eine Woche vorher „geprobt" hatten, kämpften einige Monate um Mietverträge. Unterstützt von etlichen Gruppen erreichen sie dieses Ziel auch und setzen ihre Arbeit, die sie zuvor schon in der „Schule für Kultur und Sport" in Schöneberg angefangen hatten, auf dem idyllischen Gelände fort. Unzählige Touristen besuchen seither die Idylle in Tempelhof, nicht immer zur Freude der dort wohnenden und arbeitenden Leute.





Protest gegen die Abrißpläne in der Cuvrystraße

26.11. 1979: Die BI SO 36 erhält den Kulturpreis 1979 für ihre Stadtteilzeitung „Süd-Ost-Express". Doch statt einer Dankesrede wird den zahlreich vertretenen Politikern und Presseleuten folgendes kundgetan: „Mitglieder der BI und Mieter aus dem Block 133 (Cuvrystraße) haben vor zwei Stunden vier Wohnungen in der Cuvrystraße besetzt, um damit gegen die vom Senat gebilligten Pläne zu protestieren, dort mehrere Häuser und billige Gewerbeflächen abzureißen, nur, damit einige Spekulanten (Mewes, Schütze, Oldenburg) ihr Ziel - Schaffung von Freiflächen für die Errichtung von gewinnträchtigem Neubau - erreichen."
Auch hier in der Cuvrystraße markieren diese Instandbesetzungen das vorläufige Ende einer langen Entwicklung, die vom ergebnislosen Kampf mit „legalen Mitteln" der dort wohnenden und arbeitenden Menschen geprägt war, die Abrißpläne zu stoppen. Etliche Mieter und auch manche Gewerbetreibende hatten schon aufgegeben und waren unter Druck vertrieben worden.

Beeindruckt von der positiven Reaktion in der Öffentlichkeit blieb dem Senat nach diesen Instandbesetzungen nichts anderes übrig, als die „Internationale Bauausstellung 1984" mit einer Neuplanung für diesen Block zu beauftragen. Dieser dann vorgelegte Plan sieht den weitgehenden Erhalt der Altbausubstanz vor. Die Spekulanten bemühen sich heute (August '81) darum, wie sie am Rückzug aus diesem Gebiet noch etwas verdienen können. Der Ausgang ist ungewiß.
Im Zusammenhang mit diesen Instandbesetzungen gibt es den ersten Prozeß, den die Eigentümer gegen den „Süd-Ost-Express" vor dem Berliner Landgericht austragen. Doch das Ergebnis ist für sie niederschmetternd: Das Gericht weist eine einstweilige Verfügung gegen die Stadtteilzeitung zurück, so daß diese auch weiterhin über Instandbesetzungen berichten und auch dafür eintreten darf. Neben den den Eintümern aufgebrummten Kosten des Verfahrens - immerhin einige tausend Mark - erhalten sie am Tag nach dem Urteil noch eine weitere Quittung: Zehn weitere Wohnungen ihrer Häuser werden instandbesetzt. Heute leben ungefähr 130 Instandbesetzer in der Cuvrystraße.

1980: Es geht weiter

März 1980: Die Mariannenstraße 48 und die Luckauer Straße 3 werden instandbesetzt. Ebenso Wohnungen in den Häusern Naunynstraße 77/79 (Naunynstrand).

Schüsse auf dem Oranienplatz

1. Mai 1980: Ohne jemals die Bevölkerung gefragt zu haben, wurde rund um den Oranienplatz in SO 36 eine Mauer aus roten Klinkersteinen hochgezogen. Als „sinnvolle Platzgestaltung, die dort Ruhesuchende vor dem Autoverkehr schützt" bezeichnete das verantwortliche Bezirksamt Kreuzberg diese Maßnahme. Die dort wohnenden Leute empfanden die Verschandelung ihrer einzigen Grünfläche als Provokation. Angesichts der keine 50 Meter entfernt verlaufenden „Berliner Mauer" ist ihr Motto eindeutig: Eine Mauer ist genug. Schon am Vortag zum 1. Mai gab es erste Versuche, diese Mauern wieder einzureißen. Am 1. Mai gehen wieder einige Leute ans Werk. Die Polizei erscheint und will sie festnehmen. Als ein Polizist zu seiner Schußwaffe greift, schlägt ein 22-Jähriger mit einer Holzlatte auf seinen Arm, um dies zu verhindern. Doch durch eine rasche Bewegung des Polizisten trifft er nicht den Arm, sondern dessen Kopf. Eine Platzwunde ist das Ergebnis. Ein zweiter Polizeibeamter zieht daraufhin seine Pistole und schießt hinter dem flüchtenden Jugendlichen her. Kurze Zeit später wird ein Jugendlicher festgenommen.
Die Nachricht von den „Schüssen am Oranienplatz" spricht sich sofort auf dem wenige hundert Meter entfernt stattfindenden Stadtteilfest vieler alternativer Gruppen und Bürgerinitiativen herum. Dort reißen dann einige hundert Leute gemeinsam die verhaßten Mauern nieder. Als die Polizei anrückte, ist das von den Anwohnern tatkräftig unterstützte Werk schon vollendet.
Kurze Zeit später entschließt man sich dann beim Bezirksamt, die Anwohner die Platzgestaltung planen zu lassen. Die Steine werden abgefahren, Steuergelder sind mal wieder verschwendet worden und die Anwohner planen eifrig. Der neu erstellte Plan kostet 500.000 DM weniger als die Behördenplanung.
Für den festgenommenen Jugendlichen endet die die Sache aber skandalös: Angesichts der großen Empörung über den Polizeieinsatz läßt man ihn zunächst frei, um ihn einige Zeit später wieder festzunehmen. Unter dem Vorwand des „versuchten Totschlags an einem Polizeibeamten" wird er in Untersuchungshaft genommen. Im Januar '81 ist dann der Prozeß, wo man in zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilt. Ein Urteil, daß angesichts seiner Härte nicht nur in linken Kreisen auf Empörung stößt. „Freiheit für Manne", ein Parole, die man seitdem überall findet.

CDU-Baustadtrat: Sanierung ist gefährdet

23.5. 1980: Kreuzbergs Baustadtrat Gramatzky (CDU) schreibt im Auftrag des Bezirksamtes an den Berliner Senat einen Brief, in dem er u.a. feststellt: „Wir haben aufgrund der eingetretenen Entwicklung (also der Besetzung von neun Häusern in SO 36, d. Verf.) den begründeten Verdacht, daß weitere strafbare Handlungen dieser Art (also Hausbesetzungen, d. Verf.) nicht auszuschließen sind und damit die Sanierung und insbesondere die Modernisierung im Bezirk Kreuzberg zum Erliegen gebracht werden kann. Aus der Sicht des Bezirks wäre diese Entwicklung unerträglich."

Erste Festnahmen wegen Instandbesetzung

29.5. 1980: Erster Polizeieinsatz gegen Instandbesetzer in der Wrangelstraße 56: Nachdem die Polizei schon den ganzen Tag das Haus beobachtet hat - dort wurden morgens Transparente mit der Aufschrift: „Instandbesetzt" herausgehängt - rückt am späten Nachmittag eine Hundertschaft Polizei an und stürmt das Haus, in dem sich niemand befand. Als die Polizei unter dem Beifall der rasch anwachsenden Menge unverrichteter Dinger wieder abrücken möchte, werden noch sechs Leute auf dem Gehsteig willkürlich verhaftet. Vorwurf: Sie seien Instandbesetzer. Unter Polizeischutz zerstören sofort danach vom Eigentümer angeheuerte Leute mit Äxten und Hämmern die sanitären Einrichtungen sowie elektrische Leitungen und Fensterrahmen.
Ironie am Rande: Genau zur selben Stunde setzt sich Bausenator Harry Ristock im Abgeordnetenhaus in seiner Rede für eine Instandsetzung von Altbauwohnungen ein. Die Stimmung auch in der Bevölkerung ist nach diesem ersten Polizeieinsatz gespannt. Aussprüche wie „Verhaftet lieber die Besitzer und nicht die Besetzer" müssen sich die Polizisten mehr als einmal von älteren Anwohnern sagen lassen.

Erste Räumung

4.6. 1980: Starke Polizeikräfte räumen das erst fünf Tage vorher besetzte Haus Chamissoplatz 3 in Kreuzberg 61. Achtzehn Leute werden vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Auch hier reagiert die Bevölkerung heftig, da sie ebenso wie die Besetzer eine zu teuere Luxusmodernisierung in diesem Haus verhindern will.

Am selben Tag wurde auch die „Freie Republik Wendland" in Gorleben geräumt.
14.6. 1980: Die Instandbesetzer - elf Häuser sind es mittlerweile - vermuten aufgrund diverser Hinweise, daß sie alle geräumt werden sollen. Die Kreuzberger Bevölkerung wird darüber in einem Flugblatt informiert. Es häufen sich zu jener Zeit auch Bespitzelungen und Observierungen der Instandbesetzer durch zumeist zivile Polizeibeamte.
20.6. 1980: Die Fichtestraße 29 in Kreuzberg 61 - Eigentümer Neue Heimat - wird instandbesetzt. Zur Unterstützung dabei: Der SPD-Abgeordnete Walter Momper.

Berliner Politiker unter den „Instandbesetzern"

Berlin (M.B.). Zum ersten Male hat sich ein Berliner Parlamentarier aktiv mit der seit einiger Zeit laufenden Protestbewegung gegen das Leerstehen preiswerter Wohnungen in Berlin solidarisiert. Das Mitglied der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, nahm gestern abend symbolisch an der „Instandbesetzung" freistehender Räume in Kreuzberg teil. Schauplatz des Geschehens: das Haus Fichtestraße 29, das der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft „Neue Heimat" gehört

Momper sagte: „Auch diese Hausbesetzung ist zwar nicht legal, aber ich habe volles Verständnis dafür, daß Wohnungssuchende zur Besetzung als Mittel der Notwehr greifen, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Es ist eine Provokation, daß die ‚Neue Heimat' dieses Haus seit Monaten weitgehend leerstehen läßt und die ungenutzten Wohnungen weder modernisiert, vermietet noch instandhält."

Kontra „Neue Heimat"

Der Abgeordnete teilte mit, daß er mehrfach die Bauaufsicht des Bezirks Kreuzberg und das Landesamt für Wohnungswesen um Hilfe gebeten habe. Das Haus verfalle aber immer mehr, und damit würden die restlichen Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt. Momper: „Auch die gewerkschaftseigene ‚Neue Heimat' wird der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht gerecht."

Gestern abend gegen 19 Uhr waren mehrere junge Wohnungssuchende, Studenten, Schüler und Arbeiter in mehrere Wohnungen des Hauses Fichtestraße 29 eingezogen. In der Vergangenheit hatten sie sich vergeblich um einen Mietvertrag bemüht. Die Gruppe begann sofort mit der Renovierung.

Keine Vermietung

Teilweise stehen die Wohnungen im Vorderhaus schon länger als drei Jahre leer, obwohl sich Mieter als auch Bezirkspolitiker wiederholt gegen dieses Übel gewandt hatten. Bis zum 1. Januar dieses Jahres war das Haus im Besitz eines Immobilienmaklers, der mehrere Anträge auf Abriß des Gebäudes gestellt hatte, die jedoch mit dem Hinweis auf die „gute Bausubstanz" abgelehnt wurden. Der Makler verkaufte schließlich an die Neue Heimat, die jetzt modernisieren will. Auch die Baugesellschaft hat sich trotz mehrfacher Aufforderungen bislang geweigert, freie Wohnungen in der Fichtestraße 29 zu vermieten.

● Insgesamt sind im Bezirk Kreuzberg inzwischen mehr als 50 leerstehende Altbau-Wohnungen „instandbesetzt". Während in den vergangenen Wochen zwei Häuser in der Kreuzberger Wrangelstraße und am Chamissoplatz von der Polizei geräumt wurden, wohnen in anderen Häusern jugendliche „Instandbesetzer" schon seit mehreren Monaten.

Am 2.7. 1980 fordert die Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung mit den Stimmen aller Fraktionen die Neue Heimat auf, den Instandbesetzern in der Fichtsstraße Mietverträge auszustellen. Diese weigert sich aber.

Der Besetzerrat „K 36" wird gebildet...

12.6. 1980: Die Instandbesetzer verschicken eine Presseerklärung, in der es u.a. heißt: „Der Widerstand gegen die über die Köpfe und gegen die Interessen der Bewohner gehende Politik des Senats in Kreuzberg, gegen die Zerstörung unseres Stadtteils wächst. Immer mehr Menschen greifen zur Selbsthilfe, seien es die Bürger- oder Mieterinitiativen oder die Instandbesetzungen der von Sanierung bedrohten Häuser. Um unseren Widerstand zu organisieren und uns gegenseitig zu helfen, haben wir den Besetzerrat K 36 gebildet...
Die Maßnahmen gegen uns werden schärfer und gezielter. Wir werden laufend von Zivilpolizisten observiert, fotografiert, kontrolliert, verfolgt, verschleppt und geschlagen. Aufgrund von an den Haaren herbeigezogenen Verdächtigungen werden Ermittlungsverfahren gegen uns eingeleitet und Haftbefehle erlassen. Wir werden teilweise behandelt wie Schwerverbrecher, z.B. wenn wir beim Spazierengehen von Zivilpolizisten mit gezogenen Pistolen und der Drohung zu schießen verhaftet und in Handschellen abgeführt werden.
Aber die Gewalt geht nicht von uns aus. Aber wir werden uns wehren, wenn unser Lebensraum zerstört wird und die Menschlichkeit im Beton erstickt."

...und Forderungen gestellt:

- Keine Krimminalisierung der Hausbesetzer!
- Auflösung der Sonderkommission - Keine Sonderstreifen in K 36 !
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren in Zusammenhang von:
  - Hausbesetzungen
  - Räumung Chamissoplatz
  - Polizeiüberfall Adalbertstr. 2.9. 80
  - Bürgerselbsthilfeaktion 1.Mai 80

  Freiheit für Manne!
- ..ine weitere Strafverfolgung!
- ortige Instandsetzung und Vermietung aller erstehenden Häuser und Wohnungen (Leerstands-ehmigungen werden überflüßig)!
  ne Entmietungen!
  ne Luxusmodernisierung der Häuser, sondern besserung des Wohnraums nur wie von den tern gewünscht und nötig!
  ne Bebauung über 4 Stockwerke!
  zige Richlinie für die Sanierung müssen Hausversammlungen und die Beschlüsse der dtteilbewohner sein (Gelder in die Hände betroffenen Mieterläden, Blockvertretun-, Häuserräte)!
  altung von Wohn- und Arbeitsstätten in ockkernen und Fabrikgebäuden!
  hnrecht auch in Fabriketagen!
  etpreisbindungen für alle Häuser!
  eine Miete über 3,-DM pro qm!
- Kein weißer Kreis in Berlin!
- Im Gesetz über Leerstand von Wohnraum muß Instandbesetzung als legales Mittel gegen den Mißbrauch von Wohnraum anerkannt werden (vgl. England/Holland)!
- Verfügung über die bisher besetzten Häuser allein durch die Besetzer in Zusammenarbeit mit den Mieterläden und Blockvertretungen. In diesem Sinne Verteilung der Gelder!

Da packt dich irgendwann 'ne Wut

Diffamierung beim Bausenator

11.7. 1980: Beim Senator für Bau- und Wohnungswesen wird eine vertrauliche Studie über die bisherigen Instandbesetzungen erstellt, die für sich spricht. (Die Studie wurde den Verfassern zugespielt) Auszüge aus dem Papier:
„Zur Struktur von Haus- und Wohnungsbesetzern: Drei Gruppen lassen sich unterscheiden.
1.) Bindungslose Jugendliche. Es handelt sich hier zum Teil um Trebegänger bzw. sehr junge Menschen ohne Schul- bzw. Berufsabschluß. Diese Jugendlichen sind absolut bindungslos und haben nur ein geringes soziales Empfinden entwickelt. Eine politische oder moralische Motivation kann hier nur sehr begrenzt unterstellt werden. Wohnungen, die von diesen Jugendlichen besetzt werden, werden oft sehr schnell Unterkünfte für Stadtstreicher.
2.) Oberschüler/Künstler/Studenten. Es handelt sich um Leute, die oftmals die bestehende Wohnungsnot in der Stadt dazu veranlaßt, ihre Aktionen als moralisch begründeten Protest zu legitimieren.
3.) Politisch motivierte Hausbesetzer. Es scheinen auch Personen bzw. kleine Gruppen an Hausbesetzungen beteiligt zu sein, die eine Besetzung als Instrument radikaler politischer Zielsetzungen verstehen. Eine Auseinandersetzung mit der Polizei ist dieser Gruppe sicher nicht unwillkommen."
Unter dem Stichwort Perspektiven findet man noch folgenden Satz: „Es ist festzustellen, daß es deutlich erkennbare Personalengpässe bei den Wohnungsbesetzern gibt." (13 Häuser sind damals besetzt, heute sind es 164)

Unter dem Punkt „Handlungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung" seinen hier noch zwei Vorschläge zitiert:
„1.) Es muß auf eden Fall verhindert werden, daß Solidarisierungen mit Hausbesetzern von Parteien bzw. Politikern zu einer Verunsicherung bezüglich der Rechtslage und der Handlungsmöglichkeiten führen.
2.) Das Herunterspielen der Problematik durch einige Medien, indem eine objektiv nicht vorhandene Idylle gezeichnet wird, müßte baldmöglichst durch Gespräche mit den Redakteuren beendet werden."
Wie gesagt, die Studie spricht für sich. Aber eines zeigt sich schon hier: Es wird beim Senat überhaupt nicht erkannt, um was es geht.

★

1.8. 1980: Der CDU-Abgeordnete Brinsa - in Berlin dadurch bekannt geworden, daß er trotz seines hohen Einkommens gleich über zwei Sozialbauwohnungen verfügt - fordert die Einsetzung einer Sonderkommission des Staatsschutzes gegen die Hausbesetzer. Doch er wird beruhigt: Seit Mitte Mai gibt es schon eine solche Sonderkommission.

Zunehmende Polizeiaktivitäten

20.8. 1980: Mehrere Mannschaftswagen der Polizei fahren nachts vor dem besetzten Haus Leuschnerdamm 9 auf. Anlaß laut Auskunft der Polizei: Ein Steinwurf auf ein Fahrzeug von Zivilbeamten. Dies wird von den Besetzern energisch bestritten. Nachdem eine größere Menschenmenge zur Unterstützung herbeieilt; ziehen die Polizisten wieder ab. Die Instandbesetzer werten diesen Vorfall sowie die sich jetzt häufenden Provokationen der Polizei gegenüber Instandbesetzern als ein Indiz dafür, daß man bewußt die Konfrontation wolle. Auf einer Pressekonferenz widerlegen sie eine von den Springer-Zeitungen lancierte Meldungen, die jetzt immer mehr dazu übergehen, die Stimmung gegen Instandbesetzer anzuheizen. „Wir sind keine Kriminelle. Die Polizei soll uns in Ruhe lassen!"

Tatort Adalbertstraße 6

2.9. 1980:

Verschiedene Organisationen, von FDP bis Gewerkschaftsgruppen verurteilen das Verhalten der Polizei scharf. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) allerdings sieht die Sache etwas anders. Sie spricht vom „Mob der Straße", der Polizeibeamte angegriffen habe. Das parlamentarische Nachspiel dokumentiert die Zeitung „Der Abend" am 1. 10. '80 seinen Lesern:

Guten Morgen

Erstens: Die Polizei hat immer recht. Zweitens: hat sie ausnahmsweise nicht recht, tritt automatisch Punkt eins in Kraft. Diesen Eindruck ruft die Antwort hervor, die Innensenator Peter Ulrich (SPD) jetzt auf die Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Dr. Jürgen Dittberner zu dem umstrittenen Polizeieinsatz in der Kreuzberger Adalbertstraße am 2. September gab.

Der ABEND veröffentlichte damals einen Augenzeugenbericht über die Vorgänge an jenem Tag. Derlei Beobachtungen interessieren den Innensenator aber offenbar nicht.

Er rechtfertigt den Polizeieinsatz, weil die Beamten nicht erkannt hätten, daß der Träger einer Polizeimütze, den sie festgenommen hatten, Mitglied einer Theatergruppe war. Warum haben die Beamten den Festgenommenen nicht gefragt?

Die gezückte Dienstpistole eines Beamten entschuldigt der Innensenator als „Eigensicherung", weil aus der Jackentasche eines Mannes der Griff einer Spielzeugpistole ragte. Ist der Beamte bedroht worden?

Den rund 150 Personen, die sich während der Auseinandersetzung einfanden, unterstellt Ulrich, sie hätten „ca. 5 qm Kleinpflaster aus dem Gehweg" herausgelöst. Damit soll wohl heftiger Widerstand gegen die Polizei suggeriert werden. Die Kleinpflasterstreifen auf den Gehwegen der Adalbertstraße sind etwa 50 Zentimeter breit. Sie hätten also in einer Länge von zehn Metern aufgewühlt werden müssen. „Erdarbeiten" in solchem Ausmaß wären unserem Redakteur, der Augenzeuge des Polizeieinsatzes war, sicher aufgefallen. Eine Haltung, die Polizisten gegen jede Kritik in Schutz nimmt und ihr Verhalten in jedem Falle rechtfertigt, ist sicherlich nicht geeignet, das Vertrauen in die Polizei zu stärken.

Der Abend

★★★

Augenzeugenbericht von den Krawallen in Kreuzberg

Statt Straßentheater gab es eine Straßenschlacht

Mit Schlagstöcken und gezückten Pistolen ging gestern gegen 14 Uhr 30 die Polizei vor dem instandbesetzten Haus Nummer 6 in der Kreuzberger Adalbertstraße gegen Jugendliche vor. Anlaß der Auseinandersetzung: Die Polizei nahm ein Mitglied einer Theatergruppe der Instandbesetzer fest, weil es eine Polizeimütze trug — nach Angaben von Gruppenmitgliedern eine Nachbildung. ABEND-Redakteur Bruno Rieb erlebte die Auseinandersetzung. Hier sein Bericht.

● Die Theatergruppe wollte anläßlich einer Pressekonferenz, zu der die Jungdemokraten, die Alternative Liste Kreuzberg, der Verein „Bürger beobachten die Polizei" und der Besetzerrat K 36 eingeladen hatten, ein Theaterstück aufführen. In dem Stück sollten die Ereignisse am 1. Mai dieses Jahres auf dem Oranienplatz dargestellt werden. Damals soll ein Polizist, nachdem Jugendliche eine umstrittene Mauer abgerissen hatten, gezielt auf einen flüchtenden Jugendlichen geschossen haben. Aber es kam erst gar nicht zu der Pressekonferenz.

Als die Theatergruppe das instandbesetzte Haus verließ, nahmen vor dem Haus wartende Polizisten einen der Mimen fest, weil er seiner Rolle gemäß eine Polizeimütze trug. Er wurde in einen bereitstehenden Mannschaftswagen gebracht und sollte zur Feststellung der Personalien abtransportiert werden. Binnen kurzer Zeit versammelten sich zahlreiche Jugendliche um das Fahrzeug, hinderten es an der Abfahrt und forderten die Freilassung des Festgenommenen.

Die Polizisten riefen Verstärkung. Nach wenigen Minuten eilten mehrere VW-Busse und Mannschaftswagen der Polizei herbei. Ein VW-Bus raste dabei mit hoher Geschwindigkeit rücksichtslos den dichtgesäumten Gehweg entlang.

Mit Schlagstöcken knüppelten die Polizisten dem blockierten Fahrzeug den Weg frei. Dabei spielte sich folgende Szene ab: Drei Polizisten griffen sich einen Jugendlichen, der vor dem Mannschaftswagen stand, und hielten ihn fest, während ein vierter Polizist mit dem Gummiknüppel auf den Kopf des Jugendlichen einschlug. Dann wurde er an den Haaren zu dem Mannschaftswagen geschleift.

Während die Polizisten dem Mannschaftswagen den Weg freimachten, stoppte ein mit zwei Personen besetzter Zivilstreifenwagen mit quietschenden Reifen. Die beiden Zivilpolizisten sprangen heraus und verfolgten zu Fuß zwei Jugendliche. An der Adalbert-/Ecke Oranienstraße stellten sie einen der beiden und führten ihn mit vorgehaltener Pistole zu einem herangefahrenen Mannschaftswagen. Passanten, die den Vorfall beobachteten, reagierten völlig fassungslos und forderten die Polizisten auf, die Pistolen wieder wegzustecken.

Der Jugendliche wurde mit erhobenen Händen abgeführt. Der zweite Jugendliche wurde wenige Meter weiter in der Oranienstraße festgenommen. Die Polizisten griffen sich die beiden offenbar ganz gezielt heraus. Aus welchem Grund blieb unklar.

Kurze Zeit danach flogen aus der Menge Eier gegen die Polizisten. Für diese erneuter Anlaß, gegen die Jugendlichen vorzugehen. Dabei stieß ein Polizist einen völlig unbeteiligten, etwa 30jährigen Passanten um, so daß dieser mit dem Hinterkopf auf den Asphalt niederschlug und benommen liegenblieb. Die Ordnungshüter kümmerten sich nicht weiter um den Verletzten. Er wurde später von einem Unfallwagen der Feuerwehr abtransportiert.

DER ABEND

Die Erkenntnisse eines CDU-Abgeordneten

16.9. 1980: Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU, Ulrich Brinsa - als Scharfmacher schon vorher in Erscheinung getreten - teilt seine neuesten Erkenntnisse mit, über die die Springer-Presse groß berichtet. U.a. behauptet Brinsa, daß „unter zweifelsfreier Steuerung, Beteiligung und technischer Hilfe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) die kriegsmäßig-logistischen Vorbereitungen für eine groß angelegte Offensive geschaffen werde." Dem Ziel der Besetzer, den Staat aktiv zu bekämpfen, solle - so teilt Brinsa mit - „nach Erkenntnissen der Polizei dadurch näher gekommen werden, daß ein bestimmtes Gebiet in Kreuzberg abgeschottet und zum alleinigen Interessen- und Herrschaftsgebiet der Besetzer gemacht" werde. „Von dort soll die bewaffnete Auseinandersetzung in die umliegenden Stadtteile getragen werden." Doch damit nicht genug. Auch eine zweite „Erkenntnis" gab er von sich: „Straftaten von Besetzern würden nicht verfolgt."
Beweise für seine permanenten Diffamierungen bleibt Brinsa schuldig. Aber die Stoßrichtung ist klar: Hetze!

Der Polizeipräsident meldet sich zu Wort

28.9. 1980: Polizeipräsident Klaus Hübner (SPD) gibt der „Berliner Morgenpost" (Springer-Verlag) ein Interview, daß an manchen Stellen erhebliche Informationsrückstände offenbart, an anderen Stellen nur noch peinlich ist. Auszüge dieses Interviews:

Interview mit Polizeipräsident Hübner über Hintergründe der Hausbesetzungen

Eindeutige Werbung für den Terror

Die Modernisierung der Berliner Altbausubstanz ist ein Problem, das in weiteren Teilen der Bevölkerung Unmut hervorgerufen hat. Eine umgebaute ofenbeheizte Wohnung ist nach der Renovierung mit eingebautem Bad und Zentralheizung oft drei- bis viermal so teuer wie vorher. Auch die Tatsache, daß Mieter in andere Stadtteile umgesetzt werden müssen, ist problematisch. Seit mehreren Monaten sind vornehmlich junge Menschen in entmietete Häuser eingedrungen. Sie haben die Häuser besetzt. Wie sie sagen: instandbesetzt, weil sie kleinere Reparaturen und Maler- sowie Tapezierarbeiten auf eigene Kosten vorgenommen haben. Die Besetzer haben oft durch gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei für negative Schlagzeilen gesorgt. Die Berliner Morgenpost sprach mit Polizeipräsident Klaus Hübner über die Hintergründe dieser beunruhigenden Zeiterscheinung.

BM: Weiß die Polizei, wieviel Häuser besetzt sind?

Hübner: Nach unseren Erkenntnissen befinden sich in 15 Häusern Personengruppen, die sich selbst Besetzer nennen.

BM: Wie groß ist der Personenkreis?

Hübner: Die Teilnahme an Hausbesetzungen ist wechselnd und schwankend. Man wird davon ausgehen können, daß sich an diesen Aktionen im Kern etwa 150 bis 200 Personen beteiligen.

BM: Welche Ziele verfolgen die Besetzer?

Hübner: Für die Hausbesetzer mag es drei Motivgruppen geben: Es sind zum einen politisch motivierte Gruppen, die glauben, durch kalkulierte Rechtsverletzung Änderungen in der Wohnraumpolitik erzwingen zu können.

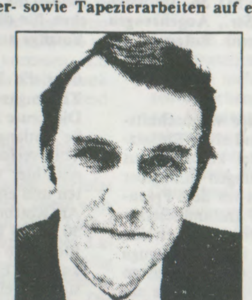
Eine zweite Gruppe ist sich dadurch verwandt, daß sie sich ohnehin gern an Aktionen beteiligt, die am Rande der Gesellschaft und außerhalb der gemeinsamen Normen stattfinden. Hierunter dürften auch die meisten zu finden sein, die gerne möglichst kostenlos oder billig, auf jeden Fall aber in einer Gemeinschaft mit eigenen Regeln leben wollen.

Die dritte und gefährliche Gruppe artikuliert sich im „Besetzerrat" und verfolgt das ausschließliche Ziel, auch das Thema „Wohnraumnot" politisch zu besetzen und damit vor allen Dingen das verhaßte System zu treffen. In diesem letzteren Kreis besteht internationaler Konsens, besonders nach Amsterdam und Zürich, wo es in den letzten Wochen blutige Straßenschlachten gab.

Gemeinsam für alle drei Motivgruppen ist, daß kaum einer unter den Besetzern aus persönlicher Wohnungsnot beteiligt ist.

BM: Die Besetzer behaupten, Interessen der Bürger zu vertreten. Hat die Polizei Erkenntnisse, ob sich alteingesessene Anwohner mit Besetzern solidarisch erklären?

Hübner: Es hat anfangs gewisse Sympathien alteingesessener Einwohner gegeben. Das chaotische und oft krawallhafte Verhalten der Besetzer hat jedoch in letzter Zeit eher zu Spannungen mit der Nachbarschaft geführt. Differenziert betrachtet, dürfen aber auch nicht die ausländischen Anwohner übersehen werden, die eine eigene Einstellung zu den bei uns als Standard betrachteten Erwartungen an den Wohnraum haben. Sie wollen nämlich in der Hauptsache so billig wie möglich wohnen, bei Verzicht auf einen Mindestanspruch.



Polizeipräsident Klaus Hübner steht Rede und Antwort.

BM: Ist eine Hausbesetzung eine Herausforderung an die Polizei, die verpflichtet ist, Eigentum zu schützen?

Hübner: Selbstverständlich schützt die Polizei das Eigentum, sie muß jedoch bei der Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche schützend in zweiter Linie stehen. Sie kann das Problem zwischen Vermietern und Mietern nicht mit polizeilichen Maßnahmen lösen.

BM: Der Polizei wird vorgeworfen, Straftaten wie Diebstähle, Einbrüche und Straßenraubüberfälle nicht ausreichend intensiv verfolgt zu haben, weil als Täter Hausbesetzer vermutet wurden. Mißt die Polizei mit zweierlei Maß?

Hübner: Für die Polizei gibt es nur ein Maß, und das ist das Gesetz. Bei dem polizeilichen Handeln im Augenblick des Ereignisses ist aber die Verhältnismäßigkeit der anzuwendenden polizeilichen Mittel mit viel Fingerspitzengefühl abzuschätzen.

So muß die Polizei zum Beispiel die Nerven haben, nicht auf jede vordergründige Provokation hereinzufallen, die nach einem uns bekannten Flugblatt den „Häuserkampf" in Kreuzberg auslösen soll.

In keinem Fall aber wird von einer Strafverfolgung abgesehen. Bei der Verfolgung einer geringfügigen Rechtsverletzung kann die Polizei jedoch nicht selbst die mögliche Verletzung erheblicher Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit von vornherein außer Betracht lassen.

BM: In Bekennerschreiben nach Brandanschlägen auf Polizeiautos haben die Täter vor kurzem behauptet, daß sie zu der Terrorbande „Bewegung 2. Juni" gehören. Außerdem erklären sie, daß Hausbesetzungen ihren Zielen, nämlich dem Terrorismus, dienen. Hat die Polizei Hinweise oder Erkenntnisse, daß Kontakte zwischen Hausbesetzern und Terroristen bestehen?

Hübner: Dies ist ein absolutes Bekenntnis zu den Zielen und Absichten des Terrorismus. Es gibt bei der Polizei keine Erkenntnisse darüber, daß Hausbesetzer und Terroristen, nach denen gefahndet wird, in direkter Beziehung stehen. Aus den eigenen Bekenntnissen des Besetzerrates aber und aus den Verknüpfungen ist nicht zu leugnen, daß im Kern der Gruppe, die den Häuserkampf will, für den Terrorismus eindeutig und unverhohlen geworben wird.

BM: Gibt es Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gegen einzelne Hausbesetzer?

Hübner: Es gibt zur Zeit kein Ermittlungsverfahren gegen einzelne Hausbesetzer wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung aus Anlaß der Hausbesetzungen.

Ortwin Kücholl

Die Wut entlädt sich zum erstenmal

10.10. 1980: Zum Abschluß einer Aktionswoche der Instandbesetzer findet ein Fackelzug von ca. 1.500 Menschen statt. Er richtet sich gegen eine befürchtete Räumung der Häuser und führt an den mittlerweile 13 besetzten Gebäuden in SO 36 vorbei. Von sehr starken Polizeieinheiten begleitet, kommt es während der Demo immer wieder zu kleinen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nach Abschluß des Fackelzuges entlädt sich die mittlerweile angestaute Wut, hervorgerufen durch dauernde Räumungsangst, zunehmende Polzeiaktivitäten gegen Besetzer und einer sich verschärfenden Hetzkampagne in verschiedenen Berliner Zeitungen - in einer Straßenschlacht. Schaufenster von Banken und Supermärkten am Kottbusser Tor werden eingeschmissen, Barrikaden errichtet sowie Steine auf Polizeifahrzeuge geworfen. Über Funk erhalten die Polizeifahrzeuge die Anweisung, SO 36 weiträumig zu umfahren. Gegen 2 Uhr morgens beruhigt sich die Lage. Die Presse berichtet so gut wie nichts über diese Vorfälle.
17.10. 1980: Die Mensa der TU wird von wohnungssuchenden Studenten besetzt und zum SChlafsaal umfunktioniert.
25.10. 1980: Eine erste Veranstaltung mit Parteipolitikern über Instandbesetzungen findet auf Einladung der BI SO 36 statt. Der Vertreter der CDU, der heutige Bausenator Rastemborski, bekundet „politische Sympathie" für die Instandbesetzer, der FDP-Abgeordnete Harald Loch sammelt unter dem zahlreich erschienenen Publikum Geld für die Häuser und der SPD-Vertreter Lorenz bekennt, daß seine Partei gravierende Fehler in der Sanierungspolitik gemacht habe.



Aus Instandbesetzern werden Mieter

26.11. 1980: Das Bezirksamt legalisert die Instandbesetzung zweier besetzter Häuser in der Forster Straße 16 und 17 in SO 36. Diese beiden Häuser sind von wohnungslosen Türken besetzt. Eine mutige Tat, wenn man an die scharfen Bestimmungen des Ausländergesetzes denkt. Bei der Besetzung hatten die Türken übrigens nicht die Türen aufbrechen müssen. Denn ein CDU-Stadtrat hatte unter dem Druck einer Mieterinitiative freiwillig die Schlüssel für die dem Bezirk Kreuzberg gehörenden Häuser herausgegeben.
27.11. 1980: Verschiedene Projekte, u.a. eine Sprachenschule, eine Theatergruppe, Taxikollektive, eine Frauengruppe, eine Rockband sowie eine Handwerksgruppe besetzen ein großes Fabrikgebäude in der Cuvrystraße, das „Kerngehäuse", so die neue Bezeichnung.
30.11. 1980: Nachdem mehr als anderthalb Jahren Häuser und Wohnungen in Kreuzberg besetzt wurden - bis dato 14 Häuser -, wird jetzt zum erstenmal ein Haus außerhalb dieses Bezirks besetzt: Die Gronninger Straße 50 im Wedding.

Die Lage spitzt sich zu

3.12.1980: Vor einem Jugendgericht wird ein 17-Jähriger, der bei der Räumung des Chamissoplatzes 3 am 4.6.1980 festgenommen worden war, zu einer Geldstrafe von 400 Mark verurteilt. Die Polizeizeugen sind sich nicht einig, ob die Besetzer vor der Räumung über Lautsprecher aufgefordert wurden, das Haus freiwillig zu verlassen. Das Verfahren gegen die anderen 17 Festgenommenen findet einige Wochen später im normalerweise nur für Terroristenprozesse vorgesehenen Sicherheitsbereich des Kriminalgerichtes Moabit statt. Es endet mit der Einstellung des Verfahrens. Der Grund dürfte darin zu sehen sein, daß die Vernehmung der Belastungszeugen - hauptsächlich Senatsvertreter und Verwaltungsbeamte - zu allerlei Peinlichkeiten geführt hätte. Denn den berühmten „Berliner Filz" gibt es auch auf diesem Sektor.

4.12.1980: Angesichts bereitstehender starker Polizeikräfte wird das kurz zuvor besetzte Haus Pohlstraße 89 in Tiergarten freiwillig geräumt.

Der Auftakt zu einem heißen Winter

12.12.1980: Ein Tag, an dem sich die Situation schlagartig verändert. Die Ereignisse des Tages in Stichworten: Am Mittag versammeln sich in den Räumen des Sozialpädagogischen Instituts (SPI) einige Frauen und Männer, die im Auftrag des Berliner Senats zwischen ihnen und den Instandbesetzern vermitteln sollen. Ein Lösungsvorschlag des Senats liegt den beauftragten Vermittlern schon vor. Den Instandbesetzern ist von dieser Zusammenkunft und dem Lösungsvorschlag nichts bekannt. Der Lösungsvorschlag hat folgenden Wortlaut:

"1. Alle Instandbesetzer bleiben in den Häusern, in denen nicht sofort modernisiert wird.
2. Es wird sichergestellt, daß unmitelbar Gelder für erste Instandsetzungsmaßnamen (Winterferstigkeit, Inbetriebnahme der Heizungen bzw. Brennstoffanlieferungen) an die einzelnen Häuser vergeben werden.
3. Für diese Häuser müssen mit den Besetzern Verträge abgeschlossen werden, die den weiteren Aufenthalt der Besetzer legalisieren.
4. Es sollen für alle anderen Instandbesetzer, die durch ihre Besetzung den Beginn der Modernisierung und Instandsetzung verhindern, Ersatzhäuser gefunden werden.
5. Zwei Wohnhäuser, Admiralstraße 18 B und D, steen schon dafür zur Verfügung. Das SPI der AW (Arbeiterwohlfahrt) bietet an, als neuer Besitzer (Erbpachtvertrag) dort die Wohn- und Lebensformen, die von den Besetzern gefordert werden, d.h. insbesondere Instandsetzung und Modernisierung, in weitestgehender teilweiser Eigeninitiative und Selbstbestimmung als Träger zu ermöglichen.
6. Je nach Bedarf sollen weitere Ersatzhäuser ausgehandelt werden. So z.B. auch für ein Jugendzentrum."

Gegen 17 Uhr verhindert die Polizei die Besetzung des Hauses Fraenkelufer 48. Eine über Alarmkette informierte Menschenmenge sammelt sich am U-Bahnhof Kottbusser Tor. Als ca. 15 Jugendliche einer Sackgasse (Admiralstraße) aus Angst vor der Räumung ihre Hauses eine kleine Barrikade errichten, die niemanden störte, greift die Polizei ohne Vorwarnung sofort mit Tränengas an und treibt die Leute unter Schlagstockeinsatz zum

Pressekonferenz zu den „Krawallen" in Kreuzberg

Auf der Pressekonferenz am 16.12. im Mehringhof nahmen Vertreter der Alternativen Liste (Kreuzberg), Besetzerrat 36, Bürgerinitiative SO 36, Initiative „Bürger beobachten die Polizei", Mieterladen Dresdener Str., Augenzeugen und Betroffene Stellung zu den Ereignissen am Freitagabend. Entgegen der überwiegend einseitigen und verleumderischen Berichterstattung in den Medien stellten die Betroffenen richtig, was sich wirklich ereignet hat und wo die Ursachen für die Auseinandersetzungen zu sehen sind. Im folgenden drucken wir Auszüge aus den gehaltenen Redebeiträgen ab:

Bürgerinitiative SO 36, Sorauer Str. 28, 1 Berlin 36

Erlebnisprotokoll von Mitgliedern der BI SO 36 über die Geschehnisse in der Nacht von Freitag auf Samstag in SO 36

Der folgende Bericht ist bei weitem nicht vollständig. Er gibt nur wieder, was einige Mitglieder der BI SO 36 in dieser Nacht erlebt haben. Viele weiteren Einzelheiten — so z.B. die Berichte über Mißhandlungen von Gefangenen in Polizeifahrzeugen und Gefängnissen, über die Übergriffe von Polizeibeamten, das Hineinfahren von Einsatzfahrzeugen in Menschenmengen usw —, die uns sehr viele Zeugen berichteten, werden in einer späteren Dokumentation erscheinen. Diese Dokumentation, aber auch schon der vorliegende Bericht, ist schon deshalb notwendig, weil bislang die Berichte in den verschiedensten Medien der Bundesrepublik, aber auch hier in Berlin, gestützt auf unwahre Polizeiinformationen mehr als verzerrt sind. Wir hoffen, daß die jetzt beginnende Aufhellung des tatsächlichen Sachverhalts dazu beiträgt, daß entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Diese Konsequenzen — auch in personeller Hinsicht — sind in unseren Augen unvermeidlich.

Ca 17 Uhr: Etwa 7-8 Leute öffnen die Tür des Hauses Fraenkelufer Nr. 48, um es instandzubesetzen. Während einige anfangen, Sachen in das Haus zu schaffen, fährt ein VW-Polizeibus langsam am Haus vorbei. Derselbe Bus stand bereits seit 16 Uhr vor dem Haus Admiralstraße 18b (ca. 200 Meter entfernt).

Ca 17.20 Uhr: Mehrere Mannschaftswagen, VW-Busse und zivile Einsatzfahrzeuge der Polizei kommen aus verschiedenen Richtungen (u.a. über Gehwege) und halten vor dem Fraenkelufer 48. Die ca. 7 Instandbesetzer werden festgenommen und lassen sich widerstandslos in die Polizeifahrzeuge bringen. Außer den 40-50 Polizisten waren noch etwa 10 Schaulustige am Ort des Geschehens. Nachdem auch noch die Sachen der Instandbesetzer im Polizeifahrzeug waren, fuhren sämtliche Einsatzfahrzeuge ab.

Ca. 17.40 Uhr: Mittlerweile hatten sich ungefähr 100 Leute vor dem Haus versammelt. Plötzlich kamen alle Einsatzfahrzeuge wieder zurück. Einige Beamten verriegelten die Tür. Mit einem Scheinwerfer leuchtete die Polizei ohne irgendwelchen Grund immer wieder auf das seit mehreren Wochen besetzte Haus Fraenkelufer 50. Gegen 18 Uhr zogen alle Polizisten ab, ohne daß es zu irgendwelchen Auseinandersetzungen kam.

Ca. 18.00 Uhr: Die mittlerweile 150 Leute liefen vom Fraenkelufer zur Admiralstraße, weil das Gerücht umging, die ebenfalls seit mehreren Wochen besetzte Admiralstraße 20 solle geräumt werden. Vor diesem Haus war bereits eine Barrikade errichtet worden, so daß kein Auto mehr in die Admiralstraße (= eine Sackgasse mit fast nur leeren Häusern) fahren konnte.

Ca. 18.25 Uhr: Starke Polizeikräfte versammelten sich jenseits der Admiralbrücke. Gegen 18.30 Uhr stürmten die Polizisten ohne Vorankündigung über die Brücke und warfen sofort Tränengas in die Menschenmenge. Die Leute flüchteten die Admiralstraße entlang in Richtung Kottbusser Tor, verfolgt von Polizisten, die bereits hier viele Leute niederknüppelten und einige auch festnahmen.
Am Kottbusser Tor hatten sich bereits 50 bis 60 Leute angesammelt, als die Menschen von der Admiralstraße ankamen. Eine ziemliche Panik entstand, weil plötzlich auch am Kottbusser Tor sechs Mannschaftswagen auffuhren. Sie fuhren z.T. auf den Gehwegen weiter, um kurze Zeit wieder zurückzukommen. Bei dieser abermaligen Rückfahrt, rücksichtslos knapp an Passanten vorbei, flogen die ersten Steine gegen ein Polizeifahrzeug und gegen die Commerzbank.

Ca. 19.00 Uhr: Ein einzelner Polizeiwagen fuhr auf den Gehweg vor dem Schaufenster der Commerzbank. Die beiden Beamten — sonst war kein weiterer Polizist zu sehen — sprangen aus dem Wagen und liefen mit gezogener Pistole auf eine 250 - 300 köpfige Menschenmenge zu, die vor ALDI stand. Alle Leute rannten in panischer Angst davon. Während dieses Vorganges wurde der Polizeiwagen — in dem sich niemand befand — umgestürzt. Daraufhin kamen die beiden Polizisten wieder zurück gerannt. Kurz neben dem umgestürzten Wagen stürzte ein Polizist und blieb liegen. Der Grund des Sturzes war nicht zu erkennen. Kurze Zeit später kam Verstärkung, die ihre Wagen rund ums Kottbusser Tor parkten. Die Beamten verfolgten sofort eine Menschenmenge in Richtung Reichenberger Straße. Dabei kam es nach übereinstimmenden Aussagen zu wüsten Prügelorgien. Auch unbeteiligte Passanten wurden mit äußerster Brutalität niedergeknüppelt. Etliche Beamten stürmten auch den U-Bhf. Kottbusser Tor. Während dieses Einsatzes kam es immer wieder zum Tränengaseinsatz. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es viele Verletzte und etliche Verhaftete. Als die Polizei wieder abfuhr, flogen Steine sowohl gegen Einsatzfahrzeuge als auch gegen die Scheiben von Aldi, Kaisers, Deutsche Bank und Sparkasse.

Nach 20 Uhr: Immer wieder fuhren Mannschaftswagen ziellos mit Blaulicht und Martinshorn durch die Straßen, stoppten kurz, verhafteten Leute oder/und warfen Tränengas. Panik und Wut wurden immer größer. Viele hundert Menschen sammelten sich mittlerweile am Kottbusser Tor und in den umliegenden Straßen. Die Situation spitzte sich nach jedem Einsatz zu. Inzwischen fingen auch heftige Auseinandersetzungen in der Oranien- und Adalbertstraße an. Die Plünderungen bei Aldi und im Schuhgeschäft begannen. In zwei Lokale in der Oranienstraße, wo viele Passanten Schutz suchten, wurde Tränengas geworfen. Barrikaden in der Adalbert-, Naunyn-, Oranienstraße und Oranienplatz wurden errichtet, so daß hier nach kurzer Zeit kein Polizeifahrzeug mehr durchkam. Die Situation eskalierte von Minute zu Minute.

Nach 22.15 Uhr: Immer wieder heftige Zusammenstöße mit immer mehr Verletzten und Verhaftungen. Gefangene werden in Hauseingängen, auf den Straßen und in den Einsatzwagen brutal mißhandelt. Bis jetzt und spä-

Kottbusser Tor. Dort beginnt dann eine Schlacht, die sich über zehn Stunden hinzieht und hinderte von teilweise schwer Verletzten fordert. Vermittlungsversuche zwischen Polizei und Demonstranten bleiben erfolglos, weil die Polizei versprochene Zusagen nicht einhält.
Als Begründung für den Einsatz tischen Polizei und Senat der Öffentlichkeit eine Lüge auf: Angeblich hätte die Polizei die Besetzung der Admiralstraße 18 B verhindert. Dieses Haus habe man für die Realisierung einer politischen Lösung benötig. „Chaoten aus der Besetzerscene" (so Bausenator Ristock) hätten durch eine Besetzung eine politische Lösung verhindern wollen. Die Fakten deuten allerdings auf eine andere Version:
1. Nicht den Instandbesetzern, wohl aber Senats- und Polizeiangehörigen waren die Bemühungen um eine politische Lösung des Senats bekannt.
2. Die von Polizeiführung und Senat verbreitete Lüge, die Besetzung der für eine „politische Lösung" benötigten Admiralstraße 18 B sei verhindert worden und deshalb der Polizeieinsatz gerechtfertigt, zeigt, daß mit falschen Karten gespielt wurde. Denn das Fraenkelufer 48 sollte besetzt werden.
3. Die vergeblichen Bemühungen von mehreren Leuten, die Schlacht am Kottbusser Tor zu beenden, scheiterten nur daran, daß die Polizei nicht darauf eingehen wollte, bzw. gegebene Zusagen nicht einhielt. Die BI SO 36 in ihrem Bericht über jene Nacht: „Nach unserem Eindruck wollte die Polizei die Schlacht."
4. Bleibt die Frage: Wo muß man die Chaoten, die die Schlacht wollten, tatsächlich suchen? Bei den Besetzern bestimmt nicht.
Die Lügen der Polizei und des Senats haben kurze Beine. Diese Schlacht bildete den Auftakt zu schweren Unruhen. Die Hauptforderung lautete jetzt: „1, 2, 3... laßt die Leute frei!" Der Häuserkampf entwickelt sich zum Knastkampf.

Die Stein-Werfer!

BZ

Die Zerstörungswut nimmt kein Ende. Nach den Krawallen in Kreuzberg tobten sich die Hausbesetzer am Kudamm aus: Wieder flogen Steine gegen Polizisten — wieder wurden Schaufenster eingeworfen — wieder wurde geplündert

ter war in der Oranienstraße erst ein Ladenfenster von einem Jugendlichen eingeworfen. Gegen 22.30 Uhr versuchten ein Mitglied der Bürgerinitiative SO 36 und zwei vom Mieterladen Dresdner Straße, den Einsatzleiter in der Baerwaldstraße zu sprechen. Der BI'ler versucht, den Einsatzleiter zu bewegen, daß nur ein vorübergehender Abzug der Polizeikräfte die sinnlose Situation entspannen könne. Er werde sich zusammen mit anderen dafur einsetzen, daß sich die Leute am Mieterladen Dresdner Str. treffen, um die Situation zu überdenken (s. auch Bericht auf der Pressekonferenz). Wenn es der Polizei um Ruhe und keine Plünderungen ginge, müsse sie darauf eingehen können. Auf Nachfragen betonte der Einsatzleiter, daß keine Räumung der besetzten Häuser beabsichtigt sei, es nur um die Verhinderung von Straftaten und Plünderungen ginge. Der Einsatzleiter gab zu, daß inmitten von Zusammenstößen keine Gespräche möglich wären, wollte aber seine Kräfte erst um 11 Uhr 30 abziehen, wenn bis dahin nichts mehr vorfiele. Am Kottbusser Tor wurde durch ein von der Polizei nach langem Drängen herausgerücktes Megaphon kurz nach 23 Uhr eine Durchsage gemacht, die Straßen zu verlassen und vor dem Mieterladen zusammenzukommen, und von dem Gespräch bei der Einsatzleitung berichtet. Ca. 100 Leute versammelten sich am und im Mieterladen. Der Laden ist total überfüllt. Viele meinen, daß es angesichts der vielen Verletzten und Verhafteten und auch wegen der äußersten Brutalität der Beamten besser sei, zu versuchen, die Sache zu beenden. Einige meinten, daß man sich gegen diese Brutalität weiter wehren müsse und wieder auf die Straße gehen sollte. Währenddessen wurde weiter versucht, ein Megaphon zu bekommen. Angesprochene Beamte antworteten mit Beschimpfungen faschistoider Art und drohten mit Knüppeln. Einige meinten, jetzt wird nicht mehr geredet, sondern „alle gemacht". Dienstnummern-Herausgabe wurde dabei mehrfach verweigert.
Ca. 24.00 Uhr: Im Mieterladen riß der Ruf nach einem Megaphon nicht ab. Ein weiterer Versuch beim Einsatzleiter, ein Megaphon gegen Personalausweis oder wegen dessen Bedenken Hinterlegung von 1000,- DM ausleihen zu können, endete mit der abzulehnenden Aufforderung des verständnislosen Einsatzleiters, mit einem Mannschaftswagen mitzufahren und daraus die Durchsage zu machen. Mit einem woanders aufgetriebenen Megaphon fuhr ein Wagen durch die Straßen und forderte die Leute im Namen der BI SO 36 und des Mieterladens auf, in die Dresdner Straße zur Lagebesprechung zu kommen. Zur gleichen Zeit wurde ein Polizeifunkspruch abgehört: „Alle in die Dresdner Straße fahren!"
Ca. 0.30 Uhr: In die Diskussion dort stürmten drei, vier Leute von der Straße in den Mieterladen, verfolgt von aufgeregten Beamten. Diese wurden am Eindringen in den Laden durch Einreden verhindert. Der Laden war mit ca. 150 Leuten völlig überfüllt. Panik brach aus, als weitere Mannschaftswagen auftauchten. Die Beamten verlangten unter wüsten Beschimpfungen, einen angeblichen Steinwerfer herausholen zu können. Ihnen wurde gesagt, sie sollen eine sinnlose Konfrontation vermeiden. Jetzt griffen sie sich vor Augenzeugen einen völlig Unbeteiligten vor dem Laden und führten ihn ab. Sofort wurde versucht, den Zugleiter ausfindig zu machen, um diesen Mann wieder frei zu bekommen. Ein Verantwortlicher vor Ort konnte nicht ausgemacht werden. Es wurde durch Herrn Schattner vom SKS und Vertretern der BI SO 36 erreicht, daß die Mannschaftswagen wieder abzogen, aber sie nahmen den Verhafteten mit.
Ca. 0.45 Uhr: Daraufhin fuhren vier Vertreter der BI SO 36 hinterher, wurden bei einer weiteren Kontaktaufnahme von Beamten angerempelt und mit Prügel bedroht. Sie suchten zum drittenmal den Einsatzleiter am Carl-Hertz-Ufer auf. Hier wurde vereinbart, nachdem eine Freilassung des Verhafteten nicht erreicht werden konnte, daß die Polizei von 1 Uhr 15 bis 1 Uhr 45 sämtliche Kräfte abzieht, um eine Beruhigung zu ermöglichen.
Stattdessen begann um 1 Uhr 15 die schwerste Konfrontation am Oranienplatz, als Einsatzgruppen in die diskutierende Menschenmenge hineinrasten und knüppelten und mit Steinen empfangen wurden.
Damit waren jegliche Vermittlungsversuche gescheitert. Wut, Panik und Zorn kennzeichneten nach diesen Täuschungsmanövern der Polizei und der Verhaftung vor dem Mieterladen alle Beteiligten. Steinhagel, Barrikaden.
Ca. 1.45 Uhr: Gegen 1.45 Uhr kennt die Brutalität der Polizisten keine Grenzen mehr. Zwei VW-Busse fahren zwischen Barrikade und Ampel am Oranienplatz voll in die Menschenmenge. Dabei gibt es viele Verletzte, unter anderem es 26jähriger, dem beide Beine gebrochen und ein Oberschenkel zerquetscht werden.
Vor Schmerzen, aber auch vor Wut schreiende Menschen bleiben zurück.
Ca. 2.00 Uhr: Kurze Zeit später wird ein einzelner Zivilpolizist in der Oranienstraße entwaffnet und mit einem Tritt und einer schallenden Ohrfeige weggejagt. Niemand versuchte ihm, trotz aller ohnmächtigen Wut, mehr anzutun.
Ca. 2.15 - 4.40 Uhr: Um diese Zeit wird — wieder unter großem Tränengaseinsatz — nach mehreren vergeblichen Versuchen mit Räumfahrzeugen mit der Beseitigung der Barrikaden begonnen.
Für kurze Zeit kehrt Ruhe ein. Doch alle, die diese Nacht erlebt haben, werden sie nicht vergessen. Zu tief sitzt die Wut. Nicht nur über die 60 Verhafteten, sondern auch über die vielen Verletzten, deren Zahl sicher weit über 100 liegt.



Hausbesetzer gewarnt

Innensenator verurteilt Gewalttätigkeiten

Der Berliner Innensenator Peter Ul- rich (S... ...ern „Aggres- ...hundert Ge- ...Vorfällen in ...den sei. Er ...d ihre An- ...n des schwe- ...friedensbruchs". Die Polizei habe auf die Herausforderung in einer außerordentlich schwierigen Lage angemessen, energisch und vernünftig reagiert, erklärte der Innensenator. Die ungerechtfertigte Kritik am Einsatz der Polizei von seiten der Demonstr... „erkennbar Teil eines K... genen krimin... Di...

Demonstranten standen etwa 300 Polizeibeamte gegenüber. Die Höhe des durch die Unruhen entstandenen Sachschadens stand gestern morgen noch nicht fest. Die Tumulte hatten nach Darstellung der Polizei am Freitag gegen 17 Uhr begonnen, als die Polizei ein besetztes Haus in der Admiralstraße geräumt und die Besetzung eines Hauses am Fraenkelufer verhindert hatte.

Einzelne Demonstranten warfen der Polizei ei... ...alen Einsatz vor. Be- ... Vorwarnung mit ...eschritten. Demon- ...ie Vermutung, die ...er großangelegten ...Kreuzberger Haus- ... versetzen". ...ent Klaus Hüb- ...tzleitung einge- ...on einem „Rie- ...euzberg entla- ...s Berlin sagte ...olizei rechne ... und stelle ...veis auf die ...Hausbeset- ...ben recht- ...Handlung ...e ja zu ...atz von ...ie Auf- ... ohne ... im ...gen, ...wi- ...en- ...tz ...t- ...d

SPANDAUER VOLKSBLATT

Wardin: „Konfrontation bewußt provoziert"

Schwere Vorwürfe gegen „militante Kreise in der Kreuzberger ‚Instandbesetzer-Szene' erhebt Peter Wardin, Kreisgeschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der Kreuzberger SPD: Die Instandbesetzung des Fraenkelufers 48 sei bewußt inszeniert worden, um Krawalle mit der Polizei zu provozieren. Wardin: „Gerade das Fraenkelufer 48 war Teil einer umfassenden Konzeption zur Lösung des ‚Instandbesetzer-Problems'.

Die „Konzeption" war am vergangenen Donnerstag, zwei Tage vor den ersten blutigen Krawallen, zwischen Innensenator, Bausenator und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) abgestimmt worden. Dem ABEND erläuterte der SPD-Fraktionschef die darin enthaltenen Lösungsvorschläge:

- Legalisierung durch Miet-, Nutzungs-, Duldungs- oder andere Verträge für die Instandbesetzer.

...Ange... Die D... ...n Ver... ...ahm ... ...eichnet ...fahrzeu... ...t Polize... Die Pol... und Schlagstöcke... wieder errichteten... zu beseitigen. Den ...

Ristock: „Provokateure und finstere Heuchler"

Harry Ristock

Bausenator Harry Ristock heißt den Polizeieinsatz gegen Demonstranten in der City gut. Ebenso den Einsatz gegen „Instandbesetzer" am Fraenkelufer 48 in der vergangenen Woche. Er begründet das dem ABEND so:

Die Rechtsstaatlichkeit schien an dieser Stelle nicht mehr gewährleistet; denn einer kleinen Gruppe von Provokateuren war man viel zu lange tolerant gegenübergetreten.

Herr Ristock, hätten Sie sich auch dann für den Polizeieinsatz gegen die „Instandbesetzer" des Fraenkelufer 48 stark gemacht, wenn Sie von den Folgen gewußt hätten?

Ristock: Ja. Nach einem Modell des Senats und der Arbeiterwohlfahrt sollte das Problem „Instandbesetzer" dadurch gelöst werden, daß gewisse Häuser gezielt für „Instandbesetzer" — als Ersatzobjekte — angeboten werden sollten. Und genau dies war ein solches Haus. Es sollte in der provokatorischen Absicht besetzt werden, ganz gezielt Kompromisse kaputt zu machen. Progressive Politik werde ich mir nicht durch einen Haufen solcher Chaoten zerstören lassen.

Halten Sie die rechtliche Möglichkeit der Hauseigentümer, Häuser räumen und wieder leerstehen zu lassen, für juristisch einwandfrei?

Ristock: [illegible] zwecks Verrottung darf nicht mehr sein. Aber wer ein Haus besetzt, das wir gerade als Ersatz für Besetzer bereitgestellt haben, ist halt ein finsterer Heuchler und schamloser Provokateur.

Gis-

BILD: Wer sind die Drahtzieher?

Kittlaus: Drei Gruppen: 1. Junge Leute, die leere Wohnungen für ungerecht halten und deshalb zu Gewaltakten bereit sind. 2. Regelrechte „Krawallmacher", dazu gehören auch Punker, die keine politischen Anliegen haben. 3. Ideologische Eiferer aus dem linksextremistischen Lager. Bei Gewaltaktionen halten sie sich zurück. Sie schlagen nicht, sie lassen schlagen.

BILD: Werden sie angeleitet?

Kittlaus: Ja. Wir wissen zum Beispiel, daß die gewalttätigen holländischen „Kraakers" zur Zeit in Berlin Filme über die Hausbesetzungen und Aktionen in Amsterdam vorführen. Die Filme werden auch im Theatersaal der FU Berlin gezeigt.

Manfred Kittlaus: Leiter der [illegible]

BILD: Wie entwickeln sich die plötzlichen Überfälle?

Kittlaus: Die Drahtzieher können innerhalb weniger Stunden mit vorbereiteten Telefonlisten Demonstranten zusammentrommeln. Die Aktionen sind bis ins Detail vorbereitet.

BILD: Wandern spezielle Schlägertrupps von Stadt zu Stadt?

Kittlaus: Für einzelne mag das gelten, aber in der Regel wohnen in großen Städten genug Jugendliche, die bereit sind, aus dem Stand heraus Straßenschlachten zu provozieren.

BILD: Sie haben am Wochenende 86 Personen festgenommen. Was sind das für Leute?

Kittlaus: Sie sind zwischen 20 und 35 Jahre alt – die meisten Mitte 20. Unter den Festgenommenen waren Kellner, Sekretärinnen, Postangestellte, Studenten, Sozialarbeiter, Schüler; sogar ein Berliner Stadtinspektor.

MORGENPOST

Die Weihnachtsfeier hatte gerade begonnen – da flogen die ersten Pflastersteine

Sonnabend mittag. Taxifahrt zur Kreuzberger Admiralbrücke. „Wollen Sie sich das Theater ansehen?" fragt der Fahrer und schaltet die Uhr ein. „Komisch, daß wir ohne Krieg nicht leben können. Und wenn wir ihn alleine machen."

Admiralbrücke. Zwei umgekippte Bauwagen, Freitag abend noch Straßensperren. Die Polizei hat sie hierher geschleppt. Die Scheibe des einen Wagens ist heil geblieben. „Sieht doll aus da drin", sagt ein Steppke. Die Heizung ist beim Sturz aus der Wand gerissen. Umgekippte Stühle dazwischen. Die Klamotten der Bauarbeiter.

Blick über das Geländer in den Landwehrkanal – an der steilen Uferböschung Maurerböcke, Bohlen. Im Torweg des Hauses Fraenkelufer 28 versuchen vier Männer einen auf dem Dach liegenden Bauwagen hochzukanten, wegzuschieben. „Den hat uns ein Bulldozer der Polizei heute nacht hierhergeschoben", behauptet der Älteste.

Hier an der Ecke ist Freitag nachmittag der Krawall losgegangen. „Die Verrückten wollten das Haus Admiralstraße 18 stürmen, das gerade instandgesetzt worden ist", sagt ein Passant. „Als die Polizei das verhindert hat, fing das Theater an. „Aber richtig verrückt gespielt haben sie dann später am Kottbusser Tor."

Nordseite Kottbusser Tor. Eckgrundstück Reichenberger Straße, Ecke Skalitze. Riesige Filiale der Sparkasse. Von den zwanzig großen Scheiben, von den beiden Eingängen ist nicht eine Scheibe heil geblieben. Hinter dem Giro-Schalter sitzt ein Wachmann. „Gegen 19 Uhr ging's am Freitag hier los. Die Angestellten der Filiale saßen gerade im Schalterraum, begannen mit ihrer Weihnachtsfeier. Da flogen die ersten Pflastersteine. Die Polizei hat die Angestellten dann rausgeholt und in Sicherheit gebracht.".

Ein Glasermeister mit seinem Gehilfen ist dabei, neue Scheiben einzusetzen. „Muß letzten Endes alles der Steuerzahler berappen." Seit heute morgen arbeite ich schon hier. Notverglasung. Die richtigen Scheiben muß ich erst in Westdeutschland bestellen."

Die Aldi-Filiale nebenan, in der Nacht zum Freitag leergeplündert, ist schon wieder verglast. Großes Plakat im Schaufenster: „Verkaufsstelle bleibt am 15. 12. 80 bis 10 Uhr geschlossen." Kein Verkäufer zu sehen.

Nächstes Geschäft, Kaiser's Drugstore. Alle Scheiben zerschlagen. Holzplatten sind in die Rahmen gestellt. „Um 21 Uhr hat mich am Freitagabend der Geschäftsführer alarmiert", sagt eine Verkäuferin. „Als ich herkam, schleppten sie gerade die Schallplatten aus dem Vorraum. Sogar eine Kundin war dabei. Die hat mir gesagt, wir schädigen doch nicht Sie, sondern Kaiser's. Gegen 23.15 Uhr haben die Plünderer uns dann zugerufen, ‚Mensch, hau ab, die Bullen kommen'. Die dachten, ich wollte auch klauen. Wir machen jetzt hier Feierabend, obwohl heute langer Sonnabend ist!"

Draußen überall Gruppen – vier, fünf Mann stark. Dazwischen Arbeiter der Stadtreinigung. Kratzen Berge von zerschlagenen Schaufenstern zusammen.

Schuhgeschäft Adalbertstraße. Davor ein Glaserwagen. Drin sieht's aus wie nach einen Räumungsverkauf. „Nicht ein Paar haben sie liegengelassen", sagt der Besitzer. Zeigt auf einen Haufen Schuhwerk. „Sind immer nur die einzelnen aus der Auslage." Sieht auf den Vorplatz. „Da laufen sie mit meinen Schuhen an den Beinen herum und ich kann nichts machen."

Der Optikerladen nebenan: leergeplündert. „Nicht ein Brillengestell, keine Lupe, keinen Feldstecher haben sie mir gelassen", sagt der junge Inhaber. „Als ich gegen 21 Uhr alarmiert wurde und herkam, haben sie ruhig weitergeplündert.", Erbittert: „Kein Polizist hat sich hier sehen lassen.

Das türkische Reisebüro in der Adalbertstraße – auch zerstört. Der Chef: „Das bei mir waren keine Punker. Das haben meine Landsleute getan, Kommunisten." Ein junger Bursche mit seiner Freundin schiebt draußen vorbei. Sagt: „Scheiße, daß ich nicht dabeigewesen bin." Vor dem geschlossenen Aldi werden Weihnachtsbäume verkauft. Dritter Adventssonnabend in Kreuzberg. **ewe**

TAZ

Kreuzberg lebt lebt

Eigentlich stand Abrüstung auf dem Programm und am frühen Nachmittag des 12.12. deutete noch nichts daraufhin, daß dieser Freitag sich wesentlich von anderen, angeblich freien Tagen im Leben eines taz Redakteurs unterscheiden sollte. Nachmittags um 15 Uhr eine Pressekonferenz der „Initiative für Frieden und Abrüstung"- um 18 Uhr die Veranstaltung. Vorhersehbare Ereignisse: Keine. Auch als um 17/30 Uhr ein Freund in die Wohngemeinschaft am Fraenkle-Ufer stürmt um, noch nach Luft ringend, zu erzählen, ein paar Häuser weiter wäre gerade ein Haus besetzt und wieder geräumt worden, bin ich noch nicht bereit, dies als ein Signal, daß die Alltagsroutine erschüttert, zu begreifen. Häuser werden in Kreuzberg jeden Tag besetzt, na und?

Ein bißchen Theater, aber nichts, was mich davon abhalten könnte, mich wie geplant der„ globalen Friedenssicherung" zu widmen. Beim verlassen der TFH verdichten sich die Gerüchte, in Kreuzberg wäre doch mehr passiert, als eine routinemäßige Besetzung. „Die Bullen räumen, in SO 36 ist Zoff", erzählt aufgeregt ein Flugblattverteiler. Hin und herschwankend zwischen dem Verdacht „Scheißhausparolen" aufzusitzen und der aufgestachelten Sensationslust siegt die Neugierde.

Kurz vor dem Kottbusser Tor tauchen die ersten Leute auf, deren äußere Insignien auf ein intimes Verhältnis zur Scene schließen lassen. Ungläubig hören wir uns an, wie sie die letzten zwei Stunden in Kreuzberg beschreiben:„ Wir haben aufgeräumt, es ist alles kaputt. Die Bullen sollen sehen was passiert, wenn sie hier räumen wollen".

Wenige Minuten später ist klar, daß es diesmal tatsächlich gefunkt hat. Die seit langem aufgestaute Aggression, Ergebnis eines beständigen Wechselbades zwischen Drohung und Verhandlung, die täglichen Nadelstiche haben eine Situation geschaffen, die niemand mehr kontrollieren kann. Die erste Räumung, unwesentlich ob tatsächlich geräumt wurde oder eine Besetzung verhindert war der Funke an der Zündschnur zum Pulverfaß. Das Bild, das der Platz rund um das Kottbusser-Tor bietet, versetzt mich schlagartig in eine andere Realität. Eine Hochstimmung macht sich breit, der Prozeß der Vergesellschaftung ist in vollem Gange. Von Polizei ist erstmal nichts zu sehen, zwei Wannen verschwinden genausoschnell wie sie erst auftauchten. In dieser Nacht sind in Kreuzberg die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Staßen sind voller Menschen, Barrikaden werden gebaut, immer wieder Gruppen von Leuten die miteinander diskutieren. „Wann kommen die Bullen, das können sie nicht dulden, Kreuzberg als Exteritoriales Gebiet"? Zwar sieht man am ende der Straßenschluchten ununterbrochen Blaulicht zucken, aber erst einmal passiert nichts. Dann plötzlich rücken sie vor, räumen die erste Sperre und werden von einem Steinhagel empfangen. Was dann kommt mutet wie ein kleiner Guerillakrieg an. Die Bullen gewohnt, Demonstrationen aufzulösen, in Menschenmengen reinzuprügeln, machen einen hilflosen bis panischen Eindruck. Immer wenn sie mit fünf bis zehn Mannschaftswagen in das Zentrum der Auseinandersetzungen hereinfahren, ist niemand mehr greifbar. Die Leute verschwinden in Kneipen Hauseingängen Hinterhöfen usw. um dann von hinten alles was an Pflastersteinen greifbar ist, auf die Plexiglasbestückten Wannen niederprasseln zu lassen. Es kam zu Spießrutenfahrten von Mannschaftswagen die durch ein Spalier von Steinewerfenden Besetzern fuhren um sich an irgend einem Platz neu zu sammeln. Immer wieder versuchten die Bullen mit Stoßtrupps eine nichtvorhandene Demonstration aufzulösen, zerstörten Barrikaden die dann an anderen Stelle wieder aufgebaut wurden. Doch Gnade denjenigen derer sie habhaft wurden. Zu dritt knüppelten sie einzelne Leute zusammen schleiften einzelne Unglückliche in die geschlossenen Mannschaftswagen, wo man nur noch erahnen konnte, was mit diesen dann passiert. Phasen zeitweiliger Ruhe wurden immer wieder abgelöst, durch eruptive Ausbrüche neuer Auseinandersetzungen. Die Konzeptionslosigkeit der Polizei kam besonders deutlich zum Ausdruck, als sie , um jemanden festzunehmen, einen Mieterladen stürmten, in dem die dort Versammelten gerade darüber berieten, wie man die Situation wieder einigermaßen unter Kontrolle bekommen könnte. Ähnliche Szenen spielten sich in Kneipen ab, wo die „Freunde und Helfer" in der Regel vergeblich versuchten, Leute festzunehmen.

In den frühen Morgenstunden endendete diese erste Runde, wohl eher aufgrund beiderseitiger Erschöpfung als das die Polizei verkünden konnte, sie hätten ihre „Ordnung" wiederhergestellt.

Jürgen





Wohnungsnot – Vorwand für Straßenschlachten

Die Wohnungsnot (50 000 Berliner suchen eine, 7000 stehen leer) ist für radikale Hausbesetzer nur ein Vorwand. Sie wollen Krawall!

Die Politiker wissen das, gaben bei der Polizei darum auch die Anweisung: „Nicht provozieren lassen, jeden Streit vermeiden." So wurden 23 Häuser in Kreuzberg, Schöneberg, Wedding und Tiergarten besetzt. Ohne daß Senat, Bezirke oder Polizei etwas taten.

Auch das Haus Admiralstraße 18 sollte wieder mit Wissen der Behörden an Hausbesetzer abgetreten werden. Jedenfalls so lange, bis es abgerissen wird. Es steht wie alle anderen im Sanierungsgebiet, gehört den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Aber andere Hausbesetzer kamen, machten es (so komisch es klingt) am Freitagabend ihren „Kollegen" streitig.

Da griff die Polizei ein, der von den radikalen Besetzern gewollte Krach war da.

Der Kampf um die Freilassung beginnt

13.12. 1980: Um ihre Forderung nach Freilassung der inhaftierten Demonstranten vom Vortag zu unterstreichen, findet auf dem Ku-Damm eine Spontandemonstration statt, die sich sehr schnell zu einer Straßenschlacht zwischen 2.000 Demonstranten und 2.000 Polizisten entwickelt. Unzählige Scheiben gehen zu Bruch, durch den rücksichtslosen Schlagstock- und Tränengaseinsatz gibt es wieder viele Verletzte. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Wieder werden Leute festgenommen. Initiiert von erlogenen Polizeiinformationen beginnt eine Hetzkampagne in den meisten Berliner Medien, die Schlimmes befürchten läßt. Am Abend bildet sich ein aus Rechtsanwälten zusammengesetzter Ermittlungsausschuß, der jeden Abend zusammentritt.

Die Steine fliegen - Die Presse kommt

15.12. 1980: Hausbesetzer und Bürgerinitiative SO 36 geben eine Pressekonferenz. Unzählige Journalisten, Fernsehteams und Rundfunkleute, auch aus dem Ausland, sind erschienen. Die Vorfälle der vorhergehenden Nächte werden geschildert, die Polizeilügen widerlegt. Aber den Großteil der Presse interessiert nur eines: Ob sich die Hausbesetzer und die Mietergruppen von der Gewalt distanzieren. Doch dazu ist niemand bereit. „Wir wollten die Gewalt nicht. Aber sie wurde uns aufgezwungen. Wir müssen uns wehren!" So die einhellige Meinung. Der Besetzerrat - der Zusammenschluß der mittlerweile 19 besetzten Häuser - erklärt, daß erst nach der Freilassung aller inhaftierten Demonstranten - über 20 sitzen zu diesem Zeitpunkt in U-Haft - Verhand-

Offene Fragen :

-2-

Wieso behauptete die Polizei am Freitagabend - und so stand es dann am nächsten Tag auch in mehreren Zeitungen -, daß eine Besetzung der Admiralstraße 18 b verhindert worden sei ? In Wirklichkeit handelt es sich doch um das Fraenkelufer 48 ! Wieso standen seit Freitagmittag Polizeifahrzeuge vor dem Haus Admiralstraße 18 b ? Wieso behauptet die Polizei, daß es bereits während der versuchten Instandbesetzung zu Gewalttätigkeiten kam ? Dies ist schlichtweg eine Lüge. Was ist eigentlich ein Polizeibericht wert, der schon bei solchen Angaben unwahr ist ?

Wieso behauptete die Polizei, daß sich in dem umgestürzten Polizeiwagen zwei Beamte befunden hätten, die beide verletzt worden seien ? Im Wagen befand sich nämlich niemand!

Wieso verschweigt die Polizei den Vorfall, daß gegen 2 Uhr am Samstagmorgen am Oranienplatz ein Einsatzfahrzeug bewußt in eine Menschenmenge hineinraßte und hierbei viele Personen verletzt wurden ? Darunter ein 26jähriger, dem hierbei beide Beine gebrochen und ein Oberschenkel zerquetscht wurden ? Und wieso nennt Innensenator Ullrich und Polizeipräsident Hübner ein solches Verhalten rechtmäßig und angemessen ? Daß es - nicht nur bei diesem Vorfall - keine Toden gegeben hat, ist reiner Zufall !

Wieso verschweigt die Polizei, daß kurz nach diesem grauenhaftem Vorfall ein Zivilpolizist - der sich in der Menge befand - entwaffnet und o h n e große Mißhandlungen nur fortgejagt wurde ? Passt ein solches Verhalten wohl nicht in das das aufgebaute Schema von den rücksichtslosen, militanten Gewalttätern ?

Wieso behauptet die Polizeiführung, daß es zu keinerlei Übergriffen der Polizisten kam ? Unzählige Zeugenaussagen beweisen das Gegenteil!

Wieso wurden Leute durch Knüppel und Tränengaseinsatz in die Skalitzer Straße (Richtung Görlitzer Straße) getrieben, wenn gleichzeitig aus dieser Richtung mehrere Einsatzwagen z.T. auf den Gehwegen der flüchtenden Menge entgegenrassen ? Viele Passanten wurden hierbei durch diese Fahrzeuge verletzt.

Wieso behauptet die Polizei seit Sonntag um 18 Uhr, daß das Haus Fraenkelufer 48 wieder besetzt worden sei (was ach in den Nachrichten während der ganzen Nacht gemeldet wurde) ? Bis zur Stunde ist dieses Haus nicht wieder besetzt worden ! Und außer vielen Zivilpolizisten ist dort auch niemand zu sehen.

Wieso behauptet Innensenator Ullrich in Sendungen des SFB, daß offizielle Verhandlungen mit den Instandbesetzern liefen ? Bis zur Stunde hat es solche "offiziellen Verhandlungen" nicht gegeben ! Stattdessen immer wieder Polizeieinsätze.

Polizeiführung, Innensenator berichten immer wieder von 66 verletzten Polizisten, geben aber auf Nachfrage zu, daß lediglic einer überhaupt in das Krankenhaus mußte, wobei dessen Verletzur auch noch falsch geschildert wird. Wir betrachten diese Angaben als übliche Stimmungsmache. Mit Erfolg, denn verschiedene Zeitungen berichten über diesen einen verletzten Polizisten groß mit Bild, kümmern sich aber nicht um die vielen anderen, zum Teil schwer verletzten Passanten, die der Brutalität etlicher Beamten ausgesetzt waren.

Wir werden den Verdacht nicht los, daß die Polizei diese Straßenschlacht bewußt wollte. Das zeigen auch die Vorgänge zwischen 22.3o Uhr und 1 Uhr, als die Polizei sämtliche Vermittlungsbemühungen unmöglich machte und immer wieder mit sinnlosen Einsätzen die geladene Stimmung anheizte.
Angesichts der Vorfälle dieser Nacht, der ganzen Desinformationen durch die Polizeiführung, des Vertuschens von Brutalen Polizeiübergriffen, der Blanko-Rechtfertigung auch vorsätzlicher körperlicher Mißhandlungen usw gibt es für uns nur eine Konsequenz: Wir fordern den Rücktritt von Polizeipräsident Hübner, der an der Einsatzleitung selbst beteiligt war, und auch den Rücktritt von Innensenator Ullrich, der diese ganzen Vorfälle schon vorab rechtfertigt und von einem angemessenen Verhalten der Polizeibeamten spricht.

Bürgerinitiative SO 36
Sorauer Straße ..
.000 Berlin 36

lungen mit dem Senat beginnen könnten. Ein Ultimatum wird gestellt: „Wenn bis Weihnachten nicht alle draußen sind, brennen in Berlin nicht nur die Weihnachtsbäume!“
Gleichzeitig wird eine Großdemonstration für den 20. Dezember (4. Advent) vom Gefängnis zum Ku-Damm angekündigt. Diese Ankündigung zu einer ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration vermeldet die Bild-Zeitung am nächsten Tag auf Seite 1 so: „Am Samstag tobt die Schlacht um Berlin.“
Im Anschluß an die Pressekonferenz formiert sich ein spontaner Demonstrationszug, der auf dem Ku-Damm schnell auf über 3.000 Menschen anschwillt. „Räumt den Knast und nicht die Häuser“ sowie „1, 2, 3... laßt die Leute frei!“ lauten die Parolen. Über 2.000 Polizisten knüppeln die Demonstranten auseinander. Die Straßenschlacht beginnt und dehnt sich auf andere Stadtteile aus. Bilanz: Wiederum etliche Verhaftete und hunderte von Verletzten, darunter eine Frau, die durch einen Polizeiknüppel ihr Augenlicht verliert.

Die „Berliner Morgenpost“ weiß am nächsten tag mal wieder, wer hinter den ganzen „Krawallen“ steckt: „Der 2. Juni und die Rote Armee Fraktion (RAF) steuern das Ganze“ meldet sie ihren Lesern.

25 Haftbefehle nach Krawallen in Kreuzberg – Seit drei Tagen tobt der Straßenkampf

Wieder Steine auf Polizisten und Schaufenster: Randalierer auf dem weihnachtlichen Boulevard

Geschäftsleute am Kurfürstendamm verbarrikadierten gestern abend kurz nach 19 Uhr ihre Türen und räumten in aller Eile die Schaufenster leer. Rund 1500 Extremisten, viele mit Tüchern maskiert, verbreiteten wieder Terror in der City. Sie stürmten zwischen der Gedächtniskirche und Olivaer Platz über den weihnachtlich geschmückten Kurfürstendamm. Steine flogen auf Polizisten und Schaufenster. Wieder wurden Geschäfte geplündert.

Die Polizei hatte schon am Vormittag anonyme Flugblätter erhalten, auf denen zu einer neuen Straßenschlacht am Kurfürstendamm aufgerufen wurde. Aus den Flugblättern ist zu erkennen, daß Politterroristen von der „Roten Armee Fraktion“ und der Bewegung „2. Juni“ im Hintergrund das Feuer schüren.

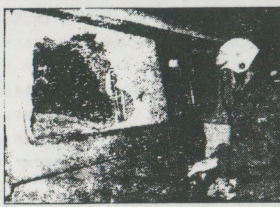
Nach den Beobachtungen der Polizei bildeten sich zuerst drei Gruppen: etwa 600 Personen in dem Bereich zwischen Wittenbergplatz und Gedächtniskirche, etwa 300 Personen in Höhe der Fasanenstraße und eine gleich starke Ansammlung zwischen Knesebeckstraße und dem Olivaer Platz.

Die Polizei sperrte den Kurfürstendamm weiträumig ab. Der Erfolg: In der gesamten Innenstadt (Lietzenburger Straße, Kantstraße, Bismarckstraße, sämtliche Nebenstraßen) kam es zu Staus.

Ein gespenstisches Bild. Überall Blaulicht von Polizeifahrzeugen, der schrille Ton von Martinshörnern vermischte sich mit dem Gegröhle der Menge.



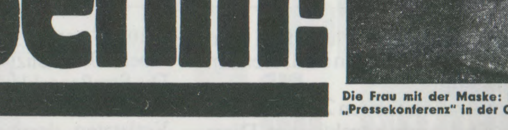
Die Hausbesetzer drohen mit Feuersturm in Berlin!



Nachts an der Uhlandstraße: Steinwerfer zertrümmerten die Scheibe eines Polizei-Funkwagens – und suchten das Weite.



Festnahme nach den Ausschreitungen auf dem Kudamm: Zwei Polizisten führen einen Mann ab, der sich ihnen widersetzte.





Die Frau mit der Maske: Ein Foto von einer Hausbesetzerin auf der „Pressekonferenz" in der Gneisenaustraße.

„Weihnachten brennen nicht nur die Weihnachtsbäume!"

Berlin, 16. Dez. BZ

Berliner Hausbesetzer-Gruppen drohten einen Feuersturm in Berlin an – wenn die Inhaftierten der Hausbesetzer-Krawalle vom Wochenende nicht sofort freigelassen werden.

Das geht aus einem Flugblatt hervor, das in Gegenwart von maskierten Hausbesetzern auf einer „Pressekonferenz" im Haus Gneisenaustraße 2 verlesen wurde.

In dem Flugblatt heißt es, daß „in Berlin Weihnachten nicht nur die Weihnachtsbäume brennen" werden.

Auch gestern abend kam es auf dem Ku'damm zu Hausbesetzer-Krawallen. Nach einer wilden Demonstration flogen Steine und Flaschen.

„Kommt alle gut ausgerüstet – es wird kein Spaziergang!", hieß es auf dem Flugblatt, mit dem zur „Demo" aufgerufen wurde (Seite 4).

Prügel für Wehrlose

Montag gegen 19 Uhr am Breitscheidplatz: Sobald sich irgendwo Demonstrantengruppen bilden, werden sie von der Polizei auseinander getrieben. Ich stehe vor der Gedächtniskirche, um die Entwicklung aus nächster Nähe zu beobachten. Polizisten kommen auf mich zu. Sie fordern mich auf, den Platz zu verlassen. „Ich bin vom ABEND", erkläre ich und ziehe meinen Presseausweis. Ein Polizist versucht, mich mit dem Schild zur Seite zu drängen. Ich protestiere: „Sie behindern mich in meiner Berichterstattung. Geben Sie mir Ihre Dienstnummer."

Der Polizist dreht ab. Ich wende mich an einen anderen Beamten, der die ganze Zeit daneben stand. Er soll seinen Kollegen auffordern, mir die Dienstnummer zu geben. Auch er dreht ab.

Fast drei Stunden später. Die Auseinandersetzungen haben sich zum Wittenbergplatz verlagert. Die Polizei treibt [illegible] lang in Richtung Nollendorfplatz. Ich bin hinter den Fronten. Auf dem Bürgersteig sitzt eine Frau mit einer Platzwunde am Kopf. Vier junge Leute kümmern sich um sie.

Als ein Nachzügler-Trupp Polizisten vorbeirennt, schreit jemand: „Ihr Schweine!" Die Polizisten reagieren sofort und stürmen auf uns zu. Erschrocken ziehe ich meinen Presseausweis und halte ihn hoch. „Was ist das? Ich kann das nicht lesen!", schreit einer der Beamten, dem ich den Ausweis vor die Nase halte, und rammt mir sein Schild gegen die Schulter.

Kurz nach 22 Uhr am Kleistpark. Die Polizei hat die Demonstranten auseinander getrieben. Ich bin in einer Telefonzelle und [illegible] die Redaktion an. [illegible] unmittelbar vor der Zelle sitzt eine Frau. Plötzlich stoppt ein Mannschaftswagen. Polizisten springen heraus und räumen mit dem Schlagstock den Bürgersteig. Ein Polizist läuft an der Telefonzelle vorbei – und schlägt der Frau, die sich nicht rührt, mit dem Gummiknüpel auf den Kopf.

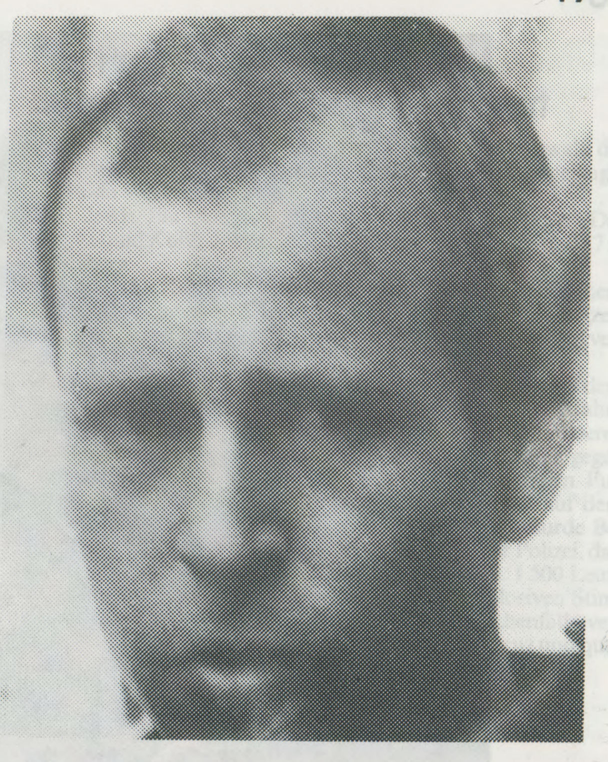
BRUNO RIEB

Wut und Ohnmacht

Die Wut und die Verzweiflung nicht nur unter den Instandbesetzern ist nach diesem Wochenende so groß wie noch nie: Viele Verhaftete, unzählige Schwerverletzte, und immer wieder beobachtete oder selbst erlebte Polizeiübergriffe. Die Politiker haben angesichts dieser explosiven Situation nichts Besseres zu tun, als der Polizei für „ihr besonnenes und zurückhaltendes Verhalten zu danken."
Die Bemühungen des Vermittlerkreises um das SPI, der von den Besetzern noch nicht als Gesprächspartner anerkannt ist, konzentrieren sich auf die Freilassung der Inhaftierten. Pausenlos werden deshalb Gespräche mit Staatsanwälten und Senatoren geführt. Denn alle wissen, was ein Rechtsanwalt so formuliert: „Wenn die Leute nicht bald rauskommen, ist eine sinnlose Eskalation nicht mehr aufzuhalten."

Zum erstenmal im Rampenlicht: Wolfgang Müllenbrock

19.12.1980: Am Vortag der mit größter Spannung - begleitet von einer Diffamierungskampagne in den Springer-Zeitungen - erwarteten Demonstration schlägt ein Staatsanwalt der politischen Abteilung zu und heizt die Situation in unerträglicher Weise an. Nachdem schon einzelne bis dato inhaftierte Demonstranten von den zuständigen Haftrichtern mit Auflagen aus der Haft entlassen worden sind, und es auch unter den Hauftrichtern die abgesprochene Tendenz gibt, wenn irgendmöglich sämtliche Inhaftierten bei den Haftprüfungsterminen freizulassen, fertigt Wolfgang Müllenbrock gegen acht Demonstranten - davon sechs in U-Haft - in der Rekordzeit von sechs Tagen die Anklageschrift an und übergab sie dem Gericht. Kein Jurist kann sich daran erinnern, daß nach dem Krieg in Berlin in so kurzer Zeit Anklage erhoben wurde. Diese Handlungen von Müllenbrock hatte zur Folge, daß ab Einreichung der Anklageschrift für diese Angeklagten nicht mehr die Haftrichter zuständig sind, sondern das Gericht, das auch den Prozeß führen wird. Und es ist nicht nur Müllenbrock klar, daß dieses Gericht - bestehend aus mehreren Richtern - nicht mehr vor Weihnachten zusammentreten kann, um über die Haftfortdauer zu entscheiden. Ergo: Die sechs bleiben auf jeden Fall über Weihnachten in Haft. Alle Organisationen, darunter auch die Evangelische Kirche, die sich engagiert um eine Entspannung bemühen, müssen die Sinnlosigkeit ihrer Versuche erkennen. Dieser Wolfgang Müllenbrock geriet in der Folgezeit (bis heute) immer wieder durch spektakuläre und die Situation verschärfende Maßnahmen in die Schlagzeilen. Obwohl auch Senatsmitglieder über seine Vorgehensweise entsetzt sind, hindert ihn niemand an seinem Aktionismus. Dadurch wird vieles erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.



„Ohne Bullen kein Krawall"

20.12.1980: Die von den Zeitungen angekündigte Schlacht findet nicht statt. Über 15.000 Menschen, darunter auch viele Ältere, demonstrierten friedlich, aber entschlossen für die Freilassung der inhaftierten Demonstranten. „Wir dürfen es nicht zulassen, daß diejenigen, die auf eine verfehlte Sanierungspolitik aufmerksam gemacht haben, im Gefängnis sitzen oder im Krankenhaus liegen."
In zahlreichen Vorgesprächen gelingt es den Veranstaltern der Demonstration, der Polizei klarzumachen, daß sie sich zurückhalten soll. So sind denn auch nur sehr wenige Polizisten in unmittelbarer Nähe des Zuges zu sehen. „Ohne Bullen kein Krawall" haben die Demonstranten vorher auf Flugblättern versprochen. Und sie halten Wort.
Einen Erfolg hat die Demonstration: Vom Justizsenator wird zugesichert, daß gegen die 19 Inhaftierten noch vor Weihnachten Haftprüfungstermine stattfinden sollen.





Weihnachten 1980: Der evangelische Bischof Kruse weist in einem Schreiben an die Pfarreien darauf hin, daß bei vorübergehenden Kirchenbesetzungen, die angesichts der angespannten Situation zu erwarten seien, das Gespräch und nicht die Konfrontation gesucht werden soll. So kommt es, daß in 14 Kirchen die Instandbesetzer das Wort ergreifen können, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Fast überall treffen sie auf eine aufgeschlossene Zuhörerschaft, die den Besetzern während der Weihnachtsgottesdienste in einigen Kirchen sogar Beifall spendet. Da trotz aller Bemühungen der verschiedensten Stellen noch immer sechs Leute in U-Haft sitzen, gibt es einige Protestaktionen wie eingeworfene Schaufensterscheiben bei Banken und Kaufhäusern. Die Berliner Prese berichtet zwar groß über die hierbei entstandenen „Schäden", verschweigt aber die vielen friedlichen Aktionen.

29.12.1980: Das Haus Fraenkelufer 48, an dem sich die Schlacht vom 12.12. entwickelt hat, wird instandbesetzt, ohne daß es zu Zwischenfällen kommt. Die Berliner Polizei hatte aus bislang unerfindlichen Gründen schon am 14.12. gemeldet, daß das Haus wieder besetzt worden sei.

Bischof Kruse zur möglichen Kirchenbesetzungen

Gerechtigkeit statt Recht

Die Evangelische Kirche scheint die Besetzung von Kirchen in den kommenden Tagen zu erwarten. Bischof Kruse versandte an die rund 160 Kirchengemeinden einen Brief, in dem er auf den Beschluß der Kirchenleitung vom 16. Dezember und einen Beschluß der Synode im Juni letzten Jahres hinweist. Die Kirchenleitung hatte am 16.12. Gewalt als Lösung der Konflikte um Instandbesetzungen abgelehnt.

In dem Synodalbeschluß werden die Gemeinden aufgefordert, mit der Kirchenleitung Rücksprache zu halten und alles zu tun, um die Anwendung polizeilicher Gewalt zu vermeiden. Sie sollten sich fragen, „wie weit durch Offenheit auch in Situationen, die zunächst einmal eine Provokation oder einen Rechtsbruch darstellen, adäquate Lösungen ermöglicht werden können, um Frieden zu stiften, statt lediglich Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Recht ändern

Die Änderung von Rechtsbestimmungen im Bereich Wohnen und Grundbesitz hat der Fernsehbeauftragte der West-Berliner evangelischen Kirche, Pfarrer Helmut Giese, aus evangelischer Sicht laaaasaaaangfristig als wichtigste Aufgabe bezeichnet. Denn es könne die Kirche in ihrer Seelsorge-Arbeit nicht gleichgültig lassen, wenn sie beobachten müsse, wie immer mehr Menschen, junge und alte, resignieren, weil niemand auf ihre Wohnsorgen und -klagen wirksam reagiere. Entweder seien die Verwaltungsorgane nicht in der Lage, vorhanden Gesetze durchzusetzen, weil die Spekulanten schlauer seien, oder die Gesetze genügten nicht mehr, seien womöglich also unrealistisch und wirklichkeitsfremd. Für diese letzte Möglichkeit spreche die Differenz, die immer deutlicher zu Tage trete: die Differenz zwischen betehendem Recht und wirklicher Gerechtigkeit. Wenn vorhandenes Recht immer mehr zu Ungerechtigkeiten führe, dann müsse das Recht geändert werden. **taz/epd**

Sylvester vor dem Knast

31.12. 1980: Nach einer Vollversammlung treffen sich ca. 600 Menschen vor dem Moabiter Gefängnis, um bei strömenden Regen in Sichtweite der noch Inhaftierten Sylvester zu feiern. Starke Polzeieinheiten bewachen diese Solidaritätsaktion.
5.1. 1981: Die Polizei geht gegen die Instandbesetzer vom Fraenkelufer 48 vor, die den Wasseranschluß für ihr Haus reparieren wollen.
7.1. 1981: Die ersten Häuser in Schöneberg werden besetzt: Mannsteinstraße 10/10 A.
8.1. 1981: Das Berliner Kammergericht bestätigt die Fortdauer der U-Haft für einen am 12.12. Verhafteten. Begründung: Der Angeklagte habe eine hohe Strafe zu erwarten.
11.1. 1981: Verschiedene Organisationen, darunter die evangelische Kirche und der Besetzerrat laden zu einer Großveranstaltung in eine Kreuzberger Kirche ein. Gemeinsame Forderung der über 600 Besucher: Nur durch eine Entkriminalisierung wird es möglich sein, eine politische Lösung zu finden. Der Besetzerrat benennt auf dieser Veranstaltung vier Personen seines Vertrauens, die als Vermittler fungieren sollen. Der bis dahin tätige Vermittlerkreis um das SPI, der von den Besetzern nur geduldet, aber nicht anerkannt wurde, überträgt seine Funktion an die neuen Vermittler.

Garski und Hausbesetzer bringen Stobbe ins Stolpern

Der Stobbe-Senat tritt zurück

15.1. 1981: Der Stobbe-Senat tritt zurück. Grund hierfür ist das Scheitern einer ursprünglich geplanten Senatsumbildung, die die Konsequenzen aus dem Garski-Skandal und dem Instandbesetzer-Problem ziehen sollte. Der Besetzerrat beglückwünscht den Senat zu seinem Rücktritt und erklärt sich bereit, auch das Rathaus Schöneberg instandzubesetzen.
Im Mieterladen Dresdner Straße richten die Besetzer eine Beschwerdestelle für Bürger ein. Ziel dieser Einrichtung: Bürger, die Ärger mit Instandbesetzern haben, sollen ihn dort vorbringen und nicht gleich nach der Polizei rufen. Man werde sich, so die Besetzer, darum bemühen, „das Problem gemeinsam zu lösen."
17.1. 80: Zu einer kurzfristig angekündigten Demonstration aus Solidarität für die Gefangenen versammeln sich knapp 4.000 Leute vor der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Trotz vereinzelter Knüppeleinsätze der Polizei verläuft der Marsch friedlich. Am selben Tag wird auf einer Pressekonferenz von Anwälten der Verhafteten eine Bilanz über die „Krawalle" vom 12. bis 15.12.'80 bekanntgegeben. Über 130 Strafverfahren, 28 Haftbefehle, sowie ca. 300 Verletzte, davon noch immer viele in Krankenhäusern. Laut der mittlerweile vorliegenden Anklageschrift entstand ein Sachschaden von ca. 300.000 DM - in den Zeitungen wurde immer von Millionenschäden gesprochen - und die Anzahl der angeblich verletzten 66 Polizisten, die immer wieder als Schlagzeile herangezogen wurde, reduziert sich auch ganz erheblich: Ein einziger Polizist mußte zur stationären Behandlung ins Krankenhaus, zwei weitere zur ambulanten Behandlung. Wieso der Senat immer von 66 verletzten Beamten sprach, bleibt unerfindlich. Ein - auch erreichter - Beweggrund sicherlich: Hetze und Stimmungsmache gegen die ach so gewalttätigen Chaoten.
18.1. 1981: Die neue SPD/FDP-Senat unter dem ehemaligen Bundesjustizminister Vogel (SPD) wird gewählt. Eine der wichtigsten Änderungen: Der bis dato als Innensenator für die umstrittenen Polizeieinsätze verantwortliche Peter Ulrich wird Bausenator.

Die Prozesse beginnen - Besetzungen sind die Antwort

23.1. 1981: Das erste Verfahren wird eröffnet. Staatsanwalt: der mittlerweile bekannte Wolfgang Müllenbrock. Der Angeklagte ist Guido W., vorgeführt aus der U-Haft.
24.1. 1981: Ein riesiger Gebäudekomplex wird besetzt: Das „Kunst- und Kulturzentrum", Kukuck in der Anhalterstraße 7 in Kreuzberg.
27.1. 1981: Der Seant setzt eine aus mehreren Senatoren bestehende Senatskommission ein, die an der Lösung des Hausbesetzerproblems arbeiten soll. Der neue Bausenator kündigt eine „verstärkte Förderung von Selbsthilfeprojekten" an.
Gegen Manne Wetzel - während der Vorfälle am 1. Mai auf dem Oranienplatz verhaftet - wird der Urteil gesprochen: $2^1/_2$ Jahre ohne Bewährung. Ein Urteil, das großen Unmut provozieren mußte. Gleichzeitig wird eine am 12.12. Verhaftete, die gegen Auflagen und Kauktion bis zur Verhandlung auf freien Fuß gesetzt wurde, bei ihrer wöchentlichen Meldepflicht auf dem Revier erneut verhaftet. „Fluchtgefahr" lautet die absurde Begründung. Die Frau weiß schon vor ihrem Gang zur Polizei, daß sie verhaftet werden soll. Am Abend treffen sich ca. 1.500 Leute zu einer Spontandemonstration, die trotz der explosiven Stimmung und der starken Polizeipräsenz ohne Zwischenfälle verläuft. Schlagzeile in der „taz" am nächsten Tag: „Kreuz und quer durch Kreuzberg auf dem Pulverfaß".

Staatsanwalt und Gericht schlagen zu

29.1. 1981: Das erste Urteil gegen einen am 12.12. Verhafteten wird gesprochen: 14 Monate ohne Bewährung gegen den 24jährigen Guido W. - Vorwurf: Er habe Steine geworfen. Auffallend die gleichlautenden Aussagen der als Polizeizeugen auftretenden Polizisten. Die Aussagen sämtlicher Entlastungszeugen werden ignoriert nach dem Motto: Die Polizei hat immer recht. Nachmittags findet eine Spontandemonstration vor dem Gefängnis statt, danach eine Vollversammlung von nur kurzer Dauer. Denn an diesem Abend sind sich alle einig: „Bambule" ist die einzig mögliche Antwort auf ein solches Urteil. In Kreuzberg und anderen Stadtteilen werden Barrikaden errichtet, Fensterscheiben von Banken eingeschmissen sowie Brandanschläge auf Polizeireviere verübt. Acht Leute werden festgenommen. Zu einer direkten Konfrontation mit der Polizei kommt es nicht, weil sich die Demonstranten in Kleingruppen auflösen. Die Polizei spricht von Sachschäden in Millionenhöhe, CDU-Fraktionschef Diepgen spricht von „schlagartig organisierten Krawallen, die keinen Zweifel daran lassen, daß es sich um vorbereitete Aktionen von Aufrührern handelt, die die Probleme der Hausbesetzungen als Vorwand für systematisch angelegte Straftaten gegen die staatliche Ordnung benutzen."
30.1. 1981: Die Wislnacker Straße 15 in Tiergarten wird besetzt und kurz danach von der Polizei geräumt. 23 Besetzer werden festgenommen. Eine Spontandemonstration wird unter Schlagstockeinsatz aufgelöst, worauf es in Kreuzberg, Schöneberg und Tiergarten zu Protestaktionen kommt. Bei insgesamt 50 Banken und Kaufhäusern werden die Scheiben eingeworfen. Vierzehn Personen werden verhaftet.
31.1. 1981: Aus Protest gegen die Urteile und die Räumung am Abend zuvor versammeln sich im Bezirk SChöneberg über 1.000 Leute. Wahre Knüppelorgien der Polizisten, auch gegen harmlose Fußgänger auf Gehsteigen und willkürliche Verhaftungen steigern die Wut der Demonstranten und heizen die Stimmung an. Barrikaden werden errichtet, der Straßenverkehr gestört.

§ 129 kommt ins Spiel

2.2. 1981: Der Senat verkündet ein „20-Mio.-Programm", mit dem leerstehende Altbauwohnungen wieder instandgesetzt werden sollen. „Angesichts der tatsächlich benötigten Instandsetzungsmittel nicht mal ein Tropfen auf dem heißen Stein" - so das Urteil der Mieterinitiativen. Der Bausenator teilt zugleich mit, daß das Geld nicht an Instandbesetzer gehen soll. Dennoch fordert Polizeipräsident Hübner die Instandbesetzer auf, auf dieses Angebot einzugehen. Welches Angebot meinte er?
Polizeidirektor Börner teilt der Berliner Presse mit, daß derzeit geprüft werde, inwieweit § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) des Strafgesetzbuches auf Hausbesetzer anwendbar sei.
4.2. 1981: Das zweite Urteil wegen der „Krawalle" vom 12.12. wird gesprochen: Gegen den 21jährigen Peter K. werden 18

Monate ohne Bewährung verhängt. Ein Urteil, daß bei vielen Politikern, aber auch in manchen Zeitungen die Vermutung laut werden läßt, daß Staatsanwaltschaft und Gerichte einer politischen Lösung des Hausbesetzerproblems entscheidende Hindernisse in den Weg legen wollen. Der Staatsanwalt in diesem Verfahren - wie schon im Verfahren gegen Guido W. - heißt Wolfgang Müllenbrock.
Eine von mehreren hundert Leuten besuchte Vollversammlung am Abend spricht sich trotz der großen Empörung gegen eine „Eskalation der Gewalt" aus, wie sie die Staatsanwaltschaft offenbar anstrebt. Auc die Justizverwaltung versucht in Gesprächen mit der Staatsanwaltschaft, diese von ihrer harten Linie abzubringen, weil dies nur neue Gewalttaten proviziere.
Nur geringen Erfolg hat die Aktion der evangelischen Kirche und verschiedenster Institutionen, gegen Bereitstellung von hohen Kautionen die im Gefängnis Sitzenden auf freien Fuß zu setzen.

Jubiläum und Großdemonstration

6.2. 1981: Das 50. Haus wird mit einem Fest und viel Sekt instandbesetzt: Potsdamer Straße 130 - Eingetümer: Neue Heimat - lautet die Adresse in Schöneberg.
7.2. 1981: „Gegen die Kriminalisierung von Instandbesetzern, für die sofortige Freilassung der Inhaftierten, für eine wirkliche Wende in der Wohnungs- und Sanierungspolitik" - unter diesen Forderungen demonstrierten mehr als 15.000 Menschen in einem Zug zum Rathaus SChöneberg. Die Demonstration verläuft friedlich.



In Charlottenburg wird das erste Haus instandbesetzt: Nehringsstraße 54. Über 550 Ermittlungsverfahren gegen Instandbesetzer und Demonstranten sind mittlerweile anhängig.
11.2. 1981: Insgesamt 64 Häuser in den Bezirken Kreuzberg, Schöneberg, Wedding, Neukölln und Charlottenburg sind instandbesetzt.
Am Abend findet im ZDF eine Diskussionsveranstaltung zwischen Instandbesetzern und Politikern statt, die für Schlagzeilen sorgt. Nach turbulentem Verlauf wird der „Versuch" abgebrochen. So ist es dem CDU-Generalsekretär Geissler nicht möglich, weiterhin die Mörderbanden in Chile als „Demokraten" zu verteidigen.
12.2. 1981: Das SPD-Büro in der Luckauer Straße in SO 36 wird besetzt. Ziel der Aktion ist es, auf die Haftbedingungen von Gefangenen der Bewegung 2. Juni und der RAF aufmerksam zu machen, die sich im Hungerstreik befinden. Die Aktion bewirkt, daß neben der üblichen Hetze auch über die skandlösen Haftbedingungen berichtet wird und die Forderungen der Gefangenen veröffentlicht werden.
Am Abend wird das Haus Jagowstraße 12 in Tiergarten zuerst besetzt, kurz danach mit polizeilicher Räumung begonnen, die Räumung plötzlich abgebrochen und das haus wieder besetzt. „Informationspanne", lautet die Version der Polizei. Sei's drum: Die über Telefonkette alarmierte Menschenmenge, zunächst hinter dichten Polizeiketten und Absperrungen voller Wut und Ohnmacht die Räumung beobachtend, feiert nach dem Abzug der Polizei ein ausgelassenes Straßenfest, an dem sich auch vieler Mieter der Straße beteiligen. „Wie an Weihnachten, nur viel schöner", beschreibt eine Teilnehmerin die Situation.

Senat: „Staatsanwaltschaft torpediert friedliche Lösung"

19.2. 1981: Der Senat wirft der Staatsanwaltschaft vor, sie „torpediere die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Hausbesetzerproblems". Die in der ÖTV organisierten Richter und Rechtsanwälte kritisieren ebenfalls die harten Urteile gegen Hausbesetzer und Demonstranten. Am Abend verhindern Polizisten durch Klatschen und Pfeifen einen Vortrag des FDP-Fraktionsvorsitzenden Vetter, in dem er sich für eine Kennzeichnung von Kontaktbereichsbeamten mit Namensschildern einsetzt.
25.2. 1981: Die ersten Instandbesetzer melden sich bei den Polizeibehörden offiziell an. In der Rubrik „Vermieter" auf dem Anmeldeformular vermerkt die Behörde: „Besetzt".
Im „Tagesspiegel" erscheint eine Großanzeige mit der Überschrift „Ein Steinwurf weit von der Gerechtigkeit". Prominente aus Theater, Kirchen, Universitäten und Kultur verurteilen die ergangenen harten Urteile und fordern eine Amnestie.
Abdns kommt es in der Schöneberger Winterfeldstraße aufgrund einer Polizeipanne zu einer Auseinandersetzung. Polizisten glaubten, eine Neubesetzung verhindern zu müssen, gemäß der Richtlinie des Senats: Verhinderung von Neubesetzung, aber keine Räumung von schon besetzten Häusern. Bei der „Neubesetzung handelt es sich aber um ein schon seit längerer Zeit besetztes Haus. Die Polizei hatte die Hausnummer falsch abgelesen und an die Einsatzzentrale weitergegeben. Die anrückenden Polizisten wurden mit Steinwürfen empfangen. Bilanz: - nach Polizeiangaben - 20 verletzte Beamte.

Die Hundert sind voll

28.2. 1981: Wieder ein Jubiläum: Das 100. Haus wird in der Schöneberger Steinmetzstraße 22 instandbesetzt. Die „Berliner Morgenpost“ aus dem Springer-Verlag gratuliert mit folgender Karikatur:

3.3. 1981: In der Schulstraße und der Prinzenalle im Wedding werden instandbesetzte Häuser mit einem großen Polizeiaufgebot durchsucht. Erfolg: - wie so oft in der Folgezeit - gleich Null.

Polizei sauer auf Staatsanwalt

4.3. 1981: Polizeipräsident Hübner zeigt sich verärgert: „Einige Staatsanwälte veranstalten mit der Polizei Gehorsamkeitsübungen.“ Daß auch der Staatsanwalt Müllenbrock damti gemeint ist, wissen mittlerweile nicht nur die Insider.

5.3. 1981: In Freiburg wird der Schwarzwaldhof unter bürgerkriegsähnlichen Zuständen geräumt. Gegen Mitternacht veranstalteten die Berliner Instandbesetzer eine „Solidaritätsdemo“: Ca. 400 wütende Leute versammeln sich in Kreuzberg. Schaufenster von Banken und Geschäften gehen mal wieder zu Bruch. Die Polizei, offensichtlich überrascht, hält sich (ausnahmsweise) zurück. Genauso überrascht wie die Polizei ist offenbar der Senat: Gegen 2 Uhr morgens ruft ein Senatsmitglied beim Vermittlerkreis an, um sich nach dem Grund der Wut der Demonstranten zu erkundigen.

Die CDU teilt mit, daß CDU-Mitglieder und andere Bürger Strafanträge gegen Polizeipräsident Hübner wegen „Strafvereitlung im Amt“ erstattet haben. Grund: Hübner habe Durchsuchungsbefehle gegen besetzte Häuser nicht unverzüglich ausgeführt.

9.3. 1981: Die Kopischstraße 4 in Kreuzberg wird geräumt. Doch eine Stunde später ist das Haus wieder besetzt. Die Polizei schreitet nicht ein, da sie durch spontane Protestaktionen im übrigen Stadtgebiet genug zu tun hat. In der Sassnitzer Straße 9 - ein Haus mit Zentralheizung und gekachelten Bädern, das an diesem Tag abgerissen werden sollte, um einem Neubau für Führungskräfte Platz zu machen - wird das erste Haus im Stadtteil Wilmersdorf besetzt. Es ist das 114. besetzte Haus in Berlin, das neue Bewohner gefunden hat.

10.3. 1981: In der Obentrautstraße 44 werden 40 Leute bei der Räumung des Hauses festgenommen. Das Haus wird sofort danach abgerissen, trotz seiner guten Substanz.

Am Abend dringen ca. 200 Personen aus Protest dagegen in das berühmte Café Kranzler auf dem Ku-Damm ein und bedienen sich selbst. Die im Café sitzenden älteren Leute nutzen die Verwirrung und verlassen die gastliche Stätte zusammen mit den Demonstranten, ohne zu zahlen. Danach entwickeln sich auf dem Ku-Damm Auseinandersetzungen mit der Polizei, die etliche Verletzte fordern.

„Schwarzer Freitag“ bundesweit: Bürger beschäftigen die Polizei

13.3. 1981: An diesem „schwarzen Freitag“ finden bundesweit Aktionen statt, die sich gegen die massiven Polizeieinsätze in Freiburg, aber auch in Berlin richten. In unzähligen Städten finden Demonstrationen unter dem Motto „Solidarität mit den Hausbesetzern“ statt. In manchen kleineren Städten ist dies die erste Demo nach dem II. Weltkrieg. In Berlin eröffnet die Polizei das Geschehen: Die Redaktionsräume der Tageszeitung „die Tageszeitung“ werden durchsucht - wegen einem Aufruf zum „schwarzen Freitag“.

★★★★★★★★★★★★★★★★★

Schwarzer Freitag

der 13.März!

TAZ 13.3.

★

Heute soll die Stadt explodieren!
An allen Ecken soll Mensch es spüren, daß es uns gibt, “diese“ Hausbesetzer und ihr Sympathisanten-Sumpf. Legt jetzt die Taz beseite, und macht euch auf den Weg, denn wir haben außer Scheiben noch andere klirrende Stimmen, und die müssen endlich mal Ausgang kriegen. Und davon sollte sich jeder angesprochen fühlen.

★★★

★

Schwarzer Freitag für die Berliner Burschuasi. Dezentrale Aktionen der Spaßgerilja in allen Stadtteilen, zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Die regierenden Kackvögel, Kaputtsanierer, Geiselnehmer und Knastbaumeister stehen nicht unter Denkmalsschutz. Eine Abrißgenehmigung vom Amt für revolutionäre Umtriebe liegt vor. Strengt euren Grips an und entfaltet Fantasie!

★★★

Nachmittags findet eine Demonstration von Nackten statt, im „Kaufhaus des Westens“ riecht es nach Stinkbomben, im Reichstag wird ein Brandsatz gelegt, einzelne Scheiben gehen den Weg alles Irdischen. Bilanz der Polizei: 30 Festnahmen.

Die Handwerkskammer hat derweil ganz andere Sorgen: Durch die Instandbesetzungen würden schon erteilte Bauarbeiten unmöglich gemacht. Arbeitsplätze seien gefährdet.

14.3. 1981: Etwa 4.000 Leute, bunt bemalt und viel Feuer spuckend, ziehen vom Karl-Marx-Platz zum Hermannplatz nach Neukölln. „Kampf der organisierten Unmenschlichkeit“ lautet das Motto der Demonstration, mit der erneut auf die Situation (nicht nur) der Gefangenen aufmerksam gemacht wird.

Ein Kinderbauernhof entsteht

21.3. 1981: Eine neue Variante von Instandbesetzung findet direkt an der Mauer in SO 36 statt: Mit Ziegen, Schafen und Eseln zusammen besetzen Besetzer und Mieter aus der Umgebung einen großen, brachliegenden Platz und bauen einen Kinderbauernhof auf, der für viele Kinder aus den Kreuzberger Kitas und der Nachbarschaft zur großen Attaktion wird. Genaue Adresse: Kinderbauernhof Mauerplatz, Adalbertstraße, 1000 Berlin 36.

24.3. TAZ

Knallt es morgen wieder?

Benny Härlin

An Senat und Staatsanwalt
Betreff: [illegible]sparenoia

Wir wissen, [illegible] ihr etwas vorhabt. Ja, tut jetzt bloß nicht so unschuldig: Urlaubssperre bei der Polizei, Alarmbereitschaft bei der Staatsanwaltschaft, naja und was einem eben so der eine oder andere Kriminale erzählt, wenn er nicht mehr ganz nüchtern ist. Heute oder morgen soll die Aktion laufen.

Die Instandbesetzerbewegung hat Sympathien in allen Kreisen der Bevölkerung, das wißt ihr doch. Also könntet ihr eigentlich auch so schlau sein, euch auszurechnen, daß ihr vor uns nichts verheimlichen könnt, wozu ihr größere Mengen einfacher Leute braucht - auch Polizeiaktionen nicht.

Wir wissen nicht alles. Die Gerüchteküche kocht also heiß. Ich frage mich, meine Herren, kann es in ihrem Interesse liegen, Räumungsparanoia zu verbreiten? Rein militärtaktisch gesehen mag Verunsicherung sinnvoll erscheinen. Aber, hören wir immer wieder, der Senat strebt doch eine „politische Lösung“ an. Dazu paßt das alles nicht. Es gibt übrigens einen Vermittlerkreis, der in vielen kritischen Fällen in der Lage war, unnötige Konfrontationen zu verhindern.

Ihr habt Schwierigkeiten mit diesen Vertretern von Mieterläden und Kirche. Sie fühlen sich von euch hintergangen. Denn von der Räumung der Obentrautstr.44 und Kopischstr.4 hattet ihr ihnen nichts gesagt, obwohl ihr zuvor hoch und heilig „keine Nacht- und Nebelaktionen“ versprochen hattet. Vielleicht wäre es sinnvoller, sich darum zu kümmern, wie man mit ihnen wieder ins Gespräch kommt, als neue Nacht- und Nebelaktionen so dilletantisch wie diese zu planen.

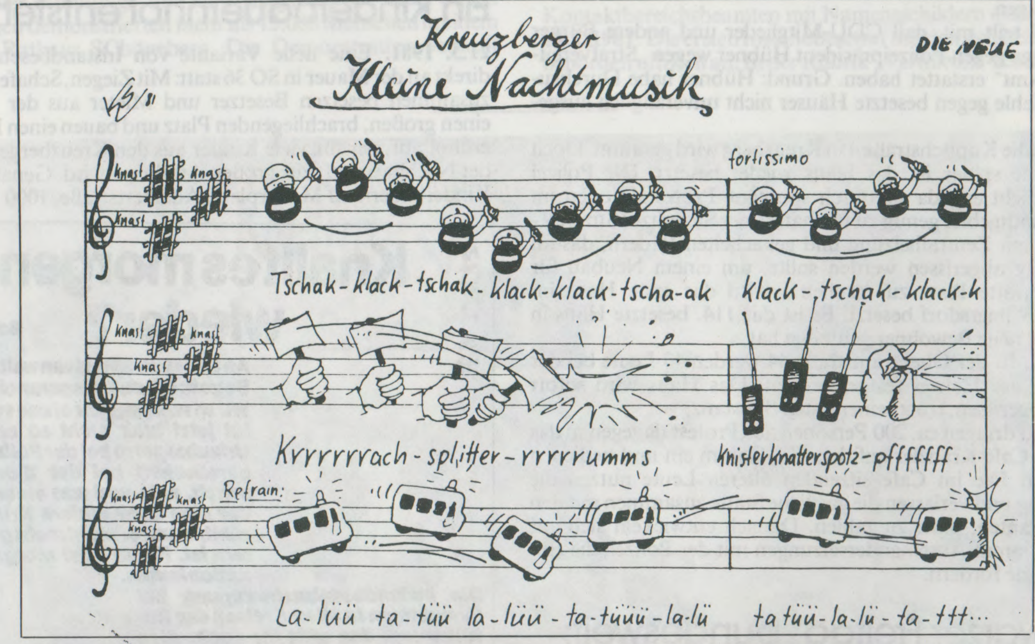
Langer Rede kurzer Sinn: Sagt schon was ihr vorhabt, ehrlich währt am längsten.

Drei Räumungen lösen Straßenschlachten aus

25.3. 1981: Was die Besetzerscene durch gezielte Informationen von Polizisten seit Tagen weiß, woran sie aber trotzdem nicht glauben will, nimmt ab 6 Uhr morgens seinen Lauf: Ein ganzer Teil von Kreuzberg wurde mit Sperrgittern, Schützenpanzern und Wasserwerfern abgeriegelt. 1.000 Polizisten begannen mit der Räumung der besetzten Häuser Fraenkelufer 46, 48 und 50. Spezialeinheiten des Sondereinsatzkommandos entern die Dächer und Polizisten mit Maschinengewehren nehmen Aufstellung. Die Polizei schaltet sich in die Telefonkette - deren Nummern sie bei vorangegangenen Durchsuchungen beschlagnahmt hatte - ein und beteuert jedem Angerufenen, „daß es sich bei der Aktion nur um eine Durchsuchung handelt". Trotz dieser Polizeilüge versammeln sich immer mehr Menschen hinter den Gittern, angesichts der überstarken Polizeipräsenz hilflos, etwas zu tun. Verschiedene Rathäuser und SPD-Büros werden noch im Laufe des Vormittags aus Protest besetzt. Noch vor Eintreffen der Polizei werden die Gebäude jeweils wieder verlassen.
Am Nachmittag formiert sich ein Demonstrationszug, der immer größer wird. Einige tausend Menschen gelangen schließlich - trotz mehrmaligem Schlagstockeinsatz - in die Gneisenaustraße, wo die Polizei plötzlich eine Schlacht von allen Seiten beginnt. Viele der eingekesselten Leute erleben eine solche Brutalität zum erstenmal und bekommen eine Angst, die sich bei manchen bis zur Panik steigert. Auf alles, was sich bewegt, ob Passanten, Journalisten oder Demonstranten wird wahllos eingeprügelt. Polizisten werfen auf Steine auf Demonstranten. Die Eskalation der Gewalt scheint nicht aufhaltbar. Am ABend läuft im ZDF eine Lifesendung, an der u.a. auch Berliner Hausbesetzer beteiligt sind. So erfährt der Zuschauer bundesweit, was sich gerade in Berlin abgespielt hat.

25.3. 1981: Demonstrationen und Proteste setzen sich fort. Die Polizei versucht jede Ansammlung von Menschen schon im Keim aufzulösen. Über Polizeifunk ergeht der Befehl, jede Ansammlung von mehr als drei Leutn sofort aufzulösen. Viele Kneipen in Kreuzberg erden von der Polizei „durchsucht", viel Mobiliar wird von ihnen zerschlagen. Es herrscht eine Art Ausnahmezustand. Bilanz dieser Nacht, die erst gegen 4 Uhr wieder etwas Ruhe bringt: Unzählige kaputte Fensterscheiben, 160 meist schwerverletzte Demonstranten und Presseleute, über 30 Festgenommene. Die Polizei meldet 51 angeblich verletzte Beamte.

28.3. 1981: Einige hundert Instandbesetzer und Freude treffen sich zum Frühstück auf dem Ku-Damm. Die Polizei antwortet auf die Frage von Journalisten, wieso sie mit einem solch großen Aufgebot erschienen sei, mit einer verblüffenden Feststellung: „Der in dem Aufruf zu dieser Aktion enthaltene Vorschlag 'Bringt Stangenbrot und Hartkäse mit!' bedeutet bestimmt, daß man sich mit Knüppel und Steinen bewaffnen soll."





„Treuhandmodell" wird diskutiert

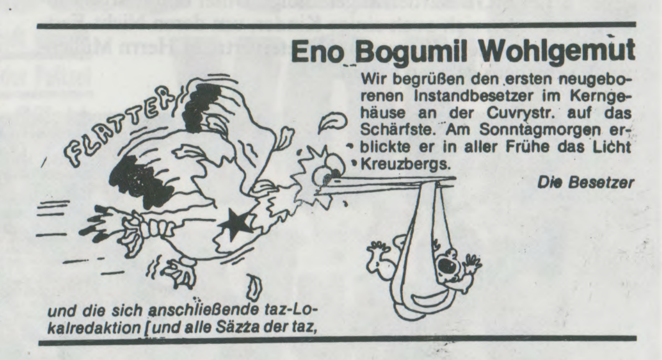
29.3. 1981: Nach umfangreichen Diskussionen in den verschiedenen Gruppen und besetzten Häusern wird das sog. „Treuhandmodell" in den Besetzerrat eingebracht. Es sieht im wesentlichen die Übernahme der Verwaltung sämtlicher instandbesetzter Häuser durch eine eigens dafür zu gründende Treuhandverwaltung vor, ohne daß die Autonomie der einzelnen Häuser beseitigt werden soll. Sofort bilden sich im Besetzerrat zwei Fraktionen, deren Diskussionen fortan die Besetzerratssitzungen bestimmen. Die eine Fraktion sieht in dem „Vorschlag zu einer politischen Lösung" die Möglichkeit zu einer wenigstens formalen Absicherung der Häuser, ohne die Gefangenen zu vergessen. Denn dieses Modell sei ja noch keine endgültige Lösung, so daß man immer noch ein Druckmittel in der Hand habe, die die Freilassung der Gefangenen bewirken könne. Die andere, zu diesem Zeitpunkt kleinere Fraktion fordert, daß vor der Freilassung der Gefangenen überhaupt keine politischen Lösungen angestrebt werden sollen. Denn: „Wenn wir verhandeln, dann wollen wir vollzählig verhandeln."

30.3. 1981: Die Goerzallee 5 in Lichterfelde wird geräumt - der Senat zeigt sich von der Aktion überrascht. Verschiedene Mieter- und Bürgerinitiativen weisen in einer Pressekonferenz darauf hin, daß mit einer Politik der Räumungen und Durchsuchungen die Besetzer und ihre Freunde geradezu auf die Straßen getrieben werden, weil sie sich dagegen wehren müssen. Der Senat wird von den Gruppen - darunter auch Pfarrer - aufgefordert, auf die Staatsanwaltschaft - speziell Müllenbrock - mäßigend einzuwirken, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern.
Sechs seit längerer Zeit in Kreuzberg arbeitende Selbsthilfeprojekte erklären sich mit den Instandbesetzern solidarisch und brechen ihre Verhandlungen mit dem Senat über ihre weitere Finanzierung ab. Ihre Hauptforderung: Freilassung der Gefangenen.

1.4. 1981: Der Justizsenator weist die Staatsanwaltschaft an, vorläufig auf Durchsuchungen und Räumungen zu verzichten. Als Gründe gibt er die Sicherheitslage der Stadt - einige hungerstreikende Gefangene der RAF und der Bewegung 2. Juni liegen im Sterben - sowie den derzeit laufenden Diskussionsprozeß innerhalb der Besetzerscene - Verhandeln ja oder nein - an.
129 Häuser in instandbesetzt.

Verstärkung auf natürliche Weise...

5.4. 1981: Berlins Staatsschutzchef Kittlaus und einige seiner Beamten durchsuchen die Räume des Stechapfel-Cassetten-Vertriebes in der Görlitzer Straße 74. Begründung: „Der Piratensender 'Radio Utopia' habe hier seine Räume." Die Durchsuchung verläuft ohne Ergebnisse.
Im „Kerngehäuse" in der Cuvrystraße erhalten die Instandbesetzer auf natürliche Weise Verstärkung: Um 4.57 Uhr erblickt mit Eno-Bogumil der jüngste Instandbesetzer das Licht der tristen Welt.





Massenfestnahme: Nürnberger Verhältnisse

7.4. 1981: Ab 6. 30 Uhr sind alle Straßen um den Heinrichplatz weiträumig abgesperrt. Teile von SO 36 befinden sich mal wieder im Ausnahmezustand: Oranienstraße 198 und Leuschnerdamm (Turm) werden durchsucht. Von der Durchsuchung der Oranienstraße hatte die Scene vorher Hinweise erhalten. Erst um die Mittagszeit rücken die Polizeieinheiten wieder ab. Gefunden wird nichts.
Kurze Zeit später wird aber für alle überraschend das Gebiet um den Oranienplatz gesperrt. Die Häuser Oranienstraße 44 und 45 sowie die Luckauer Straße 3 werden durchsucht. Eigentlich sollten diese Häuser - so die den Besetzern zugespielte Information - erst am 9.4. durchsucht werden. In der Luckauer Straße tagen Leute vom Besetzerrat und Mieterinitiativen über die Reaktionen auf die Durchsuchungen vom Morgen, als die Polizei anrückt. Bilanz der Aktion, die Staatsanwalt Wolfgang Müllenbrock vor Ort leitet: 165 vorläufige Festnahmen. Ermittlungen wegen § 129 StGB werden angekündigt. Unter den Festgenommenen befinden sich auch einige Kinder, um deren Nicht-Festnahme verschiedene Pfarrer und Mietervertreter Herrn Müllenbrock vergebens gebeten hatten.

Verwaltungsgericht: Polizei nicht zur Räumung verpflichtet

10.4. 1981: Kreuzbergs Baustadtrat (CDU) weist die Eigentümer der besetzten Häuser auf ihre Haftung hin, sofern im Haus durch Umbauarbeiten etwas passiere. Notfalls müsse sich der Eigentümer den Zutritt mit Hilfe der Polizei verschaffen, um sich vom Zustand seines Hauses zu überzeugen. Die Berliner Wohnungsbaugesellschaften sind über diese Äußerungen des Stadtrates nicht gerade glücklich und warnen vor einer Verschärfung der Situation. Das Verwaltungsgericht Berlin entscheidet: Die Polizei ist nicht in jedem Fall verpflichtet, ein besetztes Haus räumen zu lassen, wenn es der Eigentümer fordert. Wegen der nach Ansicht des Senats zu erwartenden Krawalle stehe das Grundrecht auf Eigentum in diesem Fall hinter dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit der Polizisten und weiter Bevölkerungsteile zurück.

Mit diesem Urteil wird die Klage des Hausbesitzers des besetzten Hauses Mittenwalder Straße 45 - einer Spekulantengruppe - gegen den Senat vom Gericht zurückgewiesen. Das Urteil wird vom Oberverwaltungsgericht bestätigt.



Wolfgang Müllenbrock schafft mit dieser Aktion, über die auch der Senat - neben vielen anderen - äußerst ärgerlich ist, was der Nichtverhandlungsfraktion im Besetzerrat nicht möglich war: In einer am Abend verabschiedeten Erklärung lehnen alle Instandbesetzer jegliche Gespräche und Vermittlungen ab. Sie fordern erneut die Freiheit aller Inhaftierten.
Am Abend wird von einigen hundert Demonstranten eine Wahlkampfveranstaltung mit Hans-Jochen Vogel gesprengt, sowie eine Theaterveranstaltung im Schiller-Theater vorzeitig abgebrochen. Hierbei gibt es durch Polizeiknüppel wieder etliche Verletzte.

8.4. 1981: Die Staatsanwaltschaft „präsentiert" ihre Ergebnisse vom Vortag. Die Zeitungen sprechen vom einem „Schlag ins Wasser".
Die Staatsanwaltschaft teilt mit, daß gegen Innensenator Dahrendorf und Polizeipräsident Hübner Strafverfahren wegen „Strafvereitlung im Amt" geführt werden. Verschiedene Kommentatoren äußern den Verdacht, daß die Staatsanwaltschaft „Wahlkampf für die CDU" betreibe. Denn am 10.5. sind in Berlin Neuwahlen.
Am Nachmittag findet eine von ca. 700 Leuten besuchte Protest-Demonstration in Spandau statt. Sie richtet sich gegen die dritte Durchsuchung eines Hauses innerhalb von neun Wochen in Spandau.
Verschiedene Jugendprojekte führen zusammen mit den Instandbesetzern eine Aktionswoche bis zum 12.4. durch.

Am Ku-Damm klirren die Scheiben

12.4. 1981: Auf einem Straßenfest in der Görlitzer Straße in SO 36 geht das Gerücht um, daß Sigurd Debus an den Folgen des immer noch andauernden Hungerstreiks in Hamburg gestorben sei. Gegen 21 Uhr versammeln sich an der Gedächtniskirche 200 Menschen. Innerhalb von knapp 30 Minuten sind auf beiden Seiten des Ku-Damms - Länge ca. 2,5 km - fast sämtliche Scheiben von Banken, Kaufhäusern, Pelz- und Fotogeschäften sowie Reisebüros und Autoshops eingeworfen. Die Polizei erscheint erst, als alles vorbei ist und nimmt dann ca. 20 Menschen willkürlich fest. Nach der Erklärung „Wir haben die Lage falsch eingeschätzt" erleidet der in letzter Zeit unter heftigen Beschuß geratene Polizeipräsident Hübner ein Kreislaufversagen und kommt in ein Krankenhaus. Es wird wohl niemals klar werden, ob die Polizei tatsächlich ahnungslos war oder ob sie bewußt nicht erschien. Die Berliner Bevölkerung jedenfalls wird von den Medien ordentlich in Stimmung gebracht, was bei den Demonstranten zur Feststellung führt: „Wenn Menschen sterben, dann schweigt Ihr. Doch wenn Scheiben klirren, schreit Ihr!"





40 Pf **B·Z·**

Nr. 88 • 105. Jahr / Dienstag, 14. April 1981 • A 2032 A
Dänemark dkr 2,10 • Holland hfl 0,70 • Italien L 400
Österreich öS 4,- • Schweiz sfr 0,60 • Spanien pts 35,-

Die größte Zeitung Berlins

Berlin kocht vor Wut

Bürger fühlen sich nicht mehr von der Polizei beschützt ● Die Geschäftsleute vom Kudamm greifen die Polizeiführung an: Warum kamen die Beamten so spät? ● Der Berliner Einzelhandel: Die Rechtsbrecher stellen den Senat bloß ● Die CDU: Vogels Politik macht unsere Stadt kaputt! ● Polizeigewerkschaft: Die Einsatzplanung der Polizei ist dilettantisch ● Der Polizeipräsident zur B·Z·: Ich trete nicht zurück – mein Konzept wird vom Senat gebilligt ● Der Gesamtschaden: 3 bis 5 Millionen DM!

Polizeipräsident Klaus Hübner

Berlin, 14. April B·Z·

Die Terror-„Nacht der Steine" auf dem Kudamm und das offensichtliche Versagen der Polizeiführung hat zu den heftigsten Bürgerprotesten der letzten Jahrzehnte geführt.

Alles will wissen: Warum kamen die Polizisten so spät? Warum griffen sie so spät ein?

Wie konnte es passieren, daß die Steinwerfer den Kurfürstendamm in eine Straße der Scherben verwandelten?

Steine und Plünderer richteten einen Schaden von schätzungsweise drei bis fünf Millionen Mark an – einen Schaden, den der Senat „großzügig" regulieren will. Das heißt: Der Steuerzahler zahlt!

Polizeipräsident Klaus Hübner zur B·Z·: Ich habe keinen Grund zum Rücktritt. Mein Konzept wird vom Senat gebilligt."

Bericht auf den Seiten 8 und 9

Studenten wollen aktiv werden

14.4. 1981: Eine von mehreren tausend Studenten besuchte Vollversammlung beschließt den Streik, um den Forderungen der Instandbesetzer Nachdruck zu verleihen. Ein Student erklärt unter allgemeinem Beifall: „Jeder Angriff auf ein besetztes Haus ist ein Angriff auf uns!"
137 Häuser sind besetzt.
21.4. 1981: Auf ein besetztes Haus in der Winterfeldstraße wird ein Brandanschlag verübt. Es ist nicht der erste Anschlag auf ein besetztes Haus und es ist auch nicht der letzte.
26.4. 1981: Die Polizei verhindert eine Besetzung der Baustelle, auf der eine Jugendstrafanstalt entstehen soll.
27.4. 1981: Die „BZ" (Springer-Verlag) meldet auf Seite 1: Senat kauft heimlich 43 besetzte Häuser. Diese Häuser sollen den Instandbesetzern quasi geschenkt werden. Der tatsächliche Hintergrund dieser Lügengeschichte: Verschiedene Leute - sowohl „Altlinke" als auch Senatsverwaltungstypen - hatten ein sog. „Trägermodell" als politische Lösung angedacht. Im Gegensatz zum im Besetzerkreisen diskutierten „Treuhandmodell" geht dieses Modell weiter: Es überträgt auch das Eigentum - in Form der Erbpacht - an die Nutzer. Dieses Trägermodell war allerdings bei den Besetzern auf Ablehnung gestoßen, da es zu weit gehe und Sachen schon festschreibe, ohne daß die Voraussetzung für Verhandlungen - Freilassung der Gefangenen - erfüllt sei. Das alles aber steht nicht in der BZ [Wen wundert's, d. säzzer].
Aber etwas erfreuliches meldet auch diese Zeitung: 147 Häuser sind in Berlin besetzt. Und das stimmt tatsächlich!

Polizei ist zu aktiv: 200.000 Überstunden

28.4. 1981: Im Besetzerrat findet eine außerordentliche Sitzung statt. Verschiedene Häuser haben Angst vor einem CDU-Sieg am 10.5. und wollen deshalb noch vorher mit dem alten, verhandlungswilligen Senat über das „Treuhandmodell" reden. Einig sind sich alle, daß man nich mehr konkretes für die Gefangenen machen müsse, denn trotz aller verbalen Solidaritätsbekundungen läuft da nicht allzuviel.
Etwas Neues von der „Instandbesetzerbewegung": An der Ecke Reuter/Pflügerstraße in Neukölln findet die erste „Instandbegrünung" statt. Den Nachbarn gefällt's großartig. Der Polizei weniger: Schon Tage später läßt sie den Platz wieder einebnen. Die Polizei klagt noch über etwas anderes: Über 200.000 Überstunden hätten sich aufgrund der vielen Krawalle, Demonstrationen, Durchsuchungen und Räumungen angesammelt. (es werden bald noch mehr sein.)
30.4. 1981: Der Durchbruch scheint dem Senat gelungen: „Mietverträge mit Besetzern abgeschlossen" - so läßt er stolz verkünden. Doch trotz umfangreicher Recherchen läßt sich aber nicht ermitteln, mit wem diese Verträge abgeschlossen wurden. Eine gezielte Falschmeldung, mit der die Besetzer verunsichert werden sollen? Auch die Schulverwaltung hat ein Problem: Da immer mehr Schulklassen ihre Wandertage in besetzte Häuser verlagern, teilt die Verwaltung mit, daß dies nicht Sinn eines Tages. Mit Besetzern dürfe nicht gesprochen werden.
2.5. 1981: Den Instandbesetzern in der Liegnitzer Straße 7/8 werden die Scheiben eingeworfen. Die Polizei ist schnell zur Stelle und handelt: „Schöne Feiertage" wünscht sie den Steinewerfern und läßt sie von hinnen ziehen. Verdutzte Besetzer und überraschte Nachbarn bleiben zurück.
Justizsenator Meyer (FDP) setzt sich für Freiheitsstrafen mit Bewährung ein. Die Staatsanwälte - allen voran Wolfgang Müllenbrock - fordern in der Regel noch immer Strafen ohne Bewährung, „um den Mob der Straße abzuschrecken."

Die Spaltung im Besetzerrat findet nicht statt

3.5. 1981: Nach wochenlangen, nervigen Diskussionen - immer wieder durch die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft unterbrochen und zurückgeworfen - beschließt der Besetzerrat ohne Gegenstimmen, dem Treuhandmodell nicht länger mehr zu widersprechen. Die von vielen befürchtete, von manchen auch erwünschte Spaltung der Bewegung findet also nicht statt. Der Senat bewertet den Vorschlag in einer ersten Stellungnahme als „grundsätzlich konstruktiv".

Auf, auf zum Gespräch mit der Jugend...

Es ist besser, unsere Jugend besetzt leerstehende Häuser als fremde Länder.

Gib Dir einen Ruc[k]



Regierender Bauernfänger Weizäcker geht nach dem 10. Mai auf nicht zur Ruhe kommende Jugendliche zu.



11.Mai 1981: Damit unsere Jugend weiß, wo ihr Platz in unserer Gesellschaft ist.

4.5. 1981: Polzei und Staatsanwaltschaft räumen ein Haus in Zehlendorf, um angeblichen Mietern, die schon mit ihren Möbelwagen vor dem Haus stehen, den Einzug zu ermöglichen. 24 Leute werden festgenommen.
Doch schon am nächsten Tag sind die Mieter auch wieder weg. Das Bezirksamt Zehlendorf muß zugeben, daß es sich bei den „Mietern" um Sozialfälle und Obdachlose gehandelt hat, die morgens für diesen „Job" angeheuert wurden.
8.5. 1981: Ein besetztes Haus in der Garystraße wird geräumt.
10.5. 1981: Die Berliner wählen einen neuen Senat. Zuvor war vom Allensbach-Institut ermittelt worden, daß 56% der Bevölkerung Hausbesetzungen in Ordnung finden. Die SPD verliert erwartungsgemäß sehr viele Stimmen, die CDU gewinnt hinzu, erreicht aber entgegen ihrer Prognosen nicht die absolute Mehrheit, die FDP verliert zwar, bleibt aber im Rathaus. Großer Gewinner: Die Alternative Liste rückt mit 9 Abgeordneten in das Parlament ein.
163 Häuser sind instandbesetzt.

Die Staatsanwaltschaft ist sauer

12.5. 1981: Ein Dienstag, wie ihn die Besetzer während dieser Zeit immer wieder erleben: Dienstag ist Durchsuchungstag. Diesmal in der Mittenwaldferstraße 45. Eine große Menschenmenge ist morgens um 7 Uhr nicht überrascht, als die Polizei mit großen Aufgebot vorfährt. Denn auch über diese Aktion wußte man schon vorher in der „Scene" Bescheid. Nach kurzer Beratung ziehen die Polizeibeamten wieder ab. Zwei Mitglieder eines Sondereinsatzkommandos hat man in der Eile auf dem Dach vergessen. Doch auch diese treten den (ungesicherten) Rückzug an.
Die Staatsanwaltschaft reagiert sauer. Sie kündigt „Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Strafverteilung im Amt" an, da die Besetzer offenbar vor solchen EInsätzen gezielt gewarnt würden. (Das stimmt auch, denn es gibt Menschen, die den Sinn der staatsanwaltlichen und polizeilichen Aktionen nicht einsehen; d. Verf.)

13.5. 1981: Ausnahmsweise an einem Mittwoch ist die Polizei und Staatsanwaltschaft mal wieder vor Ort: Die Adalbertstraße 6 wird durchsucht. Das Ergebnis wie bei den Durchsuchungen zuvor: Zerstörte Stromkabel und Gasleitungen sowie einige andere Beschädigungen. Das Haus Nordufer 28 im Wedding wird gleichzeitig geräumt. Und noch eine Nachricht, die für den Abend wieder einiges erwarten läßt: Die 18 Monate ohne Bewährung, die Peter K. wegen der Krawalle vom 12.12. in erster Instanz erhielt, werden auch von der zweiten Instanz bestätigt.
Mit den Worten: „Es handelt sich hier nicht um eine Räumung, sondern nur um eine Durchsuchung", dringen noch am Morgen etwa 20 Demonstranten in die Räume des Kreuzberger Baustadtrates im Rathaus ein. Sie durchwühlen einige Akten, zerstören aber nichts. Bevor die Polizei eintrifft, verlassen die Leute das Büro. Kurze Zeit danach wird die Aktion im Rathaus Neukölln wiederholt. Hier gehen einige Fahnenstangen in der Eingangshalle zu Bruch. Von „Terrorakten" reden die Bezirksbürgermeister, von einem orginellen und gewaltfreien Einfall die Scene. Auf einem Flugblatt heißt es: „Immer wenn ihr etwas bei uns durchsucht, werden wir zu euch kommen."
Am Abend wieder eine Spontan-Demonstration in Kreuzberg, die nach sehr kurzer Zeit zu einer Straßenschlacht wird. Bilanz: Mehr als 30 Verletzte im Krankenhaus und fünf Leute verhaftet. Die Polizei meldet 25 verletzte Beamte.

Panzershow

16.5. 1981: Die alljährliche Militärparade auf der Straße des 17. Juni findet unter starken Sicherheitsvorkehrungen statt. Übernervöse Polizeibeamte nehmen über 50 Leute vorläufig fest, sei es, weil sie maskiert sind oder weil sie ein Flugblatt gegen den Krieg verteilen. Unter etlichen Mißfallenskundgebungen fahren die Panzer an den Menschenmassen vorbei. Einer dieser Panzer erzeugt besonders großen Unmut: „Kreuzberg" ist auf dem Kanonenrohr zu lesen.



Instandbesetzer bekommen Paten

18.5. 1981: Für einige Häuser in SO 36 übernehmen Kirchengemeinden, Stadtteilzentren und andere Organisationen die Patenschaft. Die Idee solcher Patenschaften wurde von der BI SO 36 zusammen mit den Besetzern entwickelt. Ziel der Aktion ist es, mehr SChutz vor Durchsuchungen und Räumungen zu erreichen, aber auch eine feste Verankerung der Häuser in ihrem Stadtteil herzustellen. Diese Idee wird auch bald in den anderen Stadtteilen übernommen.

Hiermit geben wir bekannt

Wir freuen uns, euch bekannt geben zu dürfen, daß wir, das Theater "Rote Grütze", Paten geworden sind. Unsere Patenkinder in der Winterfeldstraße 31 hatten am 3. Mai mit der Besetzung ihrer Hausgeburt. Wir wünschen ihnen: daß sie in Ruhe aufwachen und frühstücken, Wände verputzen, Zigarettchen rauchen, Fenster einsetzen, kochen, Dach decken, quatschen, Fußboden verlegen, mit den Kindern spielen, Wasserleitungen erneuern, essen, Zeitungsartikel schreiben, lange baden, sehr lange baden, zum Besetzerrat gehen, Bier trinken, abwaschen, schmusen, Leitungen legen, schlafen und träumen.
Wir wünschen ihnen Kraft gegen allerlei Spekulantenunbill und keinen Kummer mit Lummer! Sonst werden wir böse.

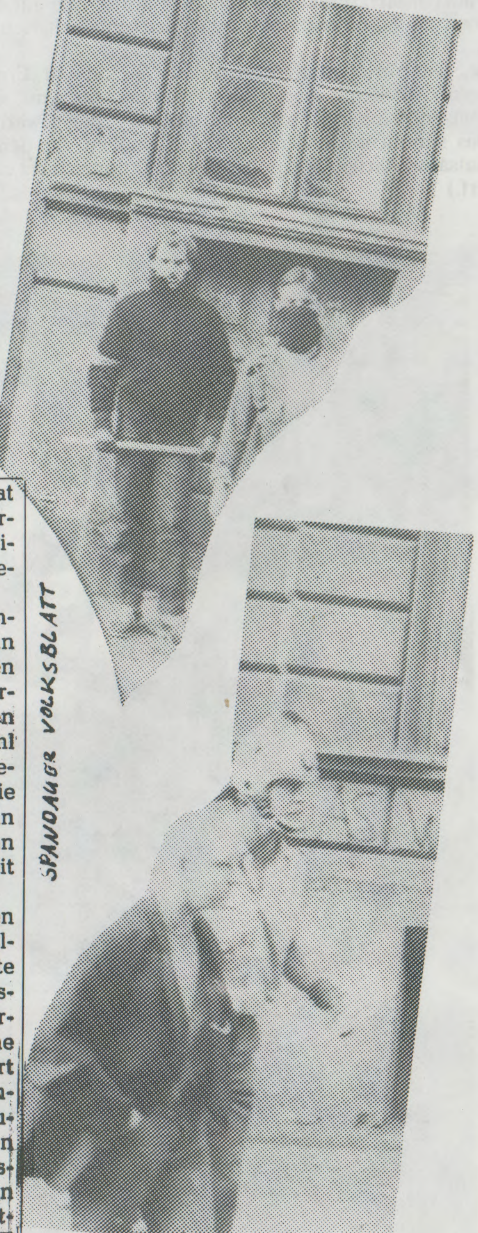
TAZ

Vermummte Polizisten mit Knüppeln

19.5. 1981: Ein Dienstag - Die Waldmarstraße 40 in SO 36 wird durchsucht. Von der Presse ungläubig bestaunt: Vermummte Gestalten mit Knüppel. „Polizisten in Zivil, die sich vor Fotografen schützen wollen", teilt die Polizei mit. Daß solche Typen schon des öfteren diejenigen waren, die als erste die Steine schmissen, munkelt man schon länger in der Scene.
Aus Protest gegen die permanenten Durchsuchungen wird die Redaktion des „Tagesspiegel" vorübergehend besetzt. Die Polizei nimmt 16 Personen fest.

24.5. 1981: Nach dem Motto der Bewegung: „Legal - illegal - scheißegal" versuchen's einige Häuser aus Kreuzberg 61 (Chamissoplatz und Umgebung) „legal". Sie haben sich in einer Gruppe „Legalize it" zusammengeschlossen und wollen über Mietverträge mit den Eigentümern verhandeln. Begründung: Mieter und Besetzer sollen denselben Status haben. Viele andere Häuser sind über diesen Alleingang sauer, da sie erst aus der Zeitung davon erfahren haben.
25.5. 1981: Die evangelische Synode von Berlin beschließt nach mehrtägiger Diskussion: Der Staat soll in Zusammenhang mit Hausbesetzungen auf seinen Strafanspruch verzichten.





Zur Sache

Wild-West in Kreuzberg

Die Berliner Polizei hat sich in dieser Woche ein geradezu einmaliges Kabinettstückchen geleistet. Da traute so mancher Bürger seinen Augen nicht mehr: Junge Männer, gekleidet in Leder- und Sportjacken, abgetragenen Jeans und Sportschuhen, bewaffnet mit schweren Holzknüppeln, sperren eine Straße in Kreuzberg ab und durchsuchen ein besetztes Haus. Die Männer sind unterschiedlich vermummt, mit Pullover oder Gesichtsmaske. Daß es sich nicht um eine „Bürgerwehr" handelt, deuten nur Armbinden mit der Aufschrift „Schutzpolizei" an.

Dieser „Wild-West-Aufzug" in allerbester John-Wayne-Manier soll, wie gestern zu erfahren war, von den eingesetzten Beamten selbst inszeniert worden sein. Wenn der Hintergrund nicht so ernst wäre, könnte man das Ganze noch als phantasielosen Klamauk abtun. Doch es hat sich ja leider nicht um eine Filmvorstellung, sondern um den tatsächlichen Einsatz Berliner Polizisten gehandelt.

Polizeipräsident Hübner und Innensenator Dahrendorf haben ein derartiges Auftreten von Beamten inzwischen in aller Deutlichkeit verboten. Ihnen waren die eigenwilligen Eskapaden ihrer Untergebenen wohl selbst etwas ungeheuerlich vorgekommen. Und in der Tat, wie soll die Polizei bei der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie in „Räuberzivil" an die Arbeit geht?

In der Vergangenheit haben Kreuzberger des öfteren bei Krawallen beobachtet, wie vermummte Trupps in Blitzaktionen beispielsweise Schaufenster von Banken zerschlugen. In der Hausbesetzerszene war daraufhin der Verdacht geäußert worden, daß es sich bei den geheimnisvollen Gestalten um Provokateure, ja Polizisten, gehandelt haben könnte. Mit welcher Überzeugungskraft will die Führung der Polizei in Zukunft solchen Vermutungen entgegentreten?

PAUL F. DUWE

SPANDAUER VOLKSBLATT

Wolfgang Müllenbrock in Aktion

26.5. 1981: Staatsanwalt Müllenbrock und Polizei schlagen wieder zu - es ist Dienstag: Gegen 6 Uhr wird eine besetzte Fabrik in der Lützowstraße in Schöneberg geräumt und sofort abgerissen.



Danach wird die Bülowstraße 54 in Schöneberg durchsucht (48 Festnahmen) und auch gleich das Nachbarhaus, die Nr. 55, diesmal ohne Durchsuchungsbefehl.
Die Instandbesetzer in der Schöneberger Goltzstraße 30 (Eigentümer: Katholische Kirche) befürchten, daß sie auch noch geräumt werden. Daß die Schulkinder in der benachbarten Schule gegen 9 Uhr plötzlich nach Hause geschickt werden, nährt diesen Verdacht. Barrikaden werden errichtet. Als die Polizisten anrücken, wird ein Autowrack in Brand gesteckt. Staatsanwalt Müllenbrock, der die Durchsuchungen leitet, hat mittlerweile einem SFB-Mitarbeiter das Tonband beschlagnahmt und einem Presse-Fotografen, der die Szene ablichtet, den Film abnehmen lassen.
Gegen 14 Uhr treibt die Polizei die vor dem Haus versammelten Leute - über 500 - mit Schlagstockeinsatz auseinander. „Lösen Sie sich auf" tönt es immer wieder aus den Lautsaprechern. Ob Kindergärtnerinnen, die ihre Kinder einsammeln, Passanten oder Demonstranten - alle spüren den Knüppel.
Ein neues Gerücht geht um: Um 18 Uhr soll die Goltzstraße geräumt werden. Mehr als 1.500 Leute versammeln sich vor dem Haus. Mit Wasserwerfern und Tränengas greift die Polizei an, eine der schlimmsten Schlachten entwickelt sich in Schöneberg. Bis in die frühen Morgenstunden herrschen - wie die Zeitungen berichten - „bürgerkriegsähnliche Zustände". Immer wieder werden meterhoch brennende Barrikaden errichtet. Bilanz: Über 200 Verletzte. Die Goltzstraße 30 wird allerdings nicht geräumt.

29.5. 1981: Über 300 gekündigte Mieter vom Eichendamm verkünden: Wir besetzen unser Haus! So meldet es Bild.
3.6. 1980: Piratensender gestürmt - so die Version der Polizei. Doch der angebliche Erfolg entpuppt sich als ein Spiel der „illegalen" Rundfunkmacher: „Wir wollten nur mal feststellen, wie lange ihr braucht, um unseren Sender anzupeilen", lesen die Beamten, als sie den Brief neben der Sendeanlage öffnen. Doch der Inhalt des Briefes wird der Presse erst am nächsten tag auf Anfrage mitgeteilt. Die Häuser „Im Kolk" in Spandau werden innerhalb von drei Monaten schon zum vierten Mal durchsucht.

Die Spandauer sind sauer

4.6. 1981: Eine Protestdemo von knapp 100 Leuten in Spandau wird von der Polizei nahezu komplett festgenommen: 69 Leute finden sich im Polizeiwagen wieder. Am Abend dann eine Vollversammlung: Die Spandauer sind stocksauer über die fehlende Unterstützung der Besetzerhochburg Kreuzberg. „Wenn bei Euch durchsucht wird, dann kommen wir. Aber wenn bei uns was los ist, sieht man niemanden aus Kreuzberg." Die Scene versucht, ihre mangelnde Unterstützung mit der weiten Entfernung von Spandau zu entschuldigen, hat aber auch ein schlechtes Gewissen. Zum Schluß der Versammlung weist noch jemand auf den morgigen Geburtstag von Wolfgang Müllenbrock hin. Daraufhin versammeln sich ca. 150 Leute in der Nähe seines Hauses-Fontanestraße 9 im feinen Bonzenviertel Grunewald. Das Haus wird schon von starken Polizeikräften bewacht, so daß die „Überbringung von Geburtstagswünschen" zwecklos erscheint.



Die sich in Kleingruppen auflösenden „Gratulanten" werden alle von der Polizei zur „Personenüberprüfung" festgehalten: 125 Leute.
9.6. 1981: Dienstag: Morgens werden zwei Häuser in der Willibald-Alexis-Straße sowie zwei Häuser in der Manteuffelstraße und Naunynstraße durchsucht. Danach weitere Festnahmen in der Umgebung der Manteuffelstraße, obwohl kein Grund vorhanden ist. Am Abend werden vor dem Mehringhof mehr als 30 Menschen festgenommen, die auf dem Gehsteig stehen, ohne irgend jemanden zu behindern. Schlagstockeinsatz gegen alles, was sich vor dem Mehringhof bewegt. Man möchte eine befürchtete Demonstration verhindern. Trotzdem kommt es in der Nacht zu vereinzelten Demonstrationen, die keinen größeren Schaden anrichten.
15.6. 1981: Zwei Häuser in SO 36 werden durchsucht, 18 Besetzer vorläufig festgenommen.

Die „Berliner Linie" - Propaganda und Realität

16.6. 1981: Der neue CDU-Senat erklärt, daß er die unter dem Vogel-Senat entwickelte „Berliner Linie" fortführen wolle. Allerdings „werde er nicht nur davon reden, sondern sie auch praktizieren". Diese „Berliner Linie" - auch „Linie der Vernunft" genannt - wird immer wieder als weiche Linie dargestellt. Doch schon am 16.6. sieht die Bilanz so aus: Über 2.600 Strafverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen, über 1.300 Verletzte, permanente Durchsuchungs- und Räumungsangst - und immer wieder der Dank der Politiker an die Polizei für ihr besonnenes und angemessenes Verhalten. Daß Leute ihre Beine durch rücksichtslos fahrende Polizisten verloren haben, durch einen Polizeiknüppel blind geschlagen wurden, mit Gehirnblutung - durch Schlagstockeinsatz verursacht - auf der Intensivstation liegen, unzählige Knochenbrüche zu verzeichnen sind, „noch mehr Platzwunden schon alltäglich sind, viele selbst erlebte Polizeiübergriffe jeglichen Glauben an den Rechtsstaat vertrieben haben - all das wohl ein Grund, immer wieder der Polizei zu danken.
18.6. 1981: Die Deutsche Journalisten Union (dju) legt eine Dokumentation vor, die darüber informiert, wie Journalisten während der Auseinandersetzungen von Polizisten behindert, bedroht, geschlagen und verletzt wurden. Ein Journalist meint in einem Interview angesichts der aktuellen Situation: „In Berlin wird die Pressefreiheit nicht behindert, die Polizei hat sie nämlich schon längst abgeschafft." Die dju fordert die Journalisten auf, nur noch in Gruppen ihrer Arbeit nachzugehen, um sich so vor Polizeiübergriffen zu schützen. Vier Häuser in Neukölln und in Kreuzberg werden durchsucht.

Die „Linie der Vernunft"

22.6. 1981: Drei Häuser - eines in Kreuzberg (Kukuck) und zwei in Schöneberg - werden durchsucht.
Die Mittenwalder Straße 45 wird völlig überraschend geräumt. 74 Leute werden vorläufig festgenommen. Abends ab 22 Uhr versammeln sich über 800 Demonstranten beim Nollendorfplatz. Als der Verkehr blockiert wird, versucht die Polizei, die Demo aufzulösen. Zwischen Winterfeldplatz und Nollendorfplatz (Schöneberg) entwickelt sich eine Straßenschlacht, bei der neben der bekannten Polizei-Brutalität auch eine gesteigerte Militanz auf Seiten der Demonstranten zu beobachten ist. „Was haben wir schon zu verlieren?" Mit diesen Worten drückt ein Besetzer die Stimmung aus. Kurz nach Mitternacht erklärt die Polizei eine ganze Straße für „vorläufig festgenommen". Vielen gelingt noch die Flucht in die Wohnungen. Bilanz: 173 Festnahmen und eine unbekannte Anzahl verletzter Demonstranten. Auch sind etliche Scheiben zu Bruch gegangen. In der Presse wird der neue Senat wegen der Räumung angegriffen, da an diesem guterhaltenen Objekt das Spekulationsunwesen besonders deutlich zutage tritt.
23.6. 1981: Ein besetztes Haus in der Kaunstraße in Zehlendorf - eine schöne Villa, für deren Erhalt sich sogar der CDU-Bezirksbürgermeister eingesetzt hat - wird geräumt und abgerissen. Empörte Jugendliche dringen in das Zimmer des Bezirksbürgermeisters ein, um dort zu diskutieren. Im Fahrstuhl des Bezirksamtes gibt es eine Verpuffung. Innensenator Lummer verkündet im Radio, Hausbesetzer hätten einen Bombenanschlag auf das Rathaus Zehlendorf verübt und würden jetzt im Bürgermeisterbüro randalieren. Vor Ort sieht man aber nur in Ruhe mit dem Bürgermeister redende Jugendliche. Und von einem Bombenanschlag weiß die Polizei nichts. Die Ursache und die eventuellen Täter des Vorfalles im Fahrstuhl sind der Polizei unbekannt.



Aufruf zur Großdemonstration am 25.6.81, 16.30 Uhr

ab Winterfeldtplatz zum Rathaus Schöneberg

Freilassung aller im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Inhaftierten und Einstellung aller Strafverfahren
Für eine wirkliche Wende in der Wohnungsbaupolitik

Durch die verheerende Wohnungspolitik der letzten Jahre nimmt die Zahl der leerstehenden Wohnungen und der Wohnungssuchenden ständig zu. Während 80.000 Menschen dieser Stadt eine menschenwürdige und bezahlbare Wohnung suchen, stehen zur Zeit ca. 15.000 Wohnungen leer, die Senat und Sanierungsspekulanten zu unbezahlbaren Mieten modernisieren wollen.

INSTAND(BE)SETZEN — das ist die Antwort der Betroffenen diesen schreienden Widerspruch zu lösen, gegen den Mieter- und Bürgerinitiativen schon seit Jahren protestieren. Erst die Instandbesetzer haben mit ihrer Kraft und Phantasie die nötige Aufmerksamkeit und den politischen Druck erzeugt, weil sie ganz bewußt den Rahmen der, nur den Interessen der Hausbesitzer dienenden, Gesetze verlassen und unter Aufbietung enormer Eigenleistungen Häuser und Wohnungen wieder bewohnbar machen.

Instand(be)setzung ist so ein Schritt zur praktischen Lösung der Wohnungsnot für einen Teil der Wohnungssuchenden und gleichzeitig ein neuer politischer Hebel zur Durchsetzung von Mieterinteressen gegenüber den Profitinteressen der Hausbesitzer und Spekulanten.

Durch gezielte polizeiliche Gewaltaktionen (Räumungen, Durchsuchungen und Verhaftungen) von Senat und Staatsanwaltschaft sollen die Instandbesetzer kriminalisiert werden und gespalten in „Militante Chaoten und friedliche Besetzer". Wir lassen uns nicht spalten, denn betroffen sind wir alle. Natürlich fliegen auch Steine und gehen Scherben zu Bruch. Aber warum? — Aus Wut und Empörung, wenn die mühevolle Arbeit in den besetzten Häusern durch polizeiliche Maßnahmen zerstört wurde oder wenn die Herren Ordnungshüter bei spontanen Protestversammlungen kräftig zugelangt haben.

Alle kommen zur Demo .... und wehe eine(r) fehlt!
Do. 25. Juni
Trotz CDU-Senat! Wir kämpfen für unsere Forderungen:
Freilassung!
Keine Kriminalisierung!
Keine Räumung!
Für eine wirkliche Wende der Wohnungspolitik!

FDGÖ/Satz: Gegensatz: ☎ 612 30 37

Aber staatliche Gewalt gegen Zehntausende sind auch Sanierungspolitik mit Zwangsentmietung, Abriß und Hochmietenmodernisierung.

All das muß endlich ein Ende haben. Es mußten schwerwiegende Fehler bei der Wohnungsbaupolitik eingestanden werden, jetzt müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden, indem den Strafverfolgten Straffreiheit gewährt wird. Die Betroffenen (Instandbesetzer, Mieter, Kiezräte und Hausversammlungen) müssen über Sanierung und Modernisierung ihrer Häuser selbst entscheiden, damit weitere Luxusmodernisierungen, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, Vernichtung billigen Wohnraumes und ständige Mieterhöhungen verhindert werden können.

Deshalb demonstrieren wir gemeinsam für unsere Forderungen:

- **Freilassung aller im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Inhaftierten und Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren**
- **Schluß mit dem gewaltsamen Vorgehen der Berliner Polizei gegen Instandbesetzer, Demonstranten, Presse und Passanten**
- **Keine Räumung von besetzten Häusern**
- **Für eine an den Interessen der Betroffenen ausgerichtete Wohnungspolitik**

am Donnerstag, den 25.6.1981 um 16.30 Uhr vom Winterfeldtplatz zum Rathaus Schöneberg, da am gleichen Tag die AL das Straffreiheitsgesetz ins Abgeordnetenhaus einbringt. (Abschlußkundgebung mit Kulturellem Programm bis ca. 22.00 Uhr geplant)

Zu dieser Demonstration rufen über 40 Initiativen und Organisationen auf. Darunter u.a.:

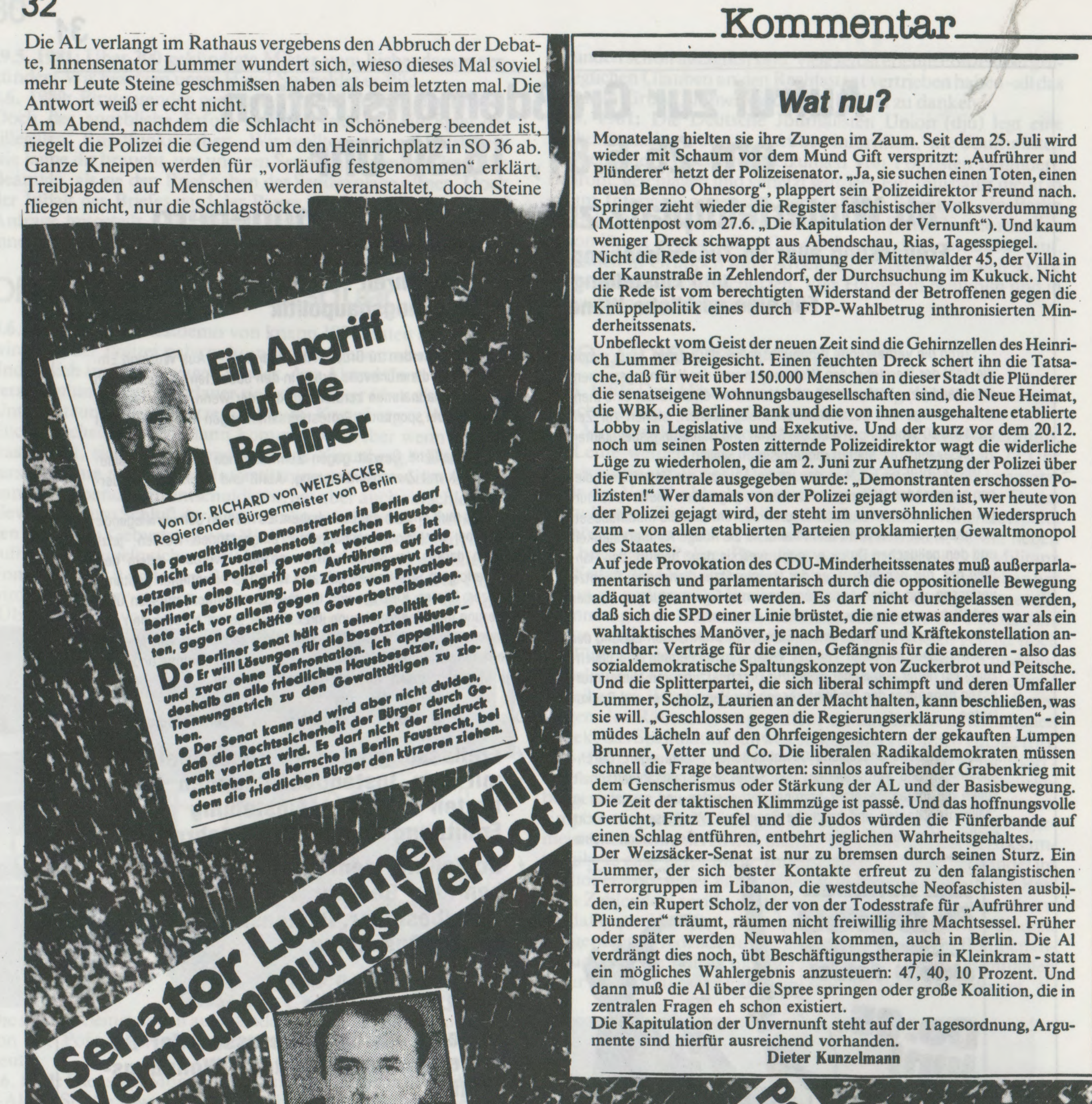
Berliner Jungdemokraten, Frauen in der FDP, Besetzerrat K 36, Bürgerinitiative SO 36, Berliner Mieterverein, Besetzerrat Schöneberg, Asta FU, Berliner Mietergemeinschaft e.V., Alternative Liste, Mieterinitiative Klausener Platz, Mietergruppe Mariannenplatz Nord, Besätzerrat Charlottenburg, Bund Deutscher Pfadfinder, Asta PH, Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht, Besetzerrat Neukölln, Fachbereichszentrum Umwelttechnik, Mieterladen Chamissoplatz, Asta Lankwitz, LAUS, Schlorrendorfer, Mieterladen Dresdener Straße, Mieterladen Waldemarstraße, Sozialistische Linke, Basisgruppen FU, Amnestiekomitee, Verschiedene Pfarrer und Pfarreien, Verein zur Förderung eines gesetzmäßigen Strafvollzugs e.V., Besetzerrat K 61....

„Die Schlacht um das Rathaus Schöneberg"

25.6. 1981: Eine von der BI SO 36 organisierte Demonstration unter der Hauptforderung „Schluß mit der Kriminalisierung und den Räumungen" beginnt am Winterfeldplatz und führt zum Rathaus Schöneberg, wo das Abgeordnetenhaus über einen von der AL eingebrachten Amnestieentwurf berät. Über 15.000 Menschen - von FDP-Vereinigungen über Pfarrer, Jusos, Judos, Hochschulen und Besetzern bis hin zum Netzwerk - sind dem Aufruf gefolgt. Die Demonstranten durchbrechen die hermetisch Die Demonstranten durchbrechen die hermetisch abgeriegelte Bannmeile. ,Die Polizei setzt Tränengas ein, die „Schlacht um das Rathaus Schöneberg" beginnt. Mit einer - laut Polizeiangaben - bislang „nie dagewesenen Militanz" wehren sich die Demonstranten. Überall werden Barrikaden errichtet, Brandsätze fliegen, ein Lebensmittelladen (Bolle) brennt aus, verschiedene Polizeieinrichtungen werden angegriffen - und über allem Schwaden von Tränengasgranaten, die von der Polizei überall hin verfeuert werden.

Die AL verlangt im Rathaus vergebens den Abbruch der Debatte, Innensenator Lummer wundert sich, wieso dieses Mal soviel mehr Leute Steine geschmissen haben als beim letzten mal. Die Antwort weiß er echt nicht.

Am Abend, nachdem die Schlacht in Schöneberg beendet ist, riegelt die Polizei die Gegend um den Heinrichplatz in SO 36 ab. Ganze Kneipen werden für „vorläufig festgenommen" erklärt. Treibjagden auf Menschen werden veranstaltet, doch Steine fliegen nicht, nur die Schlagstöcke.



Ein Angriff auf die Berliner

Von Dr. RICHARD von WEIZSÄCKER
Regierender Bürgermeister von Berlin

Die gewalttätige Demonstration in Berlin darf nicht als Zusammenstoß zwischen Hausbesetzern und Polizei gewertet werden. Es ist vielmehr eine Angriff von Aufrührern auf die Berliner Bevölkerung. Die Zerstörungswut richtete sich vor allem gegen Autos von Privatleuten, gegen Geschäfte von Gewerbetreibenden.

Der Berliner Senat hält an seiner Politik fest.
• Er will Lösungen für die besetzten Häuser – und zwar ohne Konfrontation. Ich appelliere deshalb an alle friedlichen Hausbesetzer, einen Trennungsstrich zu den Gewalttätigen zu ziehen.
• Der Senat kann und wird aber nicht dulden, daß die Rechtssicherheit der Bürger durch Gewalt verletzt wird. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als herrsche in Berlin Faustrecht, bei dem die friedlichen Bürger den kürzeren ziehen.

Senator Lummer will Vermummungs-Verbot

Innensenator Heinrich Lummer

Polizeidirektor Freund: Die Chaoten wollen einen Toten

rb. Berlin, 27. Juni **„Mit aller Kraft, mit aller Gewalt suchen etwa 500 Randalierer den Konflikt schärfster Art."** So sieht Polizeidirektor **Günter Freund,** Leiter des Führungsstabes beim Einsatz vor dem Rathaus, die Chaoten. Und er fügt hinzu: **„Sie suchen einen Toten, einen neuen Ohnesorg!"** (Der Student Benno Ohnesorg war vor 14 Jahren bei den Schah-Krawallen von einem Polizisten erschossen worden, danach hatte es schwerste Auseinandersetzungen gegeben.

Günter Freund beklagt das politische Versagen in der Vergangenheit: „Nun ist ein furchtbarer Zustand eingetreten." Wie konnten eigentlich Hunderte von Chaoten durch die Bannmeilen-Sperre am Rathaus durchbrechen? Der frühere Chef der Polizei-Direktion City: „Wir konnten sie ja nicht erschießen!"

Polizeidirektor Günter Freund

Kommentar

Wat nu?

Monatelang hielten sie ihre Zungen im Zaum. Seit dem 25. Juli wird wieder mit Schaum vor dem Mund Gift verspritzt: „Aufrührer und Plünderer" hetzt der Polizeisenator. „Ja, sie suchen einen Toten, einen neuen Benno Ohnesorg", plappert sein Polizeidirektor Freund nach. Springer zieht wieder die Register faschistischer Volksverdummung (Mottenpost vom 27.6. „Die Kapitulation der Vernunft"). Und kaum weniger Dreck schwappt aus Abendschau, Rias, Tagesspiegel.

Nicht die Rede ist von der Räumung der Mittenwalder 45, der Villa in der Kaunstraße in Zehlendorf, der Durchsuchung im Kukuck. Nicht die Rede ist vom berechtigten Widerstand der Betroffenen gegen die Knüppelpolitik eines durch FDP-Wahlbetrug inthronisierten Minderheitssenats.

Unbefleckt vom Geist der neuen Zeit sind die Gehirnzellen des Heinrich Lummer Breigesicht. Einen feuchten Dreck schert ihn die Tatsache, daß für weit über 150.000 Menschen in dieser Stadt die Plünderer die senatseigene Wohnungsbaugesellschaften sind, die Neue Heimat, die WBK, die Berliner Bank und die von ihnen ausgehaltene etablierte Lobby in Legislative und Exekutive. Und der kurz vor dem 20.12. noch um seinen Posten zitternde Polizeidirektor wagt die widerliche Lüge zu wiederholen, die am 2. Juni zur Aufhetzung der Polizei über die Funkzentrale ausgegeben wurde: „Demonstranten erschossen Polizisten!" Wer damals von der Polizei gejagt worden ist, wer heute von der Polizei gejagt wird, der steht im unversöhnlichen Wiederspruch zum - von allen etablierten Parteien proklamierten Gewaltmonopol des Staates.

Auf jede Provokation des CDU-Minderheitssenates muß außerparlamentarisch und parlamentarisch durch die oppositionelle Bewegung adäquat geantwortet werden. Es darf nicht durchgelassen werden, daß sich die SPD einer Linie brüstet, die nie etwas anderes war als ein wahltaktisches Manöver, je nach Bedarf und Kräftekonstellation anwendbar: Verträge für die einen, Gefängnis für die anderen - also das sozialdemokratische Spaltungskonzept von Zuckerbrot und Peitsche. Und die Splitterpartei, die sich liberal schimpft und deren Umfaller Lummer, Scholz, Laurien an der Macht halten, kann beschließen, was sie will. „Geschlossen gegen die Regierungserklärung stimmten" - ein müdes Lächeln auf den Ohrfeigengesichtern der gekauften Lumpen Brunner, Vetter und Co. Die liberalen Radikaldemokraten müssen schnell die Frage beantworten: sinnlos aufreibender Grabenkrieg mit dem Genscherismus oder Stärkung der AL und der Basisbewegung. Die Zeit der taktischen Klimmzüge ist passé. Und das hoffnungsvolle Gerücht, Fritz Teufel und die Judos würden die Fünferbande auf einen Schlag entführen, entbehrt jeglichen Wahrheitsgehaltes.

Der Weizsäcker-Senat ist nur zu bremsen durch seinen Sturz. Ein Lummer, der sich bester Kontakte erfreut zu den falangistischen Terrorgruppen im Libanon, die westdeutsche Neofaschisten ausbilden, ein Rupert Scholz, der von der Todesstrafe für „Aufrührer und Plünderer" träumt, räumen nicht freiwillig ihre Machtsessel. Früher oder später werden Neuwahlen kommen, auch in Berlin. Die Al verdrängt dies noch, übt Beschäftigungstherapie in Kleinkram - statt ein mögliches Wahlergebnis anzusteuern: 47, 40, 10 Prozent. Und dann muß die Al über die Spree springen oder große Koalition, die in zentralen Fragen eh schon existiert.

Die Kapitulation der Unvernunft steht auf der Tagesordnung, Argumente sind hierfür ausreichend vorhanden.

Dieter Kunzelmann

feuer, Blut, Plünderungen

1000 Chaoten verwüsten Schöneberg

Bild
BERLIN
UNABHÄNGIG·ÜBERPARTEILICH

- Bolle-Filiale in Flammen
- Tausend Scheiben kaputt
- Viele Autos zertrümmert

Damit's ein duftes Grillfest wird

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

Polizei wurde überrascht: Durchsuchung eines besetzten Hauses zum Abriß genutzt

TAGESSPIEGEL

Auf richterliche Anordnung durchsuchten Polizisten gestern vormittag das besetzte Haus Saßnitzer Straße 9 in Schmargendorf. Die Beamten trafen im Haus einen Mann und eine Frau an, deren Personalien geprüft wurden. Dann wurde aus der Durchsuchung plötzlich eine Räumung: Der bei der Aktion als federführender Beamter anwesende Staatsanwalt übergab die Schlüssel des Hauses dem Hauseigentümer, und unmittelbar darauf begannen Bauarbeiter mit dem Leerräumen des zum Abriß anstehenden hinteren Gebäudeflügels. Sie warfen Mobiliar in den Hof und brachen die Fenster aus den Mauern. Der Hausbesitzer war dabei, um „Beweismittel über den Zustand des Hauses zu sichern".

29.6. 1981: Das mit Zentralheizung und gekachelten Bädern ausgestattete Haus Sassnitzer Straße 9 in Wilmersdorf wird nach einer Durchsuchung auf Veranlassung des Staatsanwaltes Müllenbrock überraschend geräumt und sofort mit dem Teilabriß begonnen.

31.6. 1981: Eltern von Instandbesetzern treffen sich zum erstenmal, um über ihre Sorgen und Ängste zu reden. Daraus entwickelt sich ein regelmäßige Treff der Eltern im Laden eines besetzten Hauses in der Winterfeldstraße, welches immer mehr Zulauf findet.

TAGESSPIEGEL

Elterntreff der Instandbesetzer

Wir verstehen, daß sich unsere Kinder gegen die Zerstörung ihrer Umwelt wehren. Sie müssen sich mit einer Welt auseinandersetzen, die sie nicht gemacht haben, und die sie so nicht wollen.

Während unsere Kinder kriminalisiert werden, sorgen und ängstigen wir uns.

Wir haben erste Schritte getan, uns aus unserer Anonymität und Isolation herauszuwagen. Wir wollen unsere Probleme gemeinsam besprechen und laden dazu alle betroffenen Eltern ein.

Treffpunkt: Winterfeldtstr. 20/22, im Laden
Zeit: jeden Dienstag ab 19 Uhr

Der wegen der dauernden Durchsuchungen und Räumungen unter heftigen beschuß geratene Senat teilt mit, daß es im Ausnahmefall Nutzungsverträge für Instandbesetzer geben könne - CDU-Fraktionschef Diepgen hatte dies zuvor kategorisch abgelehnt. Eine pauschale Legalisierung werde es nicht geben. Die von den Besetzern noch vor den Wahlen vorgeschlagene Treuhandverwaltung, die der alte Senat noch bis zur Unterschriftsreife vorbereitet hatte, wird vom CDU-Senat als nicht anwendbar erklärt.
Am späten Nahcmittag findet eine Demonstration von 5.000 Leuten statt, die ohne Zwischenfälle verläuft.

Beschlagnahme beim SFB und ZDF

1.7. 1981: Die Kritik am eigenmächtigen Vorgehen des Staatsanwaltes Müllenbrock bei der Räumung der Sassnitzer Straße 9 beantwortete dieser mit der Einleitung von Strafverfahren gegen Polizisten, die bei den vorangegangen Durchsuchungen die Hausschlüssel jeweils wieder den Besetzern bzw. einem Vertrauensmann übergeben hatten. Und noc einmal schlägt die Staatsanwaltschaft zu: Beim Sender Freies Berlin (SFB) und beim ZDF beschlagnahmt sie Filmmaterial über die Krawalle vor dem Rathaus Schöneberg. „Identifizierung von Straftätern" lautet die Begründung der Staatsanwaltschaft für diese spektakuläre AKtion, die große Empörung bei den Medien hervorruft. Die Journalisten befürchten, bei zukünftigen Demonstrationen als „verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft und der Polizei angesehen zu werden". Gerichte bestätigen später die Rechtmäßigkeit dieser Beschlagnahme, worauf der Gesetzgeber in Bonn aktiv wird, um Wiederholungen zu vermeiden.

TAZ

Täter identifiziert

Die „Dritte Gewalt" hat gestern wieder mal zugeschlagen. Tatsächlich hat sie ein Stück weit Transparenz und Öffentlichkeit zerschlagen. Was prügelnde Polizisten mit ihren Angriffen auf Bildjournalisten nicht gelang, nämlich die Dokumentation der Berliner Ereignisse zu verhindern, das erledigten jetzt die Herren in den Roben. Welcher Kameramann arbeitet schon gern als unbezahltes Hilfsorgan der Ermittlungsbhörden? Und wie sollen sich die filmenden Kollegen vor den Angriffen von beiden Seiten schützen, hatten sie doch bisher schon genug damit zu tun, sich der Schlagstöcke der Staatsgewalt zu erwehren. Es geht tatsächlich gar nicht um die Ermittlung irgendwelcher Straftäter, es geht um die schrittweise Verhinderung der direkten Berichterstattung. Die Polizei hat seit langem perfekt ausgerüstete Dokumentationstrupps. Seltsamerweise ist auch noch nie ein Staatsanwalt auf die abwegige Idee gekommen, bei auf Film festgehaltenen Übergriffen der Polizei die Herausgabe des Materials in Erwägung zu ziehen. Die Schlacht vor dem Rathaus war eben ein willkommener Vorwand, die auf allen Ebenen laufende staatsanwaltschafliche Offensive bis in die Fernsehkanäle hin abzusichern. Denn gleichzeitig mit der Beschlagnahmung von Filmmaterial wird bekannt, daß in Moabit gegen Polizisten ermittelt wird, die die Frechheit besaßen, Hausbesetzern nach Durchsuchungen die Hausschlüssel zurückzugeben. Wird klar, daß die Räumung der Saßnitzerstraße kein Zufall war, daß es der Staatsanwaltschft offensichtlich darauf ankommt, das Hausbesetzerproblem mit allen möglichen Mitteln vom Tisch zu haben. Die Herren der Dritten Gewalt machen nicht nur Politik, sie lassen es ganz bewußt auf eine knallharte Konfrontation ankommen. Man braucht so gesehen kein Filmmaterial, um die wahren Täter zu identifzieren. Ihre Namen sind bekannt, sie stehen unter Anklagen, Durchsuchungsverfügungen und Beschlagnahmezetteln.

Johann Legner

3.7. 1981: Die Möckernstraße 69 in Kreuzberg wird mit einem dubiosen Polizeieinsatz geräumt und zugemauert.

5.7. 1981: Das Amtsgericht Wedding entscheidet in einem Räumungsverfahren, daß der Vermieter dann zu einer fristlosen Kündigung berechtigt ist, wenn bei ihm der Eindruck entstehe, daß Mieter und Besetzer seines Hauses gemeinsame Sache mach-

ten. Der Mieter sei verpflichtet, sich aktiv gegen Instandbesetzung zur Wehr zu setzen. So das AG Wedding, das mit diesem Spruch empörte Reaktionen auslöst. (Aktenzeichen: 5 C 162/81)

Kündigung wegen Instandbesetzern

Gericht fordert Distanzierung

Mieter, die mit einem regulären Mietvertrag in einem teilweise instandbesetzten Haus wohnen, müssen mit einer Räumungsklage rechnen, wenn sie sich nicht aktiv gegen die Instandbesetzer zur Wehr setzen, dies meint das Amtsgericht Wedding in einer jetzt ergangenen Entscheidung in einer Räumungsklage unter dem Aktenzeichen 5 C 162/81.

Der Vermieter hatte auf Räumung der Wohnung geklagt, weil seiner Meinung nach der Mieter die Hausbesetzer unterstütze und so das dem Mietverhältnis zugrundeliegnde Vertrauensverhältnis zwischen Vermieter und Mieter gestört sei. Das Gericht gab der Räumungsklage statt, mit der Begründung: „Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte die Hausbestzer unterstützt oder nicht, da entscheidend ist, daß durch sein Verhalten auf Seiten des Klägers der Eindruck entstehen muß, er mache mit den Hausbesetzern gemeinsame Sache. Es wäre Sache des Beklagten gewesen, diesen Eindruck zu vermeiden."

Weiter führt das Gericht fur Handlungsmaxime der ordentlichen Mieter in besetzten Häusern aus: „Da es sich bei dem Verhalten der Hausbesetzer um klare Rechtsbrüche handelt, ist jeder Mieter verpflichtet, sein Verhalten so einzurichten, daß es nicht als Unterstützung bzw. Billigung der Verhaltensweise der Hausbesetzer aufgefaßt werden kann".

Der Mieter hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Der Berliner Mieterverein hält dieses Urteil für einen Skandal, denn es bedeutet, daß Mieter, egal ob sie mit Hausbesetzern sympathisieren oder nicht, aus ihrer Wohnung herausgeklagt werden können, wenn der Eigentümer den Eindruck hat, sie sympathisierten mit den Besetzern. Ginge es nach den Vorstellungen dieses Richters, so müßte jeder Mieter in einem instandbesetzten Haus eine Erklärung abgeben, daß er nicht mit den Besetzern sympathisiert, schlimmstenfalls müßten die Mieter in Form einer Bürgerwehr die Instandbesetzer vertreiben. **taz**

Die Drohung mit den Alliierten

5.7. 1981: „Berliner Morgenpost":

Greifen jetzt die Alliierten bei neuen Krawallen ein?

ASD Berlin, 4. Juli

Die bürgerkriegsähnlichen Krawalle rund um das Schöneberger Rathaus am Donnerstag vergangener Woche haben jetzt in westalliierten Kreisen zu verschiedenen Überlegungen geführt.

Gegenüber ausländischen Journalisten hat ein hochstehender britischer Diplomat angedeutet, daß bei einer Eskalation der Unruhen mit Plünderungen und Zerstörungen überlegt werden müsse, ob nicht alliierte Truppen zu Unterstützung der Polizei herangezogen werden. Das würde bedeuten, daß jeder der drei Westalliierten – Amerikaner, Briten und Franzosen – in seinem speziellen Sektor, in dem er nach wie vor die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung trägt, eingreifen müßte. Ein Protest der Sowjets wäre in einem solchen Fall kaum zu erwarten, da ihr Sektor allein Ost-Berlin ist.

Die politischen Ratgeber der westlichen Stadtkommandanten in Berlin bezweifeln offenbar, daß die sogenannte „Berliner Linie" – der zurückhaltende Polizeieinsatz gegenüber Politrockern und Chaoten – auf die Dauer durchgehalten werden kann.

6.7. 1981: Die Luckauer Straße 3 wird wegen eines Plakates, das Zivilbeamte unter der Überschrift „Vorsicht - Terroristen!" zeigt, durchsucht. Ein SPD-Abgeordneter bezeichnet diese Durchsuchung als völlig unverhältnismäßig und überflüssig.

7.7. 1981: Sechs Häuser in Kreuzberg und Wedding werden durchsucht. Bei Protestaktionen am Abend auf dem Nollendorfplatz werden Barrikaden errichtet und Schaufensterscheiben eingeworfen. 19 Leute werden vorläufig festgenommen, 41 werden überprüft.



AM SONNTAG GEHT'S ZUM GRUNEWALD

„Die Demonstranten besuchen die Spekulanten"
Ihr sucht den Dialog mit uns?
Jetzt kommen wir zu Euch!

Allein 25 der geldgierigsten Wohnungsbauspekulanten unserer Stadt wohnen in Grunewald. Sehen wir uns mal an, wie **sie** wohnen! Hören wir uns mal an, was sie uns zu sagen haben!

Zur Mittenwalder Straße, gut erhalten, die Mieter vertrieben, instandbesetzt, repariert, geräumt, für 2,5 Millionen wird es jetzt „saniert", betroffene Nachbarn; die Besetzer sitzen auf der Straße ...

zur Kaunstraße, eine schöne Villa in Zehlendorf, instandbesetzt. Sogar der CDU-Bürgermeister (!) versuchte, das Haus zu retten. Geräumt ... abgerissen, drei Tage bevor endgültig ein Abrißverbot in Kraft getreten wäre ...

zur Saßnitzer Straße in Wilmersdorf, ein Haus, als wenn's gerade modernisiert worden sei — Instandbesetzer und Mieterverein erzwangen den Abrißstop und eine neue Planung. Geräumt. Der Teilabriß und eine Luxusmodernisierung sind im Gange ...

WARUM? Eine Handvoll Spekulanten und westdeutscher Steuerhinterzieher wollen ohne Rücksicht ihre gewinnträchtigen Pläne durchziehen. Der Steuerzahler muß dafür aufkommen. Enge Beziehungen zur CDU und zu Berliner Staatsanwälten zahlen sich aus, Lummer und Möllenbrock als willfährige Vollstreckungsgehilfen.

Solange Argumente nicht gehört werden, wird es in Berlin immer neue Unruhen geben. Mit unserem friedlichen Sonntagsspazierung wollen wir zeigen, wer dafür die Verantwortung trägt.

Was hat in Berlin eigentlich Vorrang? Hunderttausende Mieter, siebzigtausend Wohnungssuchende, dreitausend Instandbesetzer ... oder diese Handvoll Wohnungsbaugesellschaften, diese Spekulantenmafia mit ihren guten Beziehungen?

Auf diese Fragen suchen wir eine Antwort. Wir treten an zum Dialog. FREUNDE, BRINGT KAFFEE UND GEBÄCK MIT!

Machen wir uns einen schönen Sonntagnachmittag im Grunewald.

Und unterstreichen wir das alte Sprichwort: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu!"

SONNTAGS-SPAZIERGANG
Treffpunkt Adenauerplatz, 12. Juli, 14.30, Abmarsch 15 Uhr
Kundgebung am Johannaplatz **Bis Sonntag!**

Ein vortrefflicher Stadtteilplan mit der Route erscheint noch!

Satz: Gegensatz, ☎ 6123037

Um wen geht es? Alte Bekannte aus Grunewald, die immer nur unser Bestes wollen

	Adresse	Name, Firma	was machen die?
1.	Bismarckallee 10	Detlev Gallinge Gallinge Baugetreuung	Besitzer: Sassnitzer 9
2.	Trabener Str. 26	Dr. Klaus Heymann	Geschäftsf.: Dr. Heymann & Kreul. Gehört besetztes Haus Reichenberger 63 a
3.	Herbertstr. 10	Walter Kreuels	Heymann & Kreuls (s.o.)
4.	Hagenstr. 1 Königsallee 52	Klaus-Werner Liebrecht	Abräumer Hauert und Noack, z.B. Reicherberger/Ecke Glogauer. Priv. San-Träger Samog
5.	Delbrückstr. 2a	Hans-Jörg Oldenburg	Chef Combau. Besetzte Häuser: Cuvrystr., Wrangelstr., Manteuffelstr. 90
6.	Hagenstr. 44	Bernd Wesenburg	Besitzer: Kukuck
7.	Königsallee 35b	Arnd Krogmann	Mitbes. R & W. Abriß Obentraut 44, besetzte Häuser: Kopisch 5, Karl-Marx-Pl. 20. Priv. San-Träger
8.	Kudowastr. 2	Wilhelm Burkhardt	Geschäftsführer: GSG. Besetzte Häuser: Luckauer, Oranienstr. etc.
9.	Bernadotestr. 6	Johannes Oertel	Geschäftsführer: We-Ka, Geschäftsführungsgesellschaft. Gehört zu Vogel-Braun. Besetzte Häuser: Lausitzer 22-23, Görlitzer 37, Fidicin 25
10.	Wangenheim 21	Axel Steinwarz	Gruppe Dr. Marx, priv. San-Träger
11.	Königsallee 21	Günther Schmidt	Erbauer NKZ
12.	Taunusstr. 9	Peter Ristau	Ristau und Specker, Capitalconsult Vertriebsges. f. Immobilienfonds
13.	Griegstr. 14	Axel Guttmann	Geschäftsf. Großspekulantengruppe Klingbeil
14.	Menzelstr. 15	Ingrid Garski	Bahama-Tourist
15.	Wallotstr. 8	Friedrich Schröder	priv. San-Träger
16.	Fontanestr. 6a	Klaus-Rüdiger Landowski	Vorstand der WBK
17.	Illmenauer 11	Renta-Immobilien	Besetztes Haus: Arndtstr. 14
18.	Königsallee 34 a	Dr. Jürgen Hecker	Vorstand Treuhandels AG
19.	Kronberger 10	David Katz Baubetreuung	
20.	Lassenstr. 10	Gerhard Meissner	Hausverwaltungsgesellschaft
21.	Wildpfad 22	Willi Bendzko	Massenumwandler, Makler

Der „Grunewaldspaziergang" - Eine Demonstration erzeugt Öffentlichkeit

9.7. 1981: Eine Kampagne wird eröffnet: Den Teilnehmern einer von der BI SO 36 zusammen mit geräumten Besetzern organisierten Demonstration im Nobelviertel Grunewald wird „Psychoterror" vorgeworfen. Die Demonstration ist bei der Polizei angemeldet und genehmigt. Sie hat das Motto: „Demonstranten besuchen Spekulanten" und soll am 12.7. stattfinden.

TAGESSPIEGEL

Polizisten in Zirkus eingeladen

Berliner Polizeibeamte und ihre Familien waren gestern abend Gäste von Parlamentspräsident Rebsch und Innensenator Heinrich Lummer bei einer Vorstellung im „Circus Krone". Die Einladung sollte, wie Lummer zur Begrüßung hervorhob, eine „Geste des Dankes und der Anerkennung" für die Polizisten und auch ihrer Familien sein, die bei den Einsätzen anläßlich der Krawalle in den letzten Wochen besonderen Belastungen ausgesetzt gewesen seien. Rebsch dankte den Polizeibeamten auch dafür, daß sie bei der Demonstration am 25. Juni die Bannmeile um das Rathaus Schöneberg geschützt und damit eine Beeinträchtigung der Parlamentssitzung verhindert hätten. (dpa)

11.7. 1981: Die Buttmannstraße 16 im Wedding wird besetzt, dann von der Polizei geräumt, sofort wieder besetzt und wieder geräumt und dann von der Polizei bewacht. Zwei Tage später erneute Besetzung, die Polizei räumt nicht mehr - Berlin hat seine erste Instandbesetzung unter dem neuen CDU-Senat.
Am Abend versammeln sich einige hundert Hausbesetzer zu einem „Sleep-In" auf dem Ku-Damm. Ziel dieser Aktion ist es, die Bevölkerung auf die Folge von Häuserräumungen hinzuweisen: Die Besetzer sind obdachlos.
Die massenhaft erschienene Polizei läßt trotz mehrmaliger Ankündigung den Ku-Damm nicht räumen und beschränkt sich bis zum Ende der Aktion um 5 Uhr morgens auf die Umlenkung des Verkehrs.
12.7. 1981: Etwa 8.000 Menschen versammeln sich gegen 15 Uhr auf dem Adenauer-Platz, um ihren Spaziergang in den Grunewald zu beginnen. Der Spaziergang, über den schon vorher viel geschrieben wurde, dauert über vier Stunden. Insgesamt (nur) 23 Fensterscheiben werden eingeworfen. Ein Zivilbeamter wird enttarnt und vertrieben. Das Chaos der Polizei drückt sich u.a. im Zusammenstoß dreier Wasserwerfer aus, der vier Verletzte fordert. Die Demonstration löst einen Pressewirbel aus, der alles bislang Dagewesen in den Schatten stellt. Die Demonstranten werden dabei auch mit „SA-Horden" verglichen.

TAZ

Erklärung zur Berichterstattung über die Grunewalddemonstration

Eine überwiegend ruhig und friedlich verlaufene Demonstration von Innenstadtbewohnern durch den Villenort Grunewald hat in den herrschenden Medien dieser Stadt ein lautstarkes Echo ausgelöst. Von Psychoterror, individuellen Terror, Denunziationszug und Klassenhaß ist die Rede. Den starken Worten stehen aber nur schwache Fakten gegenüber: Verglichen mit anderen Demonstrationen der letzten acht Monate, geringe Beschädigungen, wenig Festnahmen und Verletzte. Es bleibt die Tatsache, daß die Bevölkerung der Mietskasernen erstmalig in der Berliner Nachkriegsgeschichte in den Wohnvierteln der Wohlhabenden demonstrierte. Angesichts der massiven Meinungsmache, die jetzt von den Politikern der etablierten Parteien veranstaltet und von den etablierten Medien der Stadt verbreitet wird, erinnern wir an die mutwillige Zerstörung und an das Leerstehenlassen von vielen Tausenden von Wohnungen aus rücksichtsloser Profitgier, an die brutale Vertreibung von Zehntausenden von Menschen aus ihren Wohnungen, an die Versäumnisse der Medien dieser Stadt, als es galt über den Psychoterror und die reale Gewalt zu berichten, mit der Sanierungsträger und Baugesellschaften gegen Mieter vorgingen, die in ihren Wohnungen bleiben wollten. Die Politiker von CDU,SPD und FDP, die es jahrzehntelang versäumt haben, Berlin vor der Zerstörungswelle zu bewahren, die diese Stadt zum zweiten Mal bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet haben, kein Recht sich über die Demonstration vom 12.7.81 zu erregen. Sie hätten sich rechtzeitig über ihre eigene erregen und diese ändern sollen.

Der edp, der Tagesspiegel und die Zeitungen des Springerkonzerns müßten angesichts ihrer eigenen Berichterstattung in der Vergangenheit eigentlich vor Scham verstummen, anstatt sich jetzt scheinheilig in den Chor der moralisch Entrüsteten einzureihen. Die öffentliche Moral und Meinung sind in dieser Stadt dermaßen auf den Hund gekommen, daß sie Nutznießer und Helfershelfer des sehr realen Terrors, der hier jahrelang gegen Zehntausende von Mietern ausgeübt wurde, nun eine einzelne Demonstration dazu benutzen können, von ihren Praktiken abzulenken. Wir leben hier in einer verdrehten Welt, in der diejenigen am lautesten herumdröhnen, die am meisten Grund zum Schweigen hätten und diejenigen, die am meisten Grund zum Reden hätten, den Mund nicht aufkriegen oder sich kein Gehör verschaffen können, weil die großen Medien anderen Interessen gehorchen als denen der Bevölkerungsmehrheit. Der Skandal, von dem heute zu reden wäre, ist der Skandal der öffentlichen Medien in Berlin. Wir fordern deshalb zu einer kontroversen öffentlichen Diskussion auf, die die demagogische Meinungsmache zu beenden schafft.

Gezeichnet: Prof., Dr. Reinhard Wolf, FHS; Gerhard Wiesemer, HdK; Lothar Schuster, TU; Herrman Pfütze, VHS; Dr. Hans Ernst Wittig, HdK; Wolfgang Kunder, HdK; Dr. Dienhard Kerz, HdK; Christine Holzkamp, TU; Dr. Klaus-Dieter Hoffmann, TU; Prof. Helmut Hartwig, HdK; Dr. Renate Fuchs, TU; Dr. Hildegard Brenner, TU.
Diese zwölf Professoren sind alle im Fachbereich für Lehrerbildung tätig.

Der Tag nach dem Grunewald-Terror: Empörung, Wut und Hilflosigkeit

BERLIN
UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

13.7.81

Grunewald: Chaoten fingen Polizisten, ausgezogen, verprügelt

Der Innensenator zum „Spaziergang nach Grunewald“

Lummer: Einzele Bürger bedrängen – das ist Psychoterror!

MORGENPOST

Kommentar

TAZ

Steinewerfen ist notwendig

Die taz von gestern reagiert mit zwei Kommentaren auf den Vorwurf der bürgerlichen Presse, die die Grunewalddemonstration und ihre Steine gegen Spekulantenhäuser in die Nähe faschistischer Progrome rückt. Während Johannes Eisenberg jeden historischen Maßstab vermißt, weil hier "schließlich keinerlei Gewalt gegen Leib und Leben der Spekulanten angewendet wurde", entlockt die Faschismusparallele des "Tagesspiegel" Johann Legner ein nachdenkliches "irgentwas ist da dran". Die Inlandsberichterstattung schließlich läßt sich zu dem Tenor zusammenfassen: "harmlose Spaziergänger werden von brutalreaktionärer Öffentlichkeit als Faschisten beschimpft."

Wir sind alles andere als harmlos, und wir sind auch keine Spaziergänger. Wir ziehen in den Grunewald und werfen Steine in Wohnzimmer, obwohl uns vielleicht die Vorstellung, Steine in Wohnzimmer zu werfen, verhaßt ist. Wir benennen einzelne Menschen als verbrecherische Spekulanten, und obwohl uns Denunziation anekelt und obwohl wir wissen, daß die Familien sich mitgemeint fühlen.

Das fehlte mir gestern in der taz: Warum tun wir Dinge, deren äußere Ähnlichkeit mit SA-Aktionen wir in Kauf nehmen, und sind dennoch überzeugt davon, daß sie das Gegenteil von Faschismus sind?

Verbotenes tun ist notwendig, sonst ändert sich nichts. Das lehren uns die Herrschenden selbst, wenn sie die eine Verbotsübertretung immer gegen die andere ausspielen.

"Demonstrieren ja, aber Häuser besetzen, nein", hieß es noch vor nicht langer Zeit. Inzwischen gibt sogar die CDU zu, daß erst Hausbesetzungen auf die Wohnraumspekulation aufmerksam gemacht haben. Dann wurde differenziert zwischen "friedlichen" Hausbesetzern und "gewalttätigen" Steinewerfern. Tatsächlich setzt sich aber auch in bürgerlichen Kreisen allmählich die Einsicht durch, daß erst das Geschrei um eine zerborstene Scheibe die nötige öffentliche Aufmerksamkeit für die Verteidigung von Wohnraum schafft.

Wir wissen genau, warum wir auch Herrn Wiesenburgs Privat-Fenster attakieren müssen: Kapitalismus ist ein System - aber eins, von dem einzelne Menschen profitieren; kein sich selbst regulierender Mechanismus, in dem alle irgendwie Opfer sind , kein unentwirrbares Gestrick von GmbH-und-Co KG's mit Sitz in Lichtenstein, sondern ein System, das auf der Skrupellosigkeit derer beruht, die sich nicht schämen, "ihr Geld arbeiten zu lassen".

Ein System, das auf dem Willen und Handeln benennbarer Einzelner beruht. Wir kämpfen gegen die Spekulanten, dazu müssen wir zeigen, daß es sie gibt. Und dazu müssen wir sie unter der Pose des friedlichen Mitbürgrs und besorgten Familienvaters hervorziehen, unter die sie sich flüchten wollen. Ich werde den Stein auch in Herrn W esenburgs Privatsphäre werfen, wenn das notwendig ist, und weiß dennoch, daß ich kein Faschist bin. Denn ich liebe die Gewalt nicht, weder die, die der Spekulant dem Wohnungslosen antut, noch die, mit der ich ihm vielleicht antworten muß. Aber auf die verbrämte Gewalt des Geldes verweist manchmal nur die offene Gewalt des Steines.

Imma Harms

Leserbrief

TAZ

Der Sinn eines „Sonntagsspaziergangs im Grunewald“ hat mir sofort eingeleuchtet, da ich einige Tage vorher bei meiner Suche nach einem Altpapiercontainer schon einmal zur Bismarckallee im Grunewald gekommen bin — und gestaunt habe: hier verschwinden ja die Häuser im Grün von Vorgärten, Hecken, Bäumen, Mittelstreifen, Plätzen und Ufern (der inzwischen umgekippten Hertha- und Hubertusseen). Obwohl sich die Villen wirklich nicht zu verstecken brauchten, so wie sie aussehen! Ich denke echt, ich seh nicht recht. Und dabei taucht der vertraute Anblick der Kreuzberger Naunynstraße visionär vor mir auf, also diese enge Betonschlucht, deren geschlossene Reihen nackter und grauer Fassaden mich so einengen, daß ich oft nach oben wegzucken muß. Dennoch ist jedes (Hinter-) Haus mit all seinen unkomfortablen Bruchbuden als Wohnraum umkämpft (das ist natürlich keine Anregung zum Zugriff auf Grunewald-Anwesen)! Der Kontrast zwischen beiden Straßen ist jedenfalls sehenswert. Es gefällt mir, daß sich anläßlich der Demo viele Leute die total andersartigen Wohnbedingungen (wieder) einmal vor Augen führen wollen bzw. können. Uns deshalb als „Psycho-Terroristen“ zu bezeichnen, finde ich aufschlußreich. Ich sehe darin ebenso eine Umkehrung der Wirklichkeit, d.h. einen Ausdruck von ANGST wie in der Ausrüstung und dem Verhalten der Polizei, nämlich ihrem massenhaften, plastikgerüsteten und bewaffneten Auftreten, ihrem Tränengas, ihren Hunden, Wasserwerfern und Kameras, ihrem Drohen, Zuschlagen und Festnehmen. Das alles möglichst genau mitzukriegen, hat mich zeitweilig so beschäftigt, daß ich darüber meine eigene Angst fast vergessen habe: die Angst, als Frau besonders gefährdet zu sein, schmerzhaft verletzt und fertig gemacht zu werden im Namen von Gesetz und Ordnung. Erst hinterher ist mir wieder eingefallen, in was für eine riskante Situation ich mich begeben habe und was mir alles hätte passieren können.

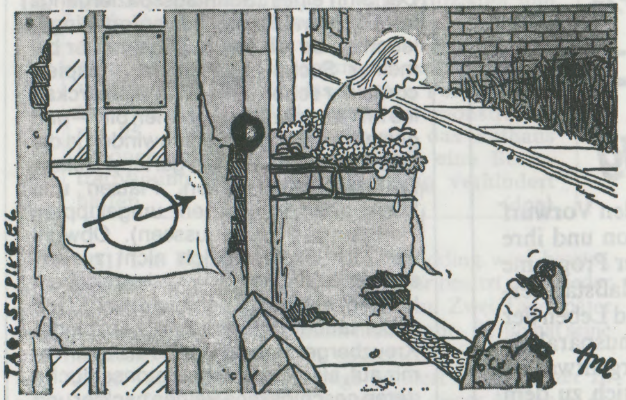
Später hatte ich außerdem den Eindruck, die bemerkenswerten Objekte wegen der Bewegung der Subjekte übersehen zu haben. Deshalb habe ich sie mir am nächsten Tag noch einmal genau angeguckt. Der Gegenbesuch wird sicher nicht lange auf sich warten lassen.

Haidemarie Sabotka
Psychologin und sog. „Psychoterroristin“

Auch Besetzer brauchen mal Urlaub

13.7.1981: Gegen 22 Uhr kommt es auf dem Heinrichplatz in SO 36 zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Passanten, nachdem die Polizei ein über dem Platz aufgespanntes Transparent entfernt hat. Neunzehn Leute werden festgenommen, darunter ein 37-Jähriger, der mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Urban-Krankenhaus eingeliefert wird. Die Polizei behauptet zunächst, der Verletzte sei nach seiner Festnahme von einem Stein getroffen worden, der auf die Polizisten geworfen worden sei. Nach einer Untersuchung des Verletzten und der Befragung mehrerer Augenzeugen ergibt sich allerdings, daß die Verletzungen vom brutalen Schlagstockeinsatz der Polizei herrührt. Auch nach seiner Festnahme wurde der schon Schwerverletzte weiter mißhandelt.

Nach diesem Vorfall scheint die Urlaubswelle auch bei der Scene zuzuschlagen. Genauso bei den Polizisten. Da auch einer der der Hauptakteure, Staatsanwalt Müllenbrock, im Urlaub weilt, stehen einige ruhige Tage bevor.



„Das janze Haus jeht morj'n in Urlaub. Kann nich die Polizei alle zwei Tage mit'm Wasserwerfa vorbeikomm'n und die Blumen jieß'n?" Zeichnung: Ane

16.7.1981: Innensenator Lummer lädt verwundete Polizisten ein, um sich bei ihnen zu bedanken (siehe untenstehenden Artikel aus der „Berliner Morgenpost"). Wieviel der 499 Beamten tatsächlich verletzt wurden, ist schwer einzuschätzen. Aber nachdem bekannt geworden ist, daß von den angeblich über 100 verletzten Polizisten der „Dezember-Krawalle" tatsächlich nur drei sich in das Krankenhaus begeben mußten, deutet einiges darauf hin, daß mit dieser Zahl 499 mal wieder Stimmung gemacht werden soll. Von den hunderten von verletzten Demonstranten, Passanten und Journalisten spricht niemand.

22.7.1981: 43 prominente Personen aus verschiedenen Bereichen - darunter u.a. Gollwitzer, Erika Runge, Jörg Mettke, Fritz Eberhard - gründen eine Initiative „Einzug in besetzte Häuser - Initiative gegen die Eskalation der Gewalt". Begleitet von sehr viel Presse ziehen sie in besetzte Häuser ein. Ihr Ziel: Verhinderung von Durchsuchungen und Räumungen.

28.7.1981: Die Besetzer von 22 der Neuen Heimat gehörenden Häusern in Schöneberg einigen sich nach ausführlichen Diskussionen auf ein gemeinsames Antwortschreiben an die Neue Heimat. Diese hatte in ihrem Brief vom 17.7. den Besetzern ein Gespräch vorgeschlagen, um eine Lösung für alle 22 Häuser zu finden. Die Besetzer schreiben, daß auch sie an einer politischen Lösung interessiert seien. Um die Ehrlichkeit ihres Gesprächsangebotes zu beweisen, soll die Neue Heimat sämtliche schon gestellten Strafanträge zurückziehen und keine weiteren Bauaufträge für besetzte Firmen vergeben.

Eine für den Nachmittag von verschiedenen Gewerkschaftsgruppen organisierte Diskussionsveranstaltung über die Wohnungspolitik der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat kann nicht stattfinden, da sowohl die Neue Heimat, als auch andere eingeladene Gewerkschaftsfunktionäre nicht erscheinen.

Der Herausgeber des „Knastblatt", Axel Simon, wird wegen „übler Nachrede" zu 6½ Monaten Gefängnis ohne Bewährung und 1.800 DM Geldstrafe verurteilt. Anlaß war ein Leserbrief in einer Stadtteilzeitung, in der Simon einen Gefängniswärter beschuldigt, Gefangene auf bestialische Artund Weise gequält und mißhandelt zu haben. Axel Simon setzt sich seit Jahren intensiv für Gefangene ein.

Innensenator Lummer dankte für Pflichtbewußtsein und Mut

Bei Krawallen 499 verletzte Polizisten

In Berlin sind seit dem 12. Dezember vorigen Jahres bei Straßenkrawallen und Einsätzen im Zusammenhang mit der Hausbesetzerszene 499 Polizisten verletzt worden. In vielen Fällen waren die Verletzungen durch Steinwürfe und andere Gewalttätigkeiten so schwer, daß die Beamten wochenlang ihren Dienst nicht ausüben konnten.

Für 25 Polizisten, die in den vergangenen Monaten verletzt worden waren, gab Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer gestern einen Empfang; der Dank für Einsatzbereitschaft, Pflichtbewußtsein und persönlichen Mut galt ihnen stellvertretend für alle anderen Beamten.

Lummer wies darauf hin, er werde jede Initiative der Innenministerkonferenz unterstützen, mit der die Ausstattung der Polizei verbessert werden könne. Außerdem betonte er, der neue Senat wolle die sogenannte Linie der Vernunft fortsetzen, doch „Wort und Tat müssen übereinstimmen, das bringt Klarheit und Glaubwürdigkeit".

Einige der 25 Polizisten, die gestern als kleines Zeichen des Dankes das Buch „Berlin – Bilder einer großen Stadt" sowie eine kleine KPM-Plakette erhielten, berichteten von ihren Erlebnissen. Über die Ausschreitungen in der Nacht vom 26. zum 27. Mai am Winterfeldtplatz sagte einer der Beamten: „Wir waren kaum abgesessen, da waren innerhalb von 30 Sekunden von zehn Beamten vier krankenhausreif verletzt. Die Steine flogen teilweise aus einer Entfernung von drei bis vier Meter. An die Täter kam man gar nicht heran – wir hatten nur damit zu tun, uns selbst zu schützen. Eine solche Aggressivität habe ich in vielen Dienstjahren noch nicht erlebt."



Dank für Einsatzbereitschaft und Pflichtbewußtsein: Heinrich Lummer mit Polizisten. Foto: Kosperski

Ein anderer Beamter, der später am Fahrzeug etwa 30 „Einschläge" (vor allem von Steinen, aber auch durch Katapultgeschosse) feststellte, erklärte: „Obwohl wir mit acht Mann auf dem Fahrzeug saßen, hat der Wagen unter Dutzenden von Steinen regelrecht gewackelt. Beim Absteigen traf ein Stein mein rechtes Schienbein – das Blut lief in den Schuh, die Verletzung war sehr schmerzhaft."

Der Parlamentsausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung hat Innensenator Lummer gestern gebeten, allen Polizisten zu danken, die während der Ausschreitungen in der Nähe des Rathauses Schöneberg am 25. Juni eingesetzt waren. Niemand stimmte dagegen, nur der AL-Abgeordnete Klaus-Jürgen Schmidt enthielt sich der Stimme.

Kurt Geisler

CDU-Senat: „Neun Häuser werden geräumt“

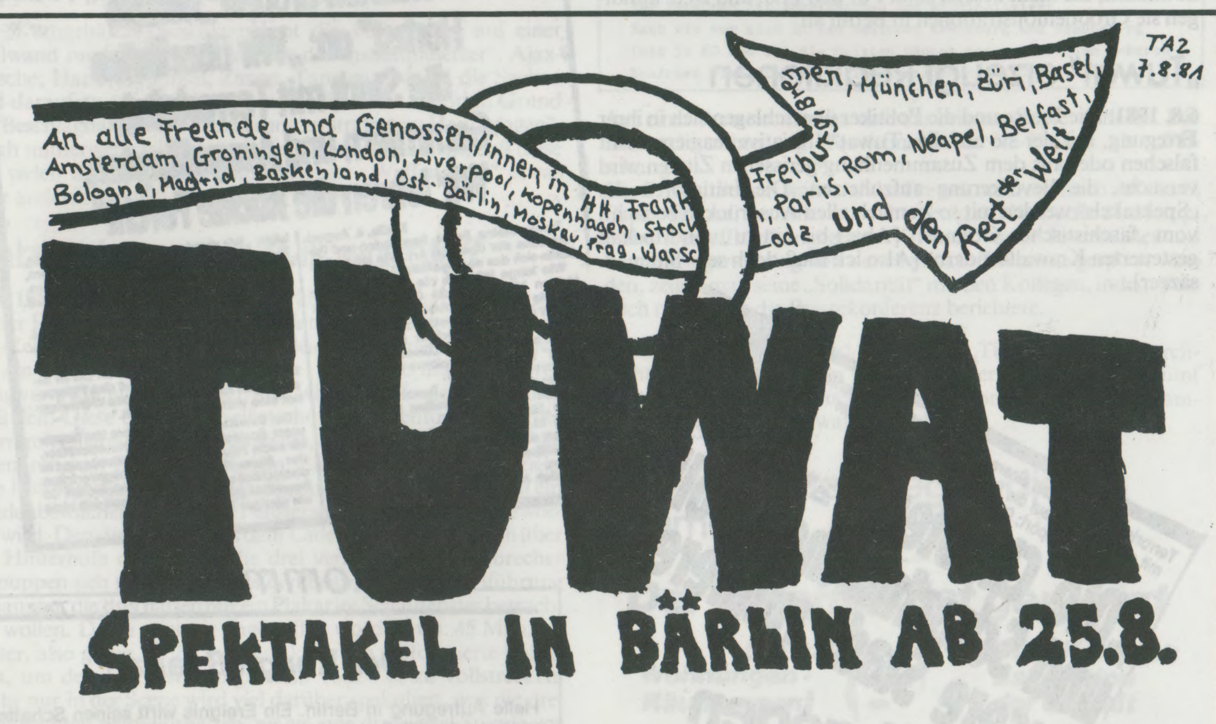
31.7. 1981: Bausenator Rastemborski (CDU) gibt auf einer überfüllten Pressekonferenz bekannt, daß in Kürze neun Häuser (Winterfeldstraße 20, 22, 24; Bülowstraße 89; Knobelsdorffer Straße 40, 42; Hermsdorfer Straße 4 - alle Neue Heimat -; Luckauer Straße 3 - GSW - und Dieffenbachstraße 27 - 'Privat' -) geräumt werden, damit diese modernisiert werden können. Den Besetzern wird, genauso wie allen anderen Berliner Wohnungsuchenden, angeboten, in die Häuser Bülowstraße 52, 54, 55 sowie in die Blumenthalstraße 13, 14 und 15 einzuziehen - Eigentümer: Neue Heimat -. Was aber der Bausenator verschweigt: Alle diese angebotenen Häuser sind ebenfalls voll belegt, über 300 Instandbesetzer wohnen dort. Den Bewerbern werden Material zur Instandsetzung der Räume und Nutzungsverträge angeboten. Mit diesen Häusern sei, so Rastemborski, trotz ihrer Entmietung nicht klar, was damit geschehe während der nächsten Jahre. In den meisten Medien - Fernsehen und Zeitungen - werden die Äußerungen des Bausenators als „neues wohnungspolitisches Konzept“ gelobt.

Eine seit Jahren von Mieterinitiativen erhobene Forderung wird von Rastemborski dagegen erfüllt: Mit sofortiger Wirkung verbietet er die mit Steuergeldern finanzierte „Luxusmodernisierung“ nach § 17 Abs. II Wohnungsbaugesetz (Neubaustandard), die für unzählige Spekulantengruppen ein äußerst lukratives Geschäft darstellte. Daß bei einigen der jetzt zu räumenden Häusern genau diese Art von Modernisierung durchgeführt wird, verschweigt er.

Bei vielen Gruppen, aber auch bei den Instandbesetzern wird die Ankündigung der Räumungen als Kriegserklärung angesehen. Ständig finden Beratungen statt, um eine wirksame Strategie zu entwickeln, die die Räumungen verhindert.

Die Besetzer antworten auf die „Kriegserklärung“

1.8. 1981: Der Besetzerrat von Kreuzberg beschließt, ein vierwöchiges Spektakel „Tuwat“ ab dem 25.8. in Berlin durchzuführen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:



Ganz Europa ist in Bewegung.
Kraaker, Anti-AKWler, Instandbesetzer, AJZ-Kämpfer, Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies und Gamler, Schwarze und Indianer, Schwule und Lesben, Alternative und Grüne Radler, Anti-Militaristen, Sozialisten und Antifaschisten, die Autonomie und der Untergrund und überall die Menschen, die für die Freiheit kämpfen......

TUWAT heisst das Spektakel.
Ein Kongress, ein Festival, ein Ausdruck für den Kampf der uns verbindet.
Stattfinden wird das Ganze in BERLIN, dem gespaltenen Arsch der Nationen. BERLIN wo sich der Kalte Krieg der Regierungen in reinster Form offenbart. Ein Krieg, der gegen uns geführt wird.
Die Berliner Regierung hat uns den Kampf angesagt.. Sie will 9 besetzte Häuser räumen, deren Bedeutung für uns mehr ist als nur der bloße Wohnraum. Sie wollen uns unseren Lebensraum und unsere Zusammenhänge vernichten. Wir werden ihnen, stellvertretend für alle Regierungen, die immer noch glauben, daß sie mit uns machen können was sie wollen, zeigen, was wir davon halten.
Schmeissen wir die Atomwaffen in die Grachten von Amsterdam!
Verbrennen wir die AKW Pläne unter dem Triumphbogen!
Vergraben wir die unmenschlichen Sanierungskonzepte im Gorlebener Salzstock!
Zertrümmern wir ihren Beton und machen ihn zum Hochzeitsgeschenk der Lady Di !
Wir werden Feste feiern, die die Stadt erzittern lassen!
Wir werden Demonstrationen machen, die ihnen die nackte Furcht lehren wird!!
Und wir werden uns unterhalten; werden erzählen von den vielen kleinen Kämpfen, von unseren Erfahrungen und unserem Wissen.
TUWAT, das sind vier Wochen in denen die Berliner Strassen von den Musikanten und Gauklern Europas bevölkert werden.
TUWAT heißt etwas tun für uns, und das heißt auch, daß TUWAT nichts fertiges sein wird. Wir werden Höhepunkte organisieren und die alltäglichen Kleinigkeiten wie Schlafplätze und was zu fressen. Die Zwischenräume werden alle ausfüllen mit ihrer Phantasie und den Ideen. Jeder soll Ausdruck finden für das, was ihn bewegt, soll seine Zusammenhänge zur Diskussion stellen.
Wir fordern die Kulturgruppen aller Länder auf ab dem 25. August 1981 nach Berlin zu kommen.
Ebenso alle politischen Organisationen. Knast- und Friedensgruppen, AKWler und Besetzer und alle anderen....
sprengen wir unsere Isolation. Die Offenheit war schon immer unsere Stärke.

Veröffentlicht diesen Aufruf in unseren Zeitungen, unseren Radios und all den anderen Medien von denen die MUNDPROPAGANDA wohl das stärkste ist.
Klebt die Plakate in jedes Klo und erfindet eigene dazu.
Versteckt eure Ideen nicht in euren Köpfen.
Macht sie öffentlich in Artikel und Graffiti.
Organisiert Gruppenfahrten und diskutiert, was ihr mitbringen wollt.
UND VOR ALLEM KOMMT ALLE OB FÜR 1 TAG ODER 1 MONAT !!!!
Wir erwarten schon jetzt 50000 Menschen.
Beweist, daß wir unrecht haben, daß wir uns unterschätzen.
Der Sturm auf Berlin wird alle Mauern niederwalzen!!!!!!!



TUWAT FÜR TUWAT

Kontaktasresse:
TUWAT c/o Mieterrat Waldemarstr. 29, 1 Berlin 36, Tel 65 12 52
Kontonummer für Spenden: Kto.-Nr. 08 881 388 00 BLZ 100 800 00
Daniela Ludwigs/Bank für Handel und Industrie
Übrigens, der Anfang ist am 25. August 1981 und zwar direkt nach der hoffentlich erfolgreichen Blockade im Wendland. Gorleben muß verhindert werden. Wir wollen leben und zwar subito!

Polizei unter sich

Mehr als 1.200 Polizisten, mehrere Wasserwerfer und sehr viele Zivilbeamte sind am Konrad-Adenauer-Platz im Einsatz, um einen neuen „Grunewaldspaziergang“ zu verhindern. Doch der findet nicht statt. Die Polizisten sind einer Finte aufgesessen. Sie bleiben unter sich, zusammen mit einigen Journalisten.
Nach einer Solidaritätsdemonstration für die hungerstreikenden IRA-Häftlinge werden auf dem U-Bahnhof Wittenbergplatz 50 Leute festgenommen, als jemand die Notbremse der U-Bahn betätigt.
5.8.1981: Die Vorbereitung für „Tuwat“ läuft auf vollen Touren. Eine wahre Euphorie hat (nicht nur) die Instandbesetzer erfaßt. Die Besetzer der von der Räumung bedrohten Häuser geben eine Pressekonferenz, auf der sie die Ankündigung des Bausenators Rastemborski als „Kriegserklärung“ bezeichnen. Selbstverständlich, so die Erklärung, werden sie nicht freiwillig aus ihren Häusern gehen. Einen Ratschlag geben sie dem Senat: Er solle sich erst einmal um die noch immer leerstehenden 550 Häuser kümmern, die nicht besetzt sind. Für den 11.8. und 20.8. kündigen sie Großdemonstrationen in Berlin an.

„Tuwat“ erzeugt Reaktionen

6.8. 1981: Die Presse und die Politiker überschlagen sich in ihrer Erregung, mit der sie auf die „Tuwat“-Initiative reagieren. Mit falschen oder aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten wird versucht, die Bevölkerung aufzuhetzen. Die Initiatoren des „Spektakels“ werden mit so ziemlich allen Ausdrücken bedacht, vom „faschistischen Gesindel“ [Aha!] bis hin zu „von Moskau gesteuerten Krawallbrüdern“ [Also ick muß doch sehr bitten! d. säzzer].



BZ

Wie lange läßt Berlin sich das noch gefallen?

Chaoten drohen „heißen Herbst“ an: „Wir überfluten die Stadt mit Terroristen, Gammlern und Ausgeflippten. Wir lehren die nackte Furcht“

Berlin, 6. August
Terror. Steine. Feuer. Barrikaden und Panikmache der übelsten Art: Wie lange läßt Berlin sich das noch gefallen?
Wie lange läßt sich die Stadt von einer kleinen Minderheit die Ohren vollbrüllen und die Fenster einschmeißen?
Jetzt rufen die Chaoten auf einem Flugblatt, das in der Berliner Hausbesetzer-Szene auftauchte, zur „General-Mobilmachung“ gegen die geplante Räumung von besetzten Häusern auf.
Unter dem Stichwort „Tuwat“ drohen die Chaoten mit einem „heißen Herbst“ und einem „Sturm auf Berlin“.
Vom 25. August an soll es für mehrere Wochen zu Demonstrationen kommen, soll den Berlinern „die nackte Furcht“ gelehrt werden.
Wörtlich heißt es in dem Chaoten-Flugblatt: „Wir werden die Stadt mit Chaoten, Terroristen, Punks, Hippies, Gammlern, Schwulen, Lesben, Kraakern, Schwarzen, Ausgeflippten überfluten. Die Stadt muß stinken und brodeln.“
Sogenannte „Foodgruppen“ und Kneipen sollen das „Fressen und Saufen“ organisieren.
Polizeipräsident Klaus Hübner: „Es ist zunehmend erkennbar, daß bei den Hausbesetzungen nicht mehr nur echte Wohnungsnot eine wichtige Rolle spielt.“
Der Beweis: Auf das Angebot von Bausenator Rastemborski an die Hausbesetzer, für sechs Häuser in der Bülowstraße und in der Blumenthalstraße Nutzungsverträge abzuschließen, haben sich inzwischen 50 Bewerber gemeldet. Unter ihnen war nicht ein einziger Hausbesetzer.

Terroristen drohen mit einem „heißen Herbst“ für Berlin, mit einem Sturm auf die Stadt. Bürger und Politiker reagieren empört: Das nehmen wir nicht hin!

„Die Chaoten und Scharfmacher wollen unsere Stadt ruinieren!“

BZ

Breite Front gegen „Tuwat“-Initiatoren

IG Metall spricht von „faschistoidem Gesindel“

Das Amtsgericht Tiergarten hat gestern in Berlin das umstrittene Flugblatt, in dem unter dem Namen „Tuwat“ zum „Sturm auf Berlin“ und zu einem „heißen Herbst“ aufgerufen wurde, beschlagnahmt, da es „Aufforderung zu Straftaten“ sowie Beleidigungen enthält. Unterdessen hielt in Berlin der heftige Protest von Politikern und Gewerkschaftern gegen das ab 25. August geplante „Spektakel“ an, bei dem die Initiatoren aus der Hausbesetzer-Szene auf 50 000 Teilnehmer hoffen.

SPANDAUER VOLKSBLATT

Kommen 50 000 Chaoten aus ganz Europa nach Berlin?

BILD

Kommentar

TAZ

Der Kongreß tanzt

Helle Aufregung in Berlin. Ein Ereignis wirft seinen Schatten voraus, kaum daß es angekündigt wurde. "Tuwat" ist das konstruktive Motto, über das die, die sonst immer die Zerstörungswut der Jugend beklagen, in schiere Panik geraten. Nun ja, Wehrdörfer sind auch nicht ganz nach meinem Geschmack, mehr Relikte einer verspäteten Asterix-Lektüre als Ausdruck überschäumender Phantasie. Aber um letztere soll es ja vor allem gehen - oder?
Weltoffen gibt sich diese Stadt gern, für Kongresse und Veranstaltungen aller Art, doch scheinbar wohl nur, wenn es kommerziellen Zins verspricht und die Teilnehmer ICC-fähig sind. Und so steril und glatt wie dieses Monumentum soll's wahrlich nicht zugehen und in der Angst davor, läßt 'Bild' den Schäferhundcharakter der Deutschen heraushängen: Wie lang läßt Berlin sich das noch gefallen? Das riecht nach Bierseligkeit und Bürgerwehr. Dagegen sollen jedoch die Aussagen eines Mannes gehalten werden, der Orientierung verspricht: Er sieht es als eine besondere Aufgabe Berlins an, "unsere Stadt zum Treffpunkt zwischen Ost und West zu machen". "Wir wollen, daß unsere Kinder wieder in ganz Europa, in ganz Deutschland und in unserer ganzen Stadt Berlin zu Hause sein können. Wir können und wir wollen uns wieder der Welt öffnen. Ein neuer Aufbruch für Berlin: Das fordert der Senat von sich selbst." Dazu ruft er die Berliner auf, sprach, na wer wohl? Richard v. Weizsäcker in seiner Regierungserklärung am 2. Juli. Dem wäre eines hinzuzufügen. Wir können stolz sein auf unsere Jugend. Sie vernahm den Ruf als erstes und lud Europa ein. Der "heiße Herbst" ist schließlich nicht nur den Preußen vorbehalten.

Benedict M. Mülder

Lummer: Senat wird „Tuwat“ so wirksam wie möglich begegnen

„Eine Herausforderung für jeden einzelnen Bürger“

MORGENPOST

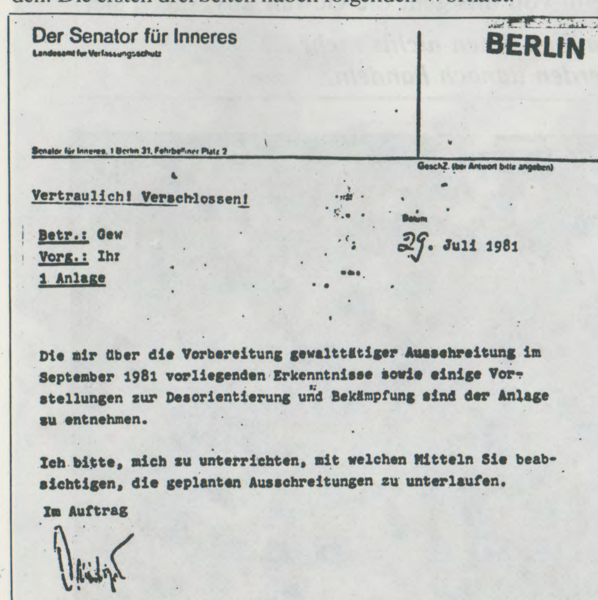
7.8. 1981: Das Amtsgericht Tiergarten verbietet das Flugblatt, das zu „Tuwat“ aufruft, da es „Aufforderungen zu strafbaren Handlungen“ sowie „Beleidungungen des Regierenden Bürgermeister, des Bausenators und des Innensenators“ enthalte. Ein Durchsuchungsbefehl für den als Kontaktadresse angegebenen Mieterladen Waldemarstraße 29 wird ebenfalls ausgestellt.
Die „taz“ veröffentlichte den vollständigen Wortlaut, die „Frankfurter Rundschau“ Auszüge - beide Zeitungen werden nicht beschlagnahmt. Zwei Leute werden wegen Verteilung des Flugblatts vorläufig festgenommen.
(Anmerkung: In dieser Broschüre ist der „Tuwat-Aufruf“ als Dokument ebenfalls abgedruckt, um den Lesern ein eigenes Urteil zu ermöglichen, da in den Zeitungen nach wie vor falsche Zitate verwendet werden. Wir haben ihn aus der taz vom 7.8. entnommen. Da es in der Folgezeit immer wieder zu Kontroversen über dieses Flugblatt kommt, können wir im Rahmen einer vollständigen Chronologie nicht auf dieses Dokument verzichten.)

Polizei „tut was“

Im „Kerngehäuse“ beschlagnahmt die Polizei eine auf einer Stellwand montierte „Waffenshow der Instandbesetzer“. Ajax-Flasche, Hammer, Pinsel, Zange, Tapeten usw. all die Sachen sind darauf zu sehen, die jeder Instandbesetzer benötigt. Grund der Beschlagnahme: „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“. Doch mittlerweile scheint auch die Polizei einzusehen, daß diese auf vielen Stadtteilfesten schon gezeigte „Waffenshow“ etwas ganz anderes darstellt, als sie es vermutet hatten.

Einbrecher oder Zivilbeamte?

10.8. 1981: Gegen 4.15 Uhr in der Frühe machen sich drei Männer an der Eingangstür zum „Mieterladen Waldemarstraße 29“ (Tuwat-Zentrale) zu schaffen und schneiden mit einem Glasschneider ein rundes Loch in die Scheibe. Wegen permanenter Drohung von Anschlägen schlafen drei Männer im Laden, um ihn zu schützen. Diese drei, zum Selbstschutz vor eventuellen Einbrechern mit einem Holzbein bewaffnet, öffnen die Tür, worauf die veremintlichen Einbrecher fliehen. Einer der Flüchtenden zieht eine Pistole, es kommt zum Handgemenge, in dessen Verlauf ein „Ladenbewacher“ durch die Fensterscheiben des Laden geworfen wird. Den drei Leuten aus dem Laden gelingt schließlich über die Hinterhöfe die Flucht, die drei vermeintlichen Einbrecher entpuppen sich nachträglich als Zivilbeamte. Die Polizeiführung behauptet, die drei hätten nur ein Plakat im Schaufenster betrachten wollen. Dabei seien sie angegriffen worden. Ca. 45 Minuten später, also gegen 5 Uhr morgens kommen uniformierte Polizisten, um den Durchsuchungsbefehl vom 7.8. zu vollstrecken. Nicht nur in der Scene wird viel darüber spekuliert, was die drei Zivilbeamten wohl vorhatten, als sie eine dreiviertel Stunde vor einer Durchsuchung versuchten, sich „ein Plakat im Schaufenster anzusehen“.
Den Initiatoren des „Tuwat“ wird eine Mappe zugespielt, in der sich Blätter mit dem Kopf der Verfassungschutzabteilung befinden. Die ersten drei Seiten haben folgenden Wortlaut:



Der Senator für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz

BERLIN

Senator für Inneres, 1 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 2

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

Vertraulich! Verschlossen!

Betr.: Gew
Vorg.: Ihr
1 Anlage

Datum 29. Juli 1981

Die mir über die Vorbereitung gewalttätiger Ausschreitung im September 1981 vorliegenden Erkenntnisse sowie einige Vorstellungen zur Desorientierung und Bekämpfung sind der Anlage zu entnehmen.

Ich bitte, mich zu unterrichten, mit welchen Mitteln Sie beabsichtigen, die geplanten Ausschreitungen zu unterlaufen.

Im Auftrag

Anlage zum Schreiben SenInn IV vom 29 Juli 1981

Zu geplanten gewalttätigen Ausschreitungen liegen folgende beweisbare Informationen vor:

1. Von befreundeten Diensten sind Informationen zugegangen, daß Anfang September 1981 militante Hausbesetzer und ihre Anhänger zahlreiche gewalttätige Ausschreitungen planen. Angehörige des terroristischen Umfeldes versuchen, weiteren Einfluß auf die sog. Instandbesetzungsbewegung zu gewinnen, verstärkte Abstimmung der Aktionen im August 1981.

   Anmerkung: Zersplitterung der militanten "Instandbesetzer"gruppe

2. Die V-Leute werden gedrängt, die "Instandbesetzer" und terroristischen Unterstützungsgruppen (sog. Knastgruppen und sog. legaler RAF-Bereich) zu gewalttätigen und verfrühten und somit zersplitterten Aktionen zu bewegen. Dies kann die Bekämpfung dieser Szene wesentlich erleichtern. In den ca. 110 besetzten Häusern halten sich nach Schätzungen knapp 1.800 Personen auf. Die Mehrzahl der Personen ist arbeitsscheu und kriminalisiert. Nach wie vor sind in den Bezirken Kreuzberg und Schöneberg (mit je 60 und 20) die meisten Häuser besetzt. In den anderen Bezirken wird die Zahl 5 im einzelnen nicht überschritten.

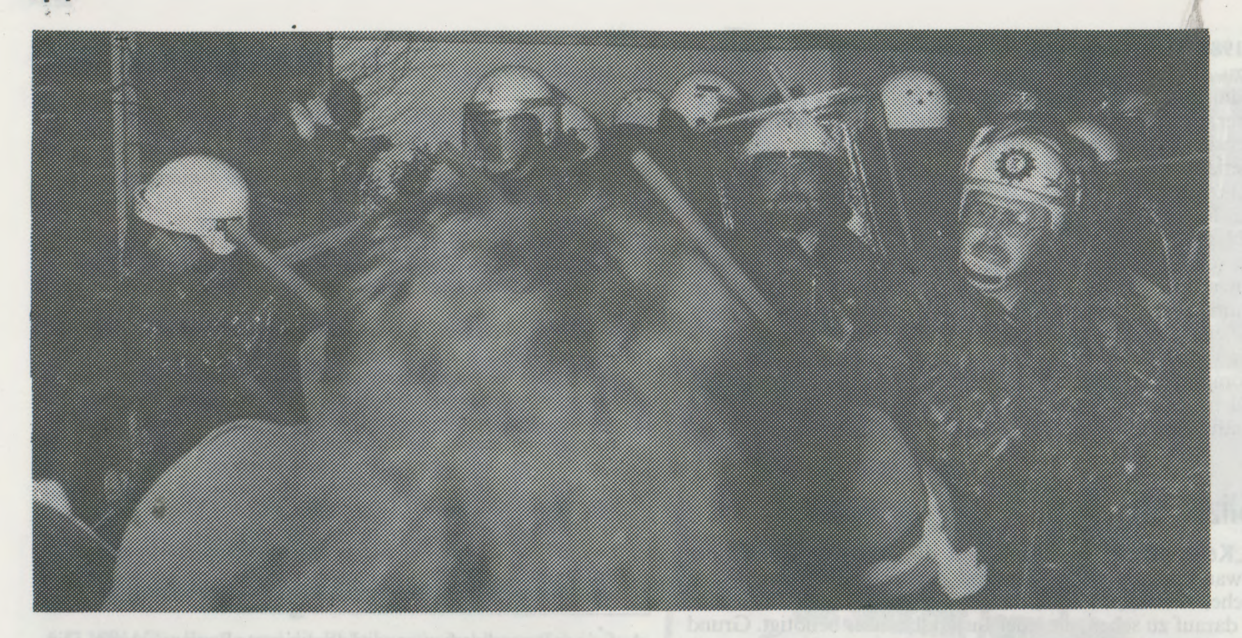
Auf einer Pressekonferenz wird das brisante Papier verlesen. Die Staatsschutzabteilung bezeichnet das VS-Papier als „Fälschung“.
Die Presse, die sich während der Pressekonferenz noch auf dieses Papier stürzte, berichtet nur sehr wenig darüber oder überhaupt nicht. Der offiziell angegebene Grund: Da die Journalisten aus dem Springer-Verlag von der Pressekonferenz ausgesperrt wurden, zeigte man seine „Solidarität“ mit den Kollegen, indem man auch nicht über die Pressekonferenz berichtete.

10.8.1981: Ein Haus wird wegen der „Tuwat“-Plakate durchsucht. Abends werden im Wedding in der Buttmannstraße fünf Leute festgenommen. Auch diese Festnahmen stehen im Zusammenhang mit dem „Tuwat“-Flugblatt.

Demonstration gegen die Räumung



11.7. 1981: Rund 7.000 bis 8.000 Menschen demonstrieren gegen die beabsichtigte Räumung der neun Häuser. Die Demonstration zur „Neuen Heimat“ - der Eigentümerin von sechs der neun Häuser - verläuft friedlich.
Nach Abschluß kommt es um den Wittenbergplatz herum zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei der Steine fliegen und kleine Barrikaden errichtet werden. Etliche Personen werden von den Polizisten, darunter viele Zivilbeamte, vorläufig festgenommen. Der Grund dieser Auseinandersetzungen ist das plötzliche Auftauchen einer Hundertschaft Polizei im U-Bahnhof Wittenbergplatz, ohne daß ein Grund dafür vorliegt. [Außer, daß sie nach Hause fahren wollen, aber in Uniform? d. säzzer]





Als wir billige Wohnungen wollten,
ließen sie Häuser leerstehen
als wir gemeinsam im Kiez leben wollten,
rissen sie ganze Blocks nieder,
bauten sie Betonkästen dorthin,
verlangten sie Wuchermieten.
als wir dagegen demonstrierten,
ignorierten sie uns.
als wir Häuser besetzten,
sagten sie, wir seien Kriminelle.
als wir damals verhandeln wollten,
drohten sie mit Räumung.
als wir protestierten,
schlugen sie uns ihre Knüppel auf den Kopf,
sagten sie, wir seien kriminelle Gewalttäter.
als wir schrien,
räumten sie,
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,
warfen sie Tränengas,
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,
fertigten sie Terrorurteile,
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,

wir glauben ihnen nichts mehr.
wir werden danach handeln.





Lummer: „Unerwünschter Zuzug von Krawallmachern

14.8.81 Berlins Innensenator Lummer legt auf einer Pressekonferenz eine ominöse Statistik vor, nach der zwei Drittel der bis dato erfaßten Hausbesetzer und bei Demonstrationen Festgenommenen keine Berliner sind. Nicht-Berliner ist, so Lummer, wer nach 1975 in die Stadt gezogen sei. „Provinzialismus", „Drei Staaten Theorie", „Diffamierung" und „Hetze gegen Westdeutsche" - so die Vorwürfe aus verschiedenen Richtungen an Lummer. Lummer selbst ist ebenso wie die meisten Senatoren auch kein gebürtiger Berliner.

15.8.81

Volksblatt Berlin

Gemütliches Kiezfest endete in dichten Tränengasschwaden

Betroffenheit und Zorn über Polizei-Spektakel am Chamissoplatz

„Wir fühlen uns durch die Polizei in unserer Sicherheit gefährdet", empörte sich ein langjähriger Kiezbewohner und Mitorganisator des Chamissoplatz-Bürgerfestes am vergangenen Sonnabend. Pfarrer Thomas Gärtner von der nahen Passionsgemeinde sprach gar von einem „gerechten Zorn der Bevölkerung der Polizei gegenüber", und der Wirt des „Heidelberger Kruges", Franz Marchand, will statt von Polizisten in Zukunft nur noch von „Bullen" reden. Zorn und Verbitterung allenthalben am Kreuzberger Chamissoplatz, nachdem die Polizei das von Mieterinitiativen organisierte Straßenfest am Sonnabendabend durch mehrfache Tränengasbombardements und Schlagstockattacken „aufgerieben" hatte.

Was hatte sich zugetragen? Wie jedes Jahr sollte auch am vergangenen Sonnabend am Chamissoplatz ein Bürgerfest mit vielen Ständen, Musik und Unterhaltung mitten im Kiez über die Bühne gehen. Da das Wetter prächtig war, kamen auch an die 1500 Leute, um sich ein wenig zu vergnügen, Bier zu trinken, Papierdrucke zu kaufen oder einfach der Musik zu lauschen.

Um 22 Uhr etwa war es damit jedoch vorbei, Tränengasschwaden zogen über den Platz, Besucher stürmten von Panik erfaßt in Hauseingänge und fremde Wohnungen. Passanten wurden von heranstürmenden Polizisten böse marmoriert. Die Straßenfestidylle am stadthistorischen Chamissoplatz hatte sich ohne Vorwarnung in ein Chaos verwandelt.

Hintergrund dieses abrupten Szenenwechsels waren zwei Polizeieinsätze gegen 20 Uhr gegen eine „Tuwat"-Organisationsstelle und eine erst tags zuvor besetzte Wohnung, beides in der Willibald-Alexis-Straße, nur etwa 200 Meter vom Festplatz entfernt. Die Polizei nahm vier Personen vorübergehend fest.

Als diese Nachricht bis zum Chamissoplatz durchgesickert war, marschierten einige Dutzend junger Leute zur nahen Polizeiwache in der Friesenstraße, um die Freilassung ihrer Freunde zu fordern. Dabei flogen Steine, zwei Fensterscheiben der Kaserne gingen zu Bruch.

Nun machte die Polizei Ernst, und das Schicksal nahm seinen unheilvollen Lauf. Die Demonstranten wurden zunächst durch einen „Ausfall" einer Gruppe von Beamten „zerstreut". Die Gewalt eskalierte zusehends; sie erreichte wohl um 2.30 Uhr ihren Höhepunkt, als Polizisten, wiederum mit Tränengas und Knüppeln, das von vielen Kreuzberg-Besuchern geschätzte Lokal „Heidelberger Krug" stürmten.

Gastwirt Franz Marchand, der in seiner Not zuerst daran dachte, die Polizei zu rufen — doch, die war ja schon da — erhielt wortlos einen Schlag auf den Kopf, ein runder Tresentisch wurde aus der vermauerten Verankerung gerissen, Gäste wurden abgeführt und Personalien überprüft.

Diese Attacke gegen das Kiez-Lokal begründete die Polizei im nachhinein damit, daß aus dem Schankraum heraus Steine gegen Polizeikräfte geflogen seien. Franz Marchand wies diese Darstellung allerdings energisch zurück. Er selbst habe, gemeinsam mit Freunden, vier Personen, die Steine gegen ein Polizeifahrzeug geworfen hatten, „geschnappt" und ihnen für den Wiederholungsfall gedroht: „Wir polieren euch die Fresse." Dann seien die Steinewerfer doch noch entwischt.

Wenig später flog dann eine Tränengasgranate in das Lokal. Ein Gast warf sie sofort wieder auf die Straße und zog sich dabei an der Hand Verbrennungen dritten Grades zu. Auf der Blechhülse der Granate stand mit Ausrufezeichen: „Nur im Freien zu verwenden."

Nach dem ersten Schock tauchte der Einsatzleiter der Polizei auf. In einer Minute sei das Lokal zu räumen. Franz Marchand ging zurück zu seinen etwa 70 Gästen, und schon rasselten die Knüppel gegen die Jalousie und die Scheiben an der Eingangstür. Nachdem ein Polizist schließlich „gemerkt" hatte, daß eine Berliner Kneipentür immer nach außen zu öffnen ist, ging das uniformierte Spektakel im Innern weiter.

Auf Fragen nach dem Grund für den sinnlosen Einsatz gegen sein Lokal, erfuhr Franz Marchand: „Das haben Sie sich selbst zuzuschreiben. Hier verkehren ja nur linke Chaoten." Als der Wirt in seinem Gästebuch die aktuellsten Eintragungen, gezeichnet von den ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen und Lutz Lehmann, zeigte, schallte es zurück: „Die arbeiten ja auch bei einem linken Sender."

Besonders böse erwischte es im Laufe des unerfreulichen Abends den Architekten und selbständigen Modellbauer Hans-Wilhelm Kruse. Als er zu seinem Büro kam und in Anbetracht der mit Gasmasken anrückenden Polizisten noch schnell seine Rolladen herunterlassen wollte, geriet er vollends in den Bereich polizeilicher Maßnahmen. Nach Augenzeugenberichten stürzten sich mehrere Beamte auf den wehrlosen Mann. Das Ergebnis: eine 15 Zentimeter lange Kopfplatzwunde, schwere Prellungen am Kopf, Arm, Hüfte und Bein, die Augen dunkelblau unterlaufen. Am frühen Nachmittag war er noch vom Regierenden Bürgermeister geladener Ehrengast bei der Eröffnung der großen Preußen-Ausstellung, die er mit vorbereitet hatte.

Pfarrer Thomas Gärtner will sich nach den Ereignissen vom Wochenende an seinen Bischof wenden, weil er nicht mehr daran glaubt, seine geistlichen Pflichten wahrnehmen zu können, wenn „wahllos Gemeindeglieder niedergeknüppelt werden", wie er sich ausdrückte. An einer brennenden Barrikade will er zudem „polizeiliche Provokateure" erkannt haben.

Die Veranstalter des Straßenfestes haben sich mittlerweile an den Polizeipräsidenten persönlich gewandt und ihre Bestürzung über den verunglückten Samstag kundgetan. Schon die polizeiliche Durchsuchung in der Nähe des Festplatzes sei unter den gegenwärtigen Kreuzberger Zuständen „eine Provokation" gewesen. Später habe die Polizei völlig unverhältnismäßig reagiert.

Von der Pressestelle der Polizei wurde dieser Vorwurf indes zurückgewiesen. Die Demonstranten seien am Sonnabend besonders „aggressiv und militant" vorgegangen, was man schon an der Zahl von 16 verletzten Beamten erkennen könne. Darunter waren allerdings keine schweren Blessuren.

PAUL F. DUWE

Tatort: Chamissoplatz





TUWAT

17.8.81: Ein kurz zuvor besetztes, gut erhaltenes Haus in der Maaßenstraße wird geräumt und gleich unter Polizeischutz zerstört. Am Abend kommt es zu einer Protestdemonstration von nur wenigen Leuten, bei der es zu Zusammenstößen mit der Polizei am Winterfeldplatz kommt. Ein festgenommener Demonstrant kommt in Untersuchungshaft.

Polizei und Politiker im SfB

19.8.81: In einer Live-Sendung des SfB bestreitet Bausenator Rastemborski, daß er die Räumung von 9 besetzten Häusern habe. Auch der Verweis auf die in allen Medien gleichlautenden Informationen in dieser Sache beeindrucken ihn nicht. Polizeikräfte im SfB in voller Kampfausrüstung sind aufgeboten, um die Sicherheit der Politiker Rastemborski und Lummer zu gewährleisten. Denn immerhin sind neben den Politikern auch noch ein Pfarrer, ein Professor, ein Vertreter der BI SO 36 sowie eine Hausbesetzerin an der Sendung beteiligt. Markantes Zitat von Lummer während der Diskussion: „Jeder kriminalisiert sich selber."

20.8.81: Jasmin, in erster Instanz zu 12 Monaten mit Bewährung verurteilt, erhält in der zweiten Instanz 18 Monate ohne Bewährung. Vorwurf: Ein Steinwurf. Den hat zwar kein Zeuge gesehen, wohl aber eine „wurfähnliche Bewegung". Staatsanwalt ist Wolfgang Müllenbrock.

21.8.81: In der überfüllten Marheineke-Kirche am Chamissoplatz erleben Lummer und Rastemborski schwere Stunden, als sie in einer Podiumsdiskussion von aufgebrachten Bürgern zur Rede gestellt werden. Außer leeren Phrasen kommt von ihnen nichts. Fazit einer Teilnehmerin: „So viele konkrete Fragen haben wir gestellt, aber keine einzige Antwort haben wir erhalten."

24.8.81: Der Bausenator sowie die Vertreter der „Neuen Heimat" erscheinen nicht zu einer Diskussionveranstaltung, zu der die Instandbesetzer der 9 bedrohten Häuser eingeladen hatten.
Abends treffen sich im „Prinz von Böhmen" in der Emdener Straße in Moabit ca. 30 Bürger, um die Gründung eines gemeinnützigen Vereins „Bürger gegen Chaos" vorzubereiten. Innensenator Lummer hatte schriftlich seine Teilnahme an diesem Treffen zugesagt und erst kurz vor Beginn „aus sicherheitspolitischen Bedenken" abgesagt.

26.8.81: Lummer hat einen neuen Geistesblitz: „Tu nix für TUWAT, tu alles für Berlin." verkündet er im Bayernkurier.

TUWAT beginnt

25.8.81: TUWAT beginnt. Begleitet von einem riesigen Presseaufgebot bilden ca. 300 Leute das Empfangskomitee für die erwarteten Gäste in Dreilinden und Staaken. Während sich die Polizei in Dreilinden merklich zurückhält, werden die Leute in Staaken von der Staatsgewalt vertrieben.
Am Abend findet im Wedding ein Fackelzug statt. Ca. 3000 Menschen werden sowohl von starken Polizeikräften als auch von 100 vollausgerüsteten Teds und Neonazis begleitet. Letztere provozieren immer wieder, werden allerdings von der Polizei zurückgehalten. Im Anschluß an die Demonstration gehen in Alt-Moabit am Knast und in einigen Geschäften Scheiben zu Bruch. Der Grund hierfür ist vielen nicht klar. Zwei Leute werden festgenommen.

26.8.81: Im vollbesetzten „Tempodrom" findet die offizielle Eröffnungsveranstaltung zu TUWAT statt. Unter anderen hält auch einer der seit dem Vorfall am Mieterladen Waldemarstraße vom 10.8.81 Untergetauchten einen Beitrag, der aber in den Medien nicht erwähnt wird. Gegen die drei Untergetauchten existieren Haftbefehle.

Fotos und Namen

27.8.81: In einem Hinterzimmer einer Kneipe in Moabit treffen sich ca. 70 organisierte Neonazis aus Reinickendorf. Es werden Fotos von Leuten aus der TUWAT-Zentrale gezeigt und ihre Namen bekanntgegeben. Einer wird als „Staatsfeind Nr.1" bezeichnet. Ziel der Veranstaltung ist es, zu überlegen, wie man diesen ingesamt wohl 18 oder 20 Leuten „eine Lektion" erteilen kann.
Nachdem ein Gebäude auf dem Görlitzer Bahnhof schon seit Monaten von Türken als Moschee ohne Genehmigung benutzt wird, erklären es die Türken jetzt für besetzt. „Wir wollen beten - deshalb besetzt" lautet die Parole auf dem Transparent.

28.8.81: Die drei Untergetauchten geben eine konspirative Pressekonferenz für drei ausgewählte Journalisten, u.a. von „Panorama", in der sie ihre ziemlich beschissene Situation schildern und die Kriminalisierungspraktiken dieses Staates aufzeigen. Als Voraussetzung dafür, daß sie sich stellen, fordern sie die Aufhebung des Haftbefehls sowie die Garantie von Institutionen (z.B. der Kirche), daß ihnen nichts passiert.
In Reinickendorf treffen sich die einzelnen Ortsgruppen der Neonazis. Sie bereiten konkrete Aktionen vor, um vier ihnen mit Foto und Namen bekannte Personen „eine Lektion" zu erteilen. Diese vier Personen seien - so wird ihnen erzählt - die angeblichen Drahtzieher. Wer hinter dieser ganzen Aktion der Neonazis steht, ist weiterhin unbekannt. Verblüffend sind auf jeden Fall die vielfältigen Informationen, die die Neonazis von interessierter Seite erhalten haben.
In den TUWAT-Infoläden häufen sich die Drohanrufe.

Interview mit den Initiatoren von TUWAT:



Ein Kongreß für die gesamte Linke

taz: Wie ist denn die Idee „TUWAT" entstanden?

TUWAT: Ja eigengentlich, als mehr oder weniger spontane Reaktion auf die drohende Räumung der Häuser, aber auch auf die Geschichten, die in Frankfurt gegen den „Schwarzen Block" gelaufen sind. Wir, ein paar Besetzer aus Kreuzberg, haben das dann im Mieterrat diskutiert und gesagt, daß im Augenblick unheimlich viele Leute im Urlaub sind. Angesichts der Räumungen haben wir uns überlegt, entweder wir strecken die Waffen oder wir machen das übliche, nämlich Demos und Krawall oder aber, wir versuchen mal alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Leute auf die Beine zu kriegen, daß mal 20 oder 30 000 Leute hierherkommen. Wir haben aber auch gesagt, daß das ganze sich nicht nur um die besetzten Häuser drehen soll, sondern ein Kongreß wird, wo sich die gesamte Linke dran beteiligen soll - wo Erfahrungen ausgetauscht werden sollen. Wo Gruppen von ihrer Arbeit berichten können: Knastgruppen, Anti-AKW-Gruppen und wat weeß ick, wer alles noch. Klar, ich stelle mir auch vor, daß wir versuchen sollten, an einer gemeinsamen Perspektive zu arbeiten. Überspitzt gesagt, wollen mal versuchen, die ganze Linke unter einen Hut zu kriegen.

taz: Seht ihr es nicht als ein Zeichen von Schwäche, jetzt, wo zu befürchten ist, daß die Berliner Linke oder Bewegung nicht mehr stark genug ist, die Abräumung zu verhindern, die Kollegen und Genossen aus ganz Europa anheuern zu wollen. Warum wendet ihr euch nicht an die Leute in dieser Stadt, es sitzen ja 2 Millionen hier rum?

TUWAT: Wir haben nie gesagt, daß wir damit die Räumungen verhindern können. Außerdem geht es auch darum, daß bei TUWAT die Besetzerräte der Bezirke und die Häuser in ihrem Block, in ihrem Kiez was machen. Das Ganze soll nicht eine Sache werden für die Freaks, die mal schnell die Berliner Häuserkampfatmosphäre konsumieren wollen. Vielleicht schaffen es viele verschiedene Leute und Gruppen, wenn sie ihre Erfahrungen austauschen, mehr Gemeinsamkeiten zu finden. Das ganze ist ja in einer Situation enstanden, in der wir in den Diskussionen über unsere Perspektive ziemlich verstrickt sind.
Ganz wichtig ist noch dabei, daß es darum geht, die verschiedenen einzelnen Kämpfe, die überall geführt werden, mal ein bißchen zusammenzukriegen - die Kämpfe gegen die organisierte Unmenschlichkeit.

taz: Ihr wollt möglichst verschiedene Leute zusammenkriegen?

TUWAT: Klar, das ist das Wichtigste daran.

taz: Ihr schreibt in eurem Aufruf TUWAT sei so was ähnliches wie TUNIX, bloß das Gegenteil.

TUWAT: Das bezieht sich vor allem auf die Organisation, damals war das ja eine relativ kleine Gruppe von Leuten, die das organisiert und versucht hat, die Kontrolle zu behalten, was wir ganz anders machen wollen. Wir versuchen, so viel wie möglich an Organisation sofort an andere Gruppen abzugeben. Wir haben erstmal den Motor gemacht und wollen jetzt dann nur noch die verschiedenen Aktivitäten koordinieren. Wir wollen auch nicht, dat det son Konsumding wird, wie Tunix es zum großen Teil war. Jeder muß versuchen, das - wie er druff is, rauszubringen.
Es geht um viel viel mehr als den Häuserkampf. In Berlin haste ja noch ne einigermaßen starke Linke, aber in Westdeutschland, da dürfen wir uns echt nichts vormachen, da sieht's echt schlecht aus. Langfristig geht's doch darum, 'ne starke Bewegung in ganz Deutschland aufzubauen, die die verschiedensten Ansätze, die es ja schon gibt, umfaßt. Wir müssen uns mit Knast und Hungerstreik auseinandersetzen, mit den AKWs und der Nato und vielen anderen Sachen. Wenn wir die verschiedenen Sachen nicht zusammenkriegen, dann seh' ich uns ganz schön den Bach runtergehen, die nächsten Jahre.

taz: Tunix kam ja als Reaktion auf die Ohnmacht der Linken im Deutschen Herbst, um zu zeigen, daß es überhaupt noch jemanden in diesem Deutschland gibt, der den Mund aufmacht, die Situation vor TUWAT sieht ganz anders aus...

TUWAT: ...genau, wir sind da, das brauchen wir nicht zu zeigen, das kannst du jeden Tag in der Zeitung nachlesen, verstehste. Was gab's 77 an besetzten Häusern oder auch an Militanz? Zürich, Amsterdam, das hat sich alles in den letzten zwei Jahren so richtig entwickelt. Ich glaube, daß die Leute aus diesen Städten nicht mit so einer Konsumhaltung hier ankommen, weil sie was von ihrem Kampf zu sagen haben. Wir haben die Erfahrung ja schon mit Leuten gemacht, die in den letzten Monaten hier waren. Es gibt ja weiß Gott genug Gruppen, die gute Arbeit machen, die sie hier einbringen können.

taz: Wie lange soll denn die ganze Sache gehen?

TUWAT: Wir planen erstmal für vier Wochen, aber das kann ja auch weiter laufen. Was dann an Krawall läuft oder nicht läuft, liegt ganz in den Händen des Senats. Wir sagen nicht, wir rufen jetzt alle Militanten hier her, um mal in Berlin richtig auf die Kacke zu hauen, da würd' ick sagen, da mach' ick nicht mit. Das ist abgehoben und hohl, abgehoben auch gegenüber der Berliner Bevölkerung.
Immerhin glaube ich, daß wir in den vier Wochen Ruhe haben und mal in Ruhe diskutieren können, ohne die ständige Anst vor Räumungen im Nacken.

taz: Ihr hofft, daß sich der Senat in der Zeit zurückhalten wird?

TUWAT: Na das hoffen wir, sonst kann ja niemand mehr für nix garantieren.

taz: Ihr habt geschrieben, 50 000 werden kommen, glaubt ihr da selbst dran?

TUWAT: Na, am Anfang haben wir gedacht, wir bluffen ein bißchen, aber mittlerweile haben wir soviele positive Reaktionen gekriegt, soviel Begeisterung, daß uns die Zahl gar nicht mehr übertreiben vorkommt. Ein großes Problem haben wir natürlich noch mit der Kohle, wie üblich, und wir können nur hoffen, daß die Leute und Gruppen, die kommen werden, auch jetzt schon mal 'n bißchen was zusammenkratzen, damit die Sache voll anlaufen kann. Ich meine, ich geh' nachher in die Wilmersdorfer und mach' Straßenmusik für TUWAT, aber das kann nicht reichen.

M. S.

★★★

Moderne Zeiten

TAZ

Lieber Besetzerrat!

Wir sind muffig. Seit Tagen sind wir auf Achse, wollen uns ständig irgendwo einklinken und kommen immer fünf Minuten zu spät. Das heißt, manchmal läuft ja auch gar nichts, stellen wir erschreckt fest. Und wenn doch was gelaufen ist, erfahren wir es erst am nächsten Tag. Wir möchten Euch mal einen Vorschlag machen: Die beim Senat meinen ja, wir seien nur 500 Krawallmacher. Da irren sie sich. Wir waren ja schon mal zehntausend. Daß die sich irren, das muß man denen doch wieder mal klarmachen. Aber kommt mir jetzt bitte bloß nicht mit diesen sogenannten „dezentralen Aktionen". Es können und wollen ja nicht alle in Robin Hood-Manier nachts durch die Stadt tigern und die Glaser-Innung subventionieren. Neben dem Café Kranzler gibt es ja auch noch andere Köstlichkeiten. Also, Freunde von der Besetzerfront, Eure Öffentlichkeitsarbeit läßt soweiso sehr zu wünschen übrig. Als wir da vor kurzem im Spectrum ankamen, um uns zu informieren, was denn nun Sache sei, nach der ersten Räumung, haben wir nur Leidensgenossen wiedergefunden: keiner blickte durch. Inzwischen haben wir gerüchteweise erfahren, daß bei Euch darüber ja schon wild diskutiert wird, wie man das alles besser machen kann, mit den Aktionen und der Öffentlichkeit und so. Wir hoffen, wenigstens von dieser Diskussion demnächst mal was zu hören.

Gretchen Giftig und Muffo Hurtig

TA-



Wir haben diese Häuser besetzt,
nicht nur, weil wir eine Vorliebe
für alte Gebäude haben,
sondern weil wir ein Bedürfnis haben
nach neuen Inhalten.

Nicht die Mauern interessieren uns,
denn das ist käuflich,
sondern was innerhalb der Mauern
geschieht,
denn das ist nicht käuflich.

Wenn wir bei den alten Inhalten
bleiben
versprecht ihr, kommt alles ins Lot,
dann laßt ihr auch über Gebäude
mit euch reden.

Ihr bietet uns neue Gebäude
wenn wir bei den alten Inhalten
bleiben.
Was ist das für ein Geschäft!

Aber wenn wir auf neue Inhalte
bestehen,
versprecht ihr, uns die Räude und
die Pest anzudichten.
Eure Helfershelfer werden Kriminelle
aus uns machen,
versprecht ihr, die man abführen kann.

Deshalb haben wir nicht nur Gebäude
besetzt.
Wir haben Inhalte von Gebäuden
besetzt.
UND INHALTE SIND UNVERKÄUF-
LICH.





Der folgende Artikel ist von Pfarrer Klaus Duntze. Er ist auszugsweise der Dokumentation 24/81, Die Berliner Wohnungspolitik, ihre sozialen Auswirkungen und die Aufgabe der Kirche; zu beziehen beim Evangelischen Bildungswerk, Berlin entnommen. Er beleuchtet einige grundsätzliche Aspekte der Berliner Wohnungspolitik in der Zeit bis zu den Instandbesetzungen. Wir danken dem Verfasser, der die Auswirkungen der Berliner Sanierungspolitik aus seiner langjährigen Tätigkeit in SO 36 genauestens kennt, für seine Erlaubnis zum Nachdruck.

Wohnungspolitik von der Jahrhundertwende bis 1945

Als Hauptstadt des II. Kaiserreiches und als eine der größten Industriestädte Europas hatte Berlin seit den Gründerjahren mit Wohnungsnot zu kämpfen. Bis zum I. Weltkrieg lag der Wohnungsbau fast ausschließlich in privater Hand. Aber schon während des Krieges waren durch die ständigen Verteuerungen immer mehr öffentliche Subventionen notwendig geworden. Nach dem Krieg legten Wohnungsnot und Mietenregulierung der öffentlichen Hand die Verantwortung für das Baugeschehen auf. Einen offenen Wohnungsmarkt gab es in den 20er Jahren praktisch nicht. Als Instrumente zur Behebung der Wohnungsnot und zur Versorgung der ökonomisch schwachen Schichten der Bevölkerung die öffentliche Hand die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. GAGFAH, DEWOGE, GEHAG und andere, heute noch tätige Gesellschaften haben in den Jahren der Weimarer Republik den größten Teil des Berliner Siedlungsbaus in vorbildlichen städtebaulichen Lösungen geschaffen - und damit auch Haus- und Grundbesitz in die Verfügung der öffentlichen Hand gebracht. Berlin gehörte schon damit schon 1945 zu den Städten, in denen ein nicht unerheblicher Teil des bebauten Bodens der öffentlichen Hand zur Verfügung stand.

Sanierung nach dem 1. und 2. Stadterneuerungsprogramm

In dieser Tradition steht auch die Berliner Bau- und Wohnungspolitik nach dem II. Weltkrieg bzw. der Teilung der Stadt. Dies gilt nicht nur für die Großsiedlungen im Sozialen Wohnungsbau, die Trabantenstädte am Stadtrand und in kriegszerstörten Gebieten der Innenstadt. Dies gilt auch für die Sanierungsprojekte innerhalb des S-Bahnringes, also den Mietskasernenbereich der Gründerzeit. Aufgrund der damals konstatierten städtebaulichen Mißstände (Mängel in der Bausubstanz/unzureichender Ausstattungsstandard/zu große Bebauungsdichte/Mischung von Wohnen und Gewerbe/unzureichende Infrastruktur) und der herrschenden Leitvorstellungen im Städtebau (Charta von Athen: die in Funktionsbereichen aufgeteilte Stadt) würde die Flächensanierung mit Totalabriß der Bausubstanz der Gründerzeit als die angemessene Durchführungsmethode angesehen. In Kreuzberg kam noch die Verkehrsplanung dazu: „Bei der Neuordnung werden die in Zukunft notwendigen Schnellverkehrsstraßen (Südtangente und Osttangente) und sonstige Verkehrsplanungen besonders beachtet". Die Zahl der erneuerungsbedürftigen Wohnungen in diesen Gebieten wurde mit 430.000 angegeben. So wurde in Berlin-West schon vor der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes mit der Regierungserklärung vom 18.3.1963 das I. Stadterneuerungsprogramm beschlossen. Es umfaßte Sanierungsgebiete in sechs Bezirken von insgesamt 449,2 ha für fast 60.000 Wohnungen mit ca. 140.000 Einwohnern. Dieses Programm sollte den Neubau im Sozialen Wohnungsbau flankieren, in dem bis 1979 432.000 Wohnungen erstellt wurden. Die Grundstücke in diesem Bereich lagen vorwiegend in der Hand privater, meist alter Eigentümer oder Erbengemeinschaften. Mit dem Aufkauf der Grundstücke durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften unter kommunaler Verfügung sollte durch Entmietung und Flächenabriß die Voraussetzung für großflächige Neubauobjekte geschaffen werden. Gleichzeitig sollte in der Tradition der Wohnungspolitik der 20er Jahre der Haus- und Grundbesitz durch Übernahme in kommunale Verfügung der Spekulation entzogen werden. (...)

Das „Berliner Modell" der Sanierung

Auch nach der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes am 27.7. 1971 blieb Berlin bei seiner Methode, die Sanierung nicht als Treuhänder für private Eigentümer durchzuführen, sondern die kommunalen Sanierungsträger vor der Durchführung zum Eigentümer werden zu lassen, der nach Sanierung die Neubauten auch bewirtschaftet. Mit der Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaues schien auch gesichert, daß in Berlin Sanierung allein den Betroffenen zugute kommen kann. Die Bereitschaft der BRD, das „Berliner Modell" der Sanierung weitgehend zu finanzieren, ließ dieses großangelegte Vorhaben durchführbar erscheinen.

Jedoch stellte sich bei der Durchführung heraus, daß der Zeitraum von 10 bis 15 Jahren viel zu kurz angesetzt war. Bis heute ist nur ein Bruchteil der 1963 ausgewiesenen Sanierungsabschnitte in die Durchführung gekommen. Durch die Ausweisung und die Zielsetzung der Flächensanierung ist aber auch in die Häuser und Wohnungen, die zum Teil bis heute auf die Sanierungsdurchführung warten, nicht mehr investiert worden. So sind im Zuge der Sanierungserwartungen ganze Stadtviertel zu Bruchbuden-Quartieren verkommen, in denen nur noch ökonomisch schwache Mietergruppen und anderswo nicht erwünschte soziale Gruppen Wohnraum finden. Für die Eigentümer wurde die Sanierungserwartung trotz der Mietpreisbindung zum lukrativen Geschäft: die Vermietbarkeit der verrotteten Häuser war durch den Zustrom von Gastarbeiter-Familien gewährleistet, die Verweigerung von Investitionen für die Instandhaltung behördlich anerkannt, der Verkauf an die öffentliche Hand bei Eintreten in die Sanierungsdurchführungen gesichert. Auch die kommunalen Baugesellschaften, die im Auftrag der Stadt in den Erwartungsgebieten mit öffentlichen Mitteln Häuser aufkauften, konnten sich kaum anders verhalten: sie sollten die Häuser auf den geplanten Abriß hin bewirtschaften. Gleichzeitig war mit diesen Häusern eine Verfügungsmasse für die Umsetzung von solchen Abrißmietern gegeben, die die Mieten im Sozialen Wohnungsbau nicht zahlen konnten: vor allem die Türken wurden so zur „Bugwelle der Sanierung", die von einem Durchführungsgebiet ins andere geschoben wurden und gleichzeitig den deutschen Bewohnern signalisierten, daß es Zeit zum „freiwilligen" Abwandern wird.

Kritik aus Kreuzberg

Schon Ende März 1972 hat der Kirchenkreis Kreuzberg in einer „Erklärung zur Stadterneuerung in Berlin-Kreuzberg" die sozialen Konsequenzen dieser Sanierungspolitik kritisiert:
„Stadterneuerung will die Lebensqualität der Bevölkerung und ihrer Gegend heben. Das Gegenteil geschieht:
- Kreuzberger werden zerstreut in Stadtrandsiedlungen.
- Die gewohnten Familien-, Nachbarschafts- und Lebenszusammenhänge werden zerrissen.
- Herausgerissen aus der Lebenssicherheit, die das Viertel vermittelte, und unter neuen finanziellen Belastungen (Miete, Umzug, Neuanschaffungen) gelingt es den Umgesiedelten schlecht, neue Beziehungen zu entwickeln.
- Gewerbeketten zerreißen, Kleingewerbe geht ein.
- Das größte Berliner Reservoir an spezialisierten Handwerksbetrieben läuft in Gefahr, zerschlagen zu werden.

Oft dauert es mehr als zehn Jahr von der Erklärung zum Sanierungsgebiet bis zur Räumung. In dieser Zeit verkommen die Häuser. Die jüngeren Familien ziehen weg, Ausländer, Gefährdete und sozial Schwache rücken nach. Die nicht mehr so beweglichen Alten verzweifeln in einer fremd und unsicher gewordenen Umwelt:

Ein Slum wird hergestellt.

- Die Liebe zum Viertel schlägt um in Zorn über unwürdige Lebensbedingungen, was sich in verstärkter Aggression gegen Personen und Sachen äußert.
- Das Vertrauen zu den gewählten Vertretern und zur Verwaltung schwindet rapide.
- Die Bevölkerung findet sich und ihre Gegend abgeschrieben und zur „Müllkippe" bestimmt.

Sanierung zeigt sich hier nicht als Stadterneuerung, die den Menschen eine bessere Lebensqualität verschafft, sondern als Kapitalverwertungsprozeß für Baugesellschaften und Privatleute, als Auftragsfeld für die Bauindustrie, als „Spielwiese" für die Stadtplaner und Architekten.
Mit den Betroffenen wird nicht an der Ermittlung ihrer wahren Bedürfnisse gearbeitet. Statt Partner sind sie ein Faktor in der Planung."
Trotz der zunehmenden Schwierigkeiten bei der baulichen Abwicklung der Sanierung und trotz der wachsenden sozialen Probleme hat der Senat von Berlin am 26.11. 1974 Untersuchungsgebiete für ein II. Stadterneuerungsprogramm ausgewiesen, obwohl von den rund 60.000 Wohnungen des I. Stadterneuerungsprogramms bis zu diesem Zeitpunkt erst 14.500 Wohnungen neu erbaut bzw. modernisiert worden waren. Die neuen Gebiet umfaßten ca. 50.000 Wohnungen mit 104.000 Einwohnern, 28.000 Arbeitnehmern und 4.000 Betrieben. (vgl. Bauhandbuch 7, S. 55)
(...)

Kurswechsel in der Stadtbaupolitik 1976

Drei Hauptgründe waren es, die einen Kurswechsel in der Berliner Wohnungspolitik notwendig erscheinen ließen:
- Die Durchführung der Sanierung stieß auf immer größere wirtschaftliche, organisatorische und soziale Schwierigkeiten.
- Der Soziale Wohnungsbau außerhalb der Sanierungsgebiete stagnierte.
- Die Mietensteigerung in den älteren Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus riefen Unruhe bei den Mietern - bis hin zu Mietstreiks - hervor.

Am 20.5. 1976 gab Bausenator Ristock unter dem Stichwort „Reparatur der Innenstadt" einen Kurswechsel in der Stadtbau- und Wohnungspolitik bekannt. Das Schwergewicht soll in Zukunft auf

den Bereich der Gründerzeitquartiere innerhalb des S-Bahnringes gelegt werden. Der Leitgedanke dabei ist: Modernisierung der Vorderhäuser bei gleichzeitiger Blockentkernung (Abriß der Hofgebäude).
Für dieses Ziel werden übereilt drei Förderungsmöglichkeiten aktiviert:
- Das Berlinförderungsgesetz, das bis dahin nur auf den Neubau anwendbar war, wurde um einen Modernisierungsparagrafen ergänzt (§ 14b BlnFG).
- Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung (ZIP), dessen Anwendung der Bund ausschließlich auf Sanierungsgebiete beschränkt hatte, wurde in Berlin auch auf Gebiete außerhalb solcher festgelegter Zonen angewendet (vor allem auf SO 36 mit 70 Millionen DM).
- Abrißmaßnahmen mit anschließendem Neubau werden in den Innenstadtgebieten verstärkt gefördert.

Beginn der Modernisierungsspekulation

Als ein Ergebnis dieses raschen Kurswechsels bildet sich eine heute nicht mehr übersehbare Zahl von Abschreibungsgesellschaften mit unzähligen Tochterfirmen, die aggressiv in den Altbausektor vordringen und das heute beklagte Zerstörungswerk auch außerhalb der förmlich festgelegten Sanierungsgebiete beginnen. Durch die Konzentration solcher Erneuerungsmaßnahmen auf bestimmte Schwerpunktbereiche beginnt ein ungesteuerter Sanierungsprozeß auf den verschiedensten Schauplätzen, ohne daß eine solide Planung vorliegt, wie sie das STBauFG für die förmlich festgelegten Gebiete verlangt, und ohne daß für die Sicherung der Mieterrechte und die Kontrolle des Bodenmarktes die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden. Selbst die verantwortlichen Behördenvertreter stellen die Frage, ob dieses Vorgehen überhaupt rechtlich zulässig ist. (Bauhandbuch 1978, S. 29 ff. vgl v.a. S. 34)
Die offizielle Begründung für den durchgreifenden Eingriff in die Altbausubstanz (Verbesserung der Belichtung, Belüftung, Besonnung, Schaffung von Platz für fehlende Infrastruktur) war allerdings unvollständig: Im Bauhandbuch von 1979 wird als eine der wichtigsten übergeordneten Bedingungen der Stadtbaupolitik das Gutachten des Deutschen Wirtschaftsinstituts (DIW) vom Mai 1975 genannt. Es prognostiziert für Berlin bis 1990 einen Bevölkerungsrückgang von 2,2 Millionen Einwohnern auf 1,7 Millionen. Der Senat bezieht diese Zahlen in das „Räumliche Entwicklungsmodell" (REM) ein und strebt - ausgehend von einem Bestand von 570.000 Altbauwohnungn (am 1.1.78) einen Abriß von 140.000 Altbauwohnungen im Rahmen der Sanierung bzw. in Anpassung an die Entwicklung des Wohnungsbedarfs an. Weitere 30.000 Substandardwohnungen („Bruchbuden") werden für nicht modernisierungswürdig gehalten (vgl Bauhandbuch 1979, S. 26). Diese Verminderung des Altbaubestandes wird für notwendig gehalten, weil andernfalls ein erheblicher Wohnungsüberhang befürchtet wird, der sich negativ auf die Vermietbarkeit der immer teurer werdenden (weitgehend im kommunalen Eigentum befindlichen) Sozialbauwohnungen am Stadtrand auswirken könnte. Dieselbe Befürchtung beförderte auch die angestrebte „Harmonisierung der Mieten" im Alt- und Neubau im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Einführung des Weißen Kreises". Bei den seit 1976 angewandten Förderungsprogrammen (vor allem bei ZIP) wird demzufolge konsequent nur die Modernisierung der Vorderhäuser gefördert. Mit der Zusage der Förderung ist die Auflage verbudnen worden, Seitenflügel und Quergebäude abzureißen. Nur in SO 36, wo im Zuge der „Strategien für Kreuzberg" der sog. ZIP-Ausschuß, aus Bürgern, Verwaltungsvertretern und den zuständigen Experten zusammengesetzt einvernehmlich über den Einsatz von Förderungsmitteln befindet, ist es gelungen, diese Koppelung von Modernisierung und Abriß zu relativieren. Im Zusammenhang mit den ersten Instandbesetzungen, die im Jahr 79 in diesem Gebiet stattfanden, war es möglich, von der BeWoGe die Auflösung ihres Wohnungsleerstandes von über 360 Wohnungen durch gemeinsame Absprache zu erreichen.
Die Förderungsprogramme bei der Modernisierung gehen davon aus, daß mit der Modernisierung der Wohnungen sich auch die Instandsetzung des Hauses durch öffentliche Mittel bewerkstelligen läßt, nachdem die Instandhaltung oft jahrzehntelang unterlassen worden war. Damit wird aber ein Fehlverhalten der Eigentümer mit erheblichen Geldmitteln honoriert, anstatt daß ihre gesetzlich festgelegte Instandhaltungspflicht von den Behörden erzwungen worden wäre. Mindestens indirekt finanzieren die Mieter mit der Mieterhöhung nach der Modernisierung die Instandsetzung mit. Denn ihre Mieten würden lange nicht so stark steigen, wenn die öffentlichen Zuschüsse allein der Modernisierung der Wohnungen zugute käme. Besonders attraktiv für den Eigentümer und besonder teuer für den Mieter wird die Modernisierung nach § 11 Altbaumietenverordnung (AMVOB) in Verbindung mit § 14b BlnFG, bei der als Wertverbesserungszuschläge 11% (früher 14%) der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgelegt werden dürfen. Je teuerer die Modernisierung also, desto höher fällt die Mieterhöhung aus. Diese bleibt auch Bestandteil der Miete, wenn sich der Aufwand des Eigentümers für die Modernisierung amortisiert hat. In Österreich gilt eine andere Regelung: da fällt die Miete wieder auf ihre vorige Höhe zurück, wenn der Aufwand getilgt ist.

Die aufgezählten Förderungsprogramme für die Altbaumodernisierung haben in verstärktem Maße Kapitalanleger aus der BRD interessiert. So ist zu einem Zeitraum, wo der Wohnungsneubau wegen der Kostenentwicklung stagniert (und der freifinanzierte Wohnungsbau praktisch zum Erliegen gekommen ist), die Altbaumodernisierung zu einem Feld der Spekulation geworden. Vor Inkrafttreten des ZIP-Programms und der anderen Förderungsbestimmungen stellte das Vier- bis Sechsfache der Jahresmiete den üblichen Kaufpreis für Altbauten dar. Heute sind es das Acht- bis Neunfache, in besondern Fällen auch mehr. Gleichzeitig ist der Anreiz zur gezielten Entmietung der Häuser und zum Leerstand erheblich gestiegen, obwohl die Zweckentfremdungsverbotsverordnung einen Leerstand von mehr als drei Monaten generell untersagt.
(...)

Krise der Wohnungspolitik in Berlin (West) seit 1979

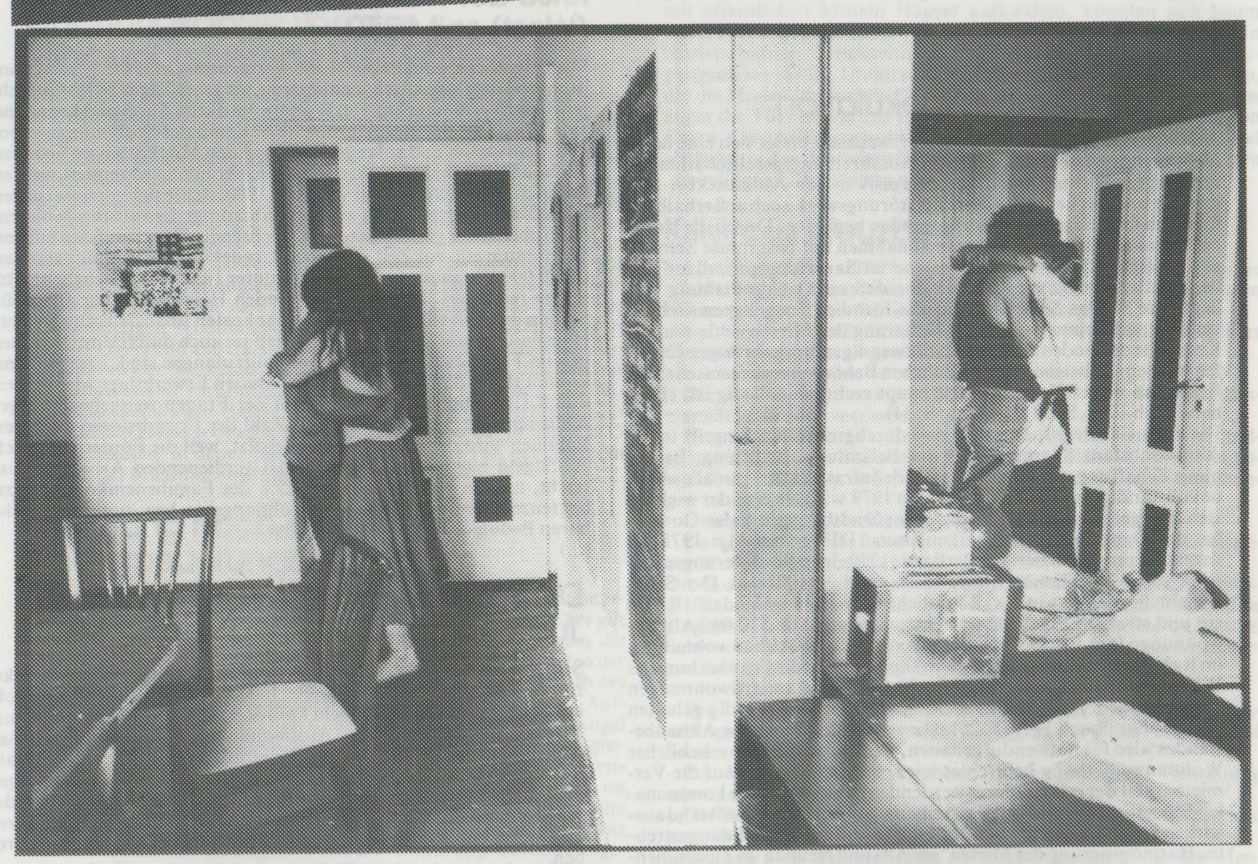
Die öffentliche Hand konnte die Vernichtung von billigem Wohnraum so lange statistisch legitimieren, als gemäß dem DIW-Gutachten dieser Verminderung von Wohnraum durch Abriß und Leerstand eine Abnahme der Bevölkerung - und damit der Wohnungssuchenden - eintsprach und solange die steigenden Mietkosten im Sozialen Wohnungsbau aufgrund steigender Einkommen akzeptiert werden konnten. Aber schon 1979, verstärkt 1980, stellte sich zunächst in den Sanierungsgebieten (und in den Sanierungs-Erwartungsgebieten) dann aber in der ganzen Stadt ein wachsender Druck auf den billigen Wohnraum ein: zur Zeit sind beim Landesamt für Wohnungswesen ca. 70.000 Wohnungssuchende, darunter 18.000 mit Dringlichkeitsschein registriert. Durch die steigenden Heizkosten (vor allem für Sammelheizungen) wurden die Wohnkosten finanziell schwächerer Haushalte in einem Maße erhöht, daß sie auch durch Umschichtungen im Familienbudget nicht mehr aufzufangen sind. Erschwerend kommt dazu, daß durch die angespannten Erwerbslage Mehrarbeit durch Überstunden bzw. Mitarbeit der Frauen weitgehend ausgeschlossen sind. Für die steigende Zahl der Erwerbslosen mit ihren Familien wird die Lage vollends desolat, weil die Förderung durch Wohngeld nicht einmal bei normal verdienenden Arbeitern ausreicht, um die Wohnkosten auf 25% des Familieneinkommens zu begrenzen, wenn er im Sozialen Wohnungsbau bzw. unter vergleichbaren Bedingungen zur Miete wohnt.
(...)

Die Wohnbedürfnisse der Jugendlichen

Selbst wenn das DIW-Gutachten von 1975 für die absolute Bevölkerungsentwicklung zutreffen sollte, hat sich gezeigt, daß die Entwicklung der Haushalte damit nicht konform geht. Junge Menschen, zum Beispiel, die während ihrer Ausbildung schon selbständig wohnen wollen, sind nur in der Lage, unmodernisierte Wohnungen zu bezahlen oder sich in Wohngemeinschaften in großen Altbauwohnungen bzw. Fabriketagen zusammenzuschließen. Der Spielraum, den der Altbau darstellt, ist für sie die Voraussetzung, einen eigenen, zur Leistungs- und Konsumgesellschaft alternativen Lebensstil zu erproben.
Die Durchführung der Sanierung und Modernisierung in den förmlich festgelegten Erneuerungsgebieten und den Schwerpunktgebieten von ZIP und LaMod bedeutet nicht nur eine massive Verknappung von billigem Wohnraum (schon bis Ende 1977) wurden 35.000 Wohnungen abgerissen), sondern auch die Zerstörung gewachsener Sozial- und Kommunikationsstrukturen, deren Bedeutung von den Betroffenen in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt wurde. Die Fülle der Mieterinitiativen, die Erfahrungen der Kirchengemeinden, der Widerstand der Betroffenenvertretungen in Sanierungsgebieten gegen die sozialen Folgen dieser Stadterneuerung zeigen einen Verlust an Lebensqualität in der Stadt an, der für das Gemeinwesen nicht zu verkraften ist, zumal die Probleme der großen Neubausiedlungen zeigen, daß hier keine Alternativen zu gewachsenen Stadtquartier entstanden ist.
Der Skandal, den die Unterbringung von ausländischen Mitbürgern als Abrißmieter darstellt, hat vor allem in Sanierungsgebieten solche Dimensionen angenommen, daß er auch einer gegenüber Ausländern reservierten Öffentlichkeit nicht verborgen und gleichgültig geblieben ist. Das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung ist bei ihnen am wenigsten eingelöst. Und es ist wohl nur auf die fehlende politische Vertretung dieser Gruppen sowie ihrer Rechtsunsicherheit unter dem Ausländergesetz zurückzuführen, daß in diesem Zusammenhang noch keine massiven sozialen Unruhen ausgebrochen sind.
(aus: Klaus Duntze, Die Berliner Wohnungspolitik, ihre sozialen Auswirkungen und die Aufgabe der Kirche)

★★★

BESETzT!







TAZ.

Der Fall Obentrautstraße 44

„Sozialer“ Wohnungsbau: Hauseigentum zum Nulltarif

Wie funktioniert die Spekulation? Wer streicht welche Profite ein im Berliner Wohnungsbaudschungel? Mit welchen Interessen bekommen es die Hausbesetzer zu tun, wenn sie sich an eines der fraglichen Objekte heranmachen? Was ist das für ein Eigentum, das da gebildet wird? Unser Mitarbeiter stellt dies alles dar am Objekt Obentrautstraße 44, das vor einiger Zeit geräumt und zerstört wurde. Gegen drei der Besetzer läuft das Verfahren: Das "Legitime" wird kriminalisiert, das Kriminelle ist legal... (D.Red.)

Die ersten Gerichtsurteile in Sachen Instandbesetzungen sind gefallen. Die zunehmende Härte der Strafen (12, 14, 18 Monate ohne Bewährung fur jugendliche nicht vorbestrafte Hausbesetzer) macht deutlich, daß es der "unabhangigen Justiz" immer weniger um die Ahndung von Hausfriedensbruch, Nötigung und Landfriedensbruch geht. Auch die Politische Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft, weisungsgebundenes Organ des Justizsenators, fährt auf dieser Linie. So will die Staatsanwaltschaft in den nachsten Tagen beim Landgericht Beschwerde gegen die Entscheidung eines Haftrichters einlegen, der sich geweigert hatte, gegen drei Instandbesetzer eines am 10. März in der Kreuzberger Obentrautstraße in einer Nacht- und Nebelaktion geräumten Hauses Anklage nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) zu erheben und Haftbefehle auszustellen. Dabei hat sie sich drei der insgesamt 40 Instandbesetzer, darunter eine 17jahrige Schülerin, willkürlich gegriffen, um hier ganz offensichtlich ein Exempel zu statuieren bzw. auszuprobieren: Kriminalisierung der Instandbesetzerscene.

Aber es geht auch hierbei um mehr, um sehr viel mehr: um die Sorge um unsere "freiheitlich-demokratische" **Eigentums**-"Ordnung", die in unserem Polit- und Wirtschaftssystem eine so zentrale Rolle spielt. Das wird im Zweifel spätestens an solchen Details deutlich, wenn ein Richter eine drakonische Haftstrafe zur Abschreckung verhängt und in seiner Begründung dann auch noch darauf hinweist, daß Eigentum- in diesem Falle ein Sachschaden in Höhe von 3.000 DM wegen eingeschlagener Fensterscheiben - verletzt worden sei.

Inzwischen propagiert der Berliner Senat zwar eine "weichere" Linie, indem er instandbesetzte Häuser nur noch zum Zwecke von Strafverfolgungsmöglichkeiten durchsuchen und dann raumen lassen will, wenn eine "sinnvolle Wiederverwendung" gesichert ist, doch auch hier bleibt die gesetzlich garantierte Eigentums- und Eigentumsverwertungsgarantie unangetastet. Daß aber auch und gerade mit dieser Politik Eigentumsbildung und Eigentumssicherung für Grundstucksspekulanten und Abschreibungskunstler auf besondere Art und Weise ermoglicht wird — namlich auf Kosten anderer — werden wir gleich zeigen, und zwar anhand eines Abschreibungsfonds für gutbetuchte Bundesburger, dessen Anlage- und Werbeprospekte die Abschreibungsfirma Freye Immobilien z.Zt. für die inzwischen einschlägig bekannte "R - W - Immobilien GmbH" (Ricci und Wichmann) vertreibt:

Neubauobjekt Obentrautstraße 44

Der Kenner der Szene wird sich erinnern. Knapp zehn Tage lang instandbesetzt wurde dieses Haus am 10. Marz morgens um 6 Uhr in einer Blitzaktion von 300 Mann geraumt. Um ungestort arbeiten zu konnen, hatte die Polizei abends zuvor geschickt einige Falschmeldungen lanciert, nach denen am nachsten Tag eine Raumungsaktion anstünde. Der Eigentumer der Saßnitzerstr.9 kündigte noch am gleichen Abend in der SFB-Abendschau live die Sprengung seines Haus an. Tags drauf standen Presse und Fernsehen sensationshungrig in der Saßnitzer Straße, während in Obentraut die Raum- und Baukommandos ganze Arbeit leisteten. Nachmittags lag das Haus in Schutt und Staub: Das Sanierungs- und Spekulationsunternehmen R&W-Immobilien GmbH hatte in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den "Freunden und Helfern" saubere Vorarbeit geleistet.

Eine saubere Zusammenarbeit scheint R&W aber auch mit anderen Institutionen zu gelingen. So wurde dieses Spekulationsunternehmen, wie der Berliner Mieterverein erst vorletzte Woche herausgefunden hatte, mit Bescheid vom 21.8.79 als Sanierungstrager vom Berliner Bausenator anerkannt, obwohl zu diesem Konzern eine eigene Baufirma (Demuth &Co) gehört, was nach dem Städtebauförderungsgesetz schlichtweg verboten ist (siehe Graphik!). Doch dies scheint die Konzerninhaber Krogmann, Morgenroth und Demuth sowie die als Kapital- und Steuer- bzw. Abschreibungsberatungsfirma tätige Freye-Immobilien wenig zu stören. Was jetzt auf diesem Grundstück bare Kasse bringen soll, sind 14 Neubauwohnungen im Sozialen Wohnungsbau.

Der R&W-Konzern

- Sanierungsträger (seit dem 21.8.1979)
- Ricci & Wichmann Immobilienanlagen GmbH
- Gesellschafter Krogmann 451 800.-DM
- Gesellschafter Morgenroth 433 800.-DM
- Gesellschafter Demuth 114 400.-DM
- Bauunternehmen
- Demuth & Co. Bauausführungen-Ingenieurbüro GmbH & Co. KG
- persölich haftender Gesellschafter: Demuth Verwaltungs-GmbH
- Gesellschafter: Krogmann: 9 100.- Morgenroth: 8 000.- Demuth: 2 900.-
- Kommanditisten: 1. W. Demuth (120 000.-DM) 2. Demuth Verwaltungs-GmbH & Co. Beteiligungs-KG 325 000.-DM
- persönlich haftender Gesellschafter: Demuth Verwaltungs GmbH
- Kommanditisten Krogmann: 22635 Morgenroth: 20135 Demuth: 7230
- Gesellschafter: Krogmann: 9100.- Morgenroth: 8000.- Demuth: 2900.-
- KROGMANN
- MORGENROTH
- DEMUTH

Quelle: Berliner Mieterverein

Kosten und Subventionen

Betrachten wir es einmal näher: Die Kosten für das Grundstück betrugen 200.000 -, als reine Baukosten sind 3,3 Mio angesetzt und für die Finanzierung (Kreditvermittlung etc) sowie die sog. Treuhandtätigkeit von R&W sind 1 Mio veranschlagt; ergibt zusammen also ein Investitionsvolumen von rd. 4,6 Mio DM. Stellt man nun diesen Investitionskosten die öffentlichen Subventionen aus Steuergeldern für den gesamten 15jährigen Förderungszeitraum gegenüber, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Allein die direkten Subventionen (das sind die Gelder, die direkt bzw. bar ausgezahlt werden, im Gegensatz zu den indirekten Subventionen, die durch "Steuersparen" verursacht und dann mit dem Finanzamt verrechnet werden) summieren sich über 15 Jahre gerechnet auf 3,7 Mio DM. Das entspricht exakt 80 Prozent der gesamten Investition (inclusive der aufgeblähten Treuhandgewinne für R&W gerechnet). D.h., das gesamte Neubauobjekt wäre fast nur mit diesen Steuergeldern finanzierbar. Würde man nun die Treuhandkosten im Freye-Immobilienfonds, die sich bei R&W ja als Treuhandgewinne niederschlagen, weglassen (weil unmöglich machen oder schlichtweg verbieten), käme man auf einen Investitionsbetrag von nur noch 3,7 Mio DM. Damit wäre das Neubauprojekt jetzt tatsächlich voll aus den kassierten Subventionen bezahlbar. Gegenstand dieser direkten Subventionen sind die sog. Aufwandszuschüsse und Aufwandsdarlehen, die von der Berliner Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) direkt an die Freye-Fonds ausgezahlt werden, um die Differenz zwischen der unbezahlbaren Kostenmiete (z.Zt. 23 DM pro qm) und der den Mietern "zumutbaren" Mietbelastung von derzeit 5,24 DM pro qm auszugleichen.

Hausbesitzer zum Nulltarif

Doch für die Abschreibungskünstler ist der Soziale Wohnungsbau in Berlin noch aus einem anderen Grund besonders lukrativ. Hier kann man nämlich auch noch an der Berlinförderung verdienen, denn Subventionen aus dem "Sozialen" Wohnungsbau und der Berlinförderung sind miteinander kombinierbar. Da locken vor allem die sehr viel höheren Abschreibungssätze nach dem Berlinförderungsgesetz, die wie einige andere fiktiven, d.h. Scheinkosten (z.B. Kosten für das sog. Mietausfallwagnis) die Verluste bei den Kapitalanlegern verursachen bzw. noch weiter vergrößern. Diese Verluste sind dann aber bilanzielle Verluste und keine echten Verluste. Und bilanzielle Buchverluste führen bekanntlich zu Verlustzuweisungen und Verlustzuweisungen zu Steuerkürzungen ("Steuersparen") bei den Kapitalanlegern. Diese Verlustzuweisungen lassen sich also durch die hohen Abschreibungsbeträge, durch den Ansatz einer Reihe von fiktiven Kosten (die die WBK als staatliches Kontrollorgan anerkennt) und nicht zuletzt durch die hohen Treuhandpositionen, die beim Anlagefonds ja Kosten darstellen, insgesamt so hochschrauben, daß die Verlustzuweisungen und damit Steuerkürzungen bei den Anlegern so groß sind, daß diese ihren eigenen Kapitaleinsatz (rd. 15% der gesamten Kosten) vollaus "ersparten Steuern" finanzieren könne. Das heißt im Klartext: die Kapitalanleger bezahlen keinen zusätzlichen Pfennig für ihre Beteiligung am Anlagefonds. Statt Steuern an das Finanzamt zu zahlen (diese "sparen" sie ja), überweisen sie das Geld (d.h. die gesparten Steuern) lediglich an den Anlagefonds **und werden damit zum Nulltarif Haus- und Wohnungseigentümer.** Rechnet man jetzt diese Steuerkürzungen für die 15 Jahre zusammen, so ergibt dies noch einmal einen Betrag von 1,9 Mio DM an Steuerausfällen für den Staat. Das sind dann noch einmal 40 Prozent der gesamten Investitionskosten. Direkte und indirekte Subventionen addieren sich daher auf stolze 5,6 Mio DM. **Das entspricht 120 Prozent der gesamten Kosten**, also eine runde Million DM mehr als das gesamt Objekt Obentrautstraße 44 wirklich kostet!

Auf eine Reihe sonderbarer Subventionsmechanismen im Einzelnen wäre da noch hinzuweisen. So stellen etwa die sog. Aufwandsdarlehen der WBK, die sich allein auf 1,2 Mio DM summieren, keine steuerpflichtigen Einnahmen dar, erhöhen also dadurch die Verluste. Andererseits werden sie aber cash ausgezahlt, klingeln also bar in der Kasse des Anlagefonds. Da sie 30 Jahre zins - und tilgungsfrei sind, können sie ebenfalls für vermögensbildende Zwecke 30 Jahre lang eingesetzt werden. Das genau tut Freye's Immobilienfonds denn auch. So erhalten die zum Nulltarif avoncierten Haus- und Wohnungseigentümer jährlich eine steuerfreie Rendite bzw. Ausschüttung von 3% zusätzlich. Für eine Kapitalbeteiligung in Höhe von z.B. 100.000 DM errechnet Freye in seinem Anlageprospekt auf Seite 17 einen zusätzlichen steuerfreien Profit von immerhin rund 76.000 DM für 15 Jahre.

Soweit zur Finanzierungsseite. Bleibt als Ergebnis festzuhalten, daß das gesamte Anlage- und Abschreibungsobjekt - zur Errinnerung, es geht um die Schaffung von Wohnraum! - mit 120 Prozent den Steuerzahler mehr kostet, als tatsächlich an Kosten insgesamt anfallen. Mit dem Überschußbetrag kann der Fonds teilweise seine aufgenommenen Kredite tilgen (was er sonst auch noch mit den Mieteinnahmen macht), zum anderen Teil fließen diese Gelder als steuerfreie Ausschüttung an die eigentumsbildenden Kapitalanleger zurück: rund eine halbe Million DM. (Wem das alles zu un-glaublich oder gar un-möglich erscheint, der kann diese Zahlen mit einigem Zeitaufwand und etwas steuerrechtlichem Grundwissen selber nachrechnen. Zu diesem Zweck - oder auch bei Beteiligungsinteresse - gleich den Anlageprospekt "R&W Immobilienfonds Nr. 33" anfordern bei: Freye Immobilien GmbH, Kurfürstendamm 45, Berlin 15).

Subventionen und Gewinne

Bleibt die Frage, wer alles an diesem Abschreibungsspektakel eigentlich wieviel verdient bzw. wer hier alles Eigentum bildet, sich zum Teil Eigentum auf Kosten anderer verschafft. Gehen wir es noch einmal der Reihe nach an.

Da ist zunächst die Gruppe der Kapitalanleger oder auch der sog. "Steuersparer", die sich vornehmlich aus Spitzenverdienern bzw. steuergeplagten Bundesbürgern zusammensetzt: gutbetuchte Rechtsanwälte, Ärzte und Zahnärzte, Steuerberater, Apotheker usw. Da sie alle unter dem höchsten Steuersatz zu leiden haben, ist ihr Steuervorteil durch Verlustzuweisungen auch am größten. Für 15 Jahre "sparen" sie insgesamt 1,9 Millionen an Steuern, die sie sonst an das Finanzamt abführen müßten. Da sie sich jedoch am Anlagefonds beteiligen, überweisen sie das Geld einfach nach Berlin. Allerdings nur 1,4 Mio. Denn mehr "Eigenkapital" setzen sie nicht ein und sind aber damit gleichzeitig Hauseigentümer geworden. Der Restbetrag verbleibt ihnen bar in der Tasche. Dazu erhalten sie die bereits erwähnte 3%-ige steuerfreie Ausschüttung, was noch einmal eine runde halbe Million ausmacht. Zusammen also eine ganze Million auf 15 Jahre. Ein Zusatzbonbon des Staates für die zum Nulltarif Haus-und Wohnungeigentumsbildenden Kapitalanleger!

Doch auch der R&W Immobilien-Konzern als "Treuhänder" kommt auf seine "Kosten", wie dem Gesellschaftsvertrag (abgedruckt im Prospekt auf S.8) zu entnehmen ist:

- 8 -

2. Die R & W erhält entsprechend der nachstehenden Auftellung folgende Leistungsvergütungen.

a) Vermittlung Bauzwischenfinanzierung, 2 % des Vermittlungsbetrages (30.600,-- DM)

b) Vermittlung Endfinanzierung, 2 % des Vermittlungsbetrages (61.200,-- DM)

c) Haftungsvergütung für die Zwischenfinanzierung, 2 % des Haftungsbetrages (30.600,-- DM)

d) Haftungsvergütung für Endfinanzierung während der Bauzeit, 2 % des Haftungsbetrages (61.200,-- DM)

e) Haftungsvergütung für Endfinanzierung nach Fertigstellung, 3 % des Haftungsbetrages (91.800,-- DM)

f) Haftungsvergütung für Aufwendungsdarlehen, 3 % des jeweils aufgelaufenen Darlehensbetrages (für die Jahre 1982-1984 insgesamt 27.675,-- DM) und für Bundessondermittel

g) Zinsgarantie, 1 % des Gesamtvolumens (45.714,-- DM)

h) Treuhandgebühren während der Bautätigkeit, 2 % des Gesamtvolumens (91.427,--- DM)

i) wirtschaftliche Baubetreuung, 2 % des Gesamtvolumens (91.427,-- DM)

k) Treuhandgebühren nach Fertigstellung, 3 % des Gesamtvolumens (137.142,-- DM)

l) Übernahme der Erstvermietung, zwei Monatsmieten (12.178,-- DM)

3. Für die Beschaffung der Aufwendungshilfen und Mittel für Rollstuhlwohnungen erhält das mit R & W verbundene Unternehmen, die Krogmann & Co. OHG 1 % der beschafften Mittel (40.032,-- DM).

Das alles summiert sich auf immerhin 720.000 DM. Die jährlichen Treuhandgebühren betragen 8.100.-, was innerhalb von 10 Jahren auf 81.000.- addiert. Insgesamt erhält R&W also rd. 800.000.-. Da zum R&W-Konzern sowohl ein Ingenieur-Bauausführungsunternehmen als auch eine eigene Baufirma gehören, darf man dreimal raten, wer die technische Baubetreuung und die Bauausführung machen wird.

Natürlich wird auch die Freye-Immobilien GmbH mit ihren Provisionen für die Kapitalvermittlung, und die Abschreibungskonstruktion nicht zu kurz kommen, genausowenig wie die Banken, hier die Pfälzische Hypothekenbank aus Ludwigshafen, die sich praktischerweise gleich eine Filiale in Berlin eingerichtet hat, sich Sorgen um Verdienstmöglichkeiten machen müssen.

Die Banken verdienen mit

Die Umstellung des Förderungssystems im Berliner Sozialen Wohnungsbau vor 1970 - bis dahin hatte die WBK als alleinige Darlehensgeberin fungiert und Kredite zu einem Zinssatz von 0,5% an die Bauherren ausgegeben - sichert den Geschäftsbanken einen sicheren Teil am Subventionskuchen. Für rd. 9% Zins (18 mal soviel wie 0,5) kann die Pfälzische Hypothekenbank mit 3,3 Mio Zinseinnahmen rechnen.

Würde das frühere Förderungssystem heute noch praktiziert, wären die Subventionen um ein Vielfaches geringer. Denn die hohe Kostenmiete (23 DM pro qm) und die deswegen notwendigerweise hohen direkten Subventionen werden zu rd. 70% durch die hohen Zinsen der Geschäftsbanken verursacht. Man sieht also, die Eigentumsbildung funktioniert - auf Kosten derer, die da nicht mitmischen (können). Dies ist die Allgemeinheit der Steuerzahler, die auch aus den Mietern, den vertriebenen bzw. entmieteten Mietern und den Instandbesetzern besteht.

Was bleibt?

Wohnraum wurde zerstört. Neuer wird gebaut. Bleibt also zunächst alles beim alten - nur daß die "neuen" Wohnungen mehr als doppelt so teuer für die Mieter sein werden, daß gewachsene Sozialstrukturen bewußt aufgebrochen und zerstört werden. Während clevere Abschreibungskünstler, gutverdienende Rechtsanwälte und Zahnärzte Eigentumsbildung auf Kosten anderer und uns betreiben, werden diejenigen, die auf solche Um- oder besser Mißstände aufmerksam machen, ins kriminelle Abseits gedrängt, mit drakonischen Strafen belegt und hinter Gitter gesetzt. Was ist das für ein politisches System, daß derjenige, der "Recht" tut, (indem er mit strafbaren Handlungen auf gesellschaftliche Mißstände aufmerksam macht, die selber einen Unrechtstatbestand darstellen), sich formaljuristisch selbst dabei ins "Unrecht" setzen muß?

Micha Ulsen

Gespräch mit einem Streetfighter

"Wo Aktion ist, muß ich hin!"

M. ist 14 Jahre alt, geht auf eine Kreuzberger Oberschule. Nur im Moment hat er wenig Zeit. Hausbesetzungen, Demonstrationen, Diskussionen nehmen ihn voll in Anspruch. Da muß der Unterricht eben ausfallen. Zu Hause kann man ihn nicht erreichen. "Ich leb' zur Zeit auf der Straße", sagt er. Seine Haare sind lang und ungefärbt, keineswegs ist er ein Punk, höchstens ein halber, wie er meint. Natürlich trägt er auch diverse Anstecknadeln an Jacke und Pullover. In der taz zu schreiben, findet er "Osten", das bringt nichts. Indes hat er nichts dagegen mit einem tazler zu sprechen.

Warst du am Freitagabend auch am Kottbusser Tor?

M.: Ne, Ick hab mich vorm Fernseher gelangweilt und dann mitgekriegt, da ist wat los. Ick bin dann hingefahren, war aber nischt mehr los, nur ne Menge Wannen sind herumgefahren. Aber Samstag war ick dann bei Rock gegen Junk in der TU, bin dann aber zum Specki (Spectrumkneipe im Mehringhof), wo die Leute aber nur herumgelabert haben. Wir sind dann mit ner Gruppe von 4 Leuten zum Ku'damm, dachten, nu schmeißen wir ein paar Scheiben ein!

Warum fährst'n dahin?

Da wo Aktion is, da muß ick hin. Verstehste, ick hab so'ne Wut im Bauch irgendwie, da will ick wo Leute sind und Bullen, denen eine rein würgen, die haben die Leute so irre zusammengeknüppelt am Freitag, verstehste. Am Samstag fand ick es unheimlich gut, auf der Demo am Ku'damm war richtig Power drin, und wir haben uns nicht festlegen lassen. Wir sind gerannt und haben auch keine Steine geschmissen. Erst als die Bullen anfingen zu knüppeln oder so, da sind die ersten Steine geflogen. Dat find ick richtig, wa!

Gegen die Steinewerfer wird ja unheimlich gehetzt.

Na ja, klar wa? Fensterscheiben einwerfen find ick aber o.k., wa! Sachen herausnehmen, ick weeß nich, dat bringt zwar politisch nichts, aber für die Leute selber was, verstehste. Ick fand et scheiße nen Brillenladen auszuräumen, wat bringen schon Brillen oder die linken Schuhe von Salamander, dat ist etwas unsinnig.



Am Ku'damm sind in einem Laden ne Masse Ledertaschen verschwunden.

Taschenklauen ist Scheiße, dat fällt auf die Hausbesetzer zurück, die würden sich bereichern. Wozu brauchste Ledertaschen, dat ist Luxus. Luxus brauchste nicht zu klauen, Freßsachen, dat is o.k. Ein Freund hat och Bullen beobachtet (Polizisten - d. Red.), wie die geklaut haben.

Was sagen deine Kumpels in der Schule zu allem?

Die Leute hören sich an, wat ick erzähle und die Stimmung ist so, ach, haun wir den Bullen ein paar auf die Fresse. Aber die selber machen dat nicht. Die sagen, ja, man sollte vielleicht mal, so, ja? Die sind eben einfach so gegen die Bullen. Die interessiert nicht die Hausbesetzungen, die interessiert, ach da ist irgendwie Power, gehen selber aber och nicht hin, wa!

Würdest du dich zur harten Fraktion rechnen oder zu den Leuten, die eher bereit sind zu verhandeln?

Mehr zur harten, wa! Aber ick mein, die haben ja erst nach Freitag angefangen, Verhandlungen vorzuschlagen. Die ganzen Aktionen haben also wat gebracht. Steine sind doch Argumente, echt wa! Die Scheiß-SPD-Leute haben einen Schiß gekriegt, daß ihre Politik in' Arsch geht, verstehste. Ick find zwar nich gut, wenn so'n kleener Bulle einen Stein an' Kopp kriegt, aber wenn du dann siehst wie übel die Leute zusammengeprügelt werden, dann find ick es gar nicht richtig zu unterschätzen, wer knüppelt und wer nicht, die machen det och nicht.

Eins hat mich aufgeregt, auf der Demo am Montag. Um sieben Uhr, als die Bullen schon ein paar Leute festgenommen haben und uns den Ku'damm rauf und runtergeprügelt haben, da haben sich eben so'n paar Typen Steine gegriffen. Dat ist richtig, wenn die Bullen kommen, um dich fertig zu machen. Das hat mich so aufgeregt, als wir die Steine gegriffen haben, sind gleich ein Dutzend Pazifisten gekommen und haben uns die Steine aus der Hand geprügelt.

Und die Bullen sind seit Freitag richtig aggressiv, und wenn se dich dann jagen, dann hat man die Steine nicht mehr zu Hand, verstehste.

Ick find es einfach richtig, wenn jemand zur Demo geht und einen Helm mitbringt, Tuch und Zitrone. Damit die Bullen auch sehen, daß wir uns dat nicht gefallen lassen.

Hast du Schiß?

Du, ick mein, was kann dir mehr passieren als den Leuten, die se schon eingeknastet haben. Wenn wir jetzt klein beigeben, ach du Scheiße, kriegen die noch viel mehr von uns, dann kommen die nie mehr raus. Am Freitag und Samstag haben wir militärisch bewiesen, daß wir och wat druff haben, nicht nur unsere endlosen Theoriesprüche gekloppt und so, wa!

Was sagst du zu der Demo am Samstag?

Ick weeß nich, wa - ick hoffe, daß nich Leute hingehen und denken, das wird ne friedliche Demo, kommen mit Clocks und ohne Helm, mit langen Röcken oder so, da hab ick echt Schiß vor, weil, die kriegen als erste einen vor'n Latz. Ick bin dafür, daß die Leute sich ausrüsten, und wenn die Bullen kommen, daß sie dann wat machen, nicht vorher wa! Die Bullen sind schon so aggressiv, da ist es einfach nur Selbstschutz. Du kannst nicht mit ner Nelke auf die Polizei zugehen.

Du bist ja kein Hausbesetzer, gehörst aber zur Sympathisantenszene.

Ja, wir haben noch vorher einen Mietvertrag gemacht, bevor es mit den Besetzungen erst so richtig los ging. Mein Vater war ja auch irgendwie dagegen, weil er dachte, wenn ick in irgendson' Flipperhaus komme, daß ich dann nur noch rumflippe. Ich wär eigentlich unheimlich gerne in ein besetztes Haus eingezogen, aber das läuft vielleicht noch. So unterstütze ich die Leute erstmal, weil ich Anarchist bin und richtig finde, was gegen den Staat zu machen. Aber was ich noch wichtiger finde, ist gegen diese Wohnungspolitik wat zu machen, ick seh ja wie es in Kreuzberg ist, mit hohen Mieten, hohen Abstandszahlungen und leerstehenden Häusern. Es gibt soviele Leute, die ne Wohnung suchen... Wir haben ja auch so lange gesucht. Wenn noch mehr Häuser besetzt sind und man billig wohnen kann, gerade mit Leuten, mit denen man sich echt versteht, dat find ick echt positiv.

bmm

TAZ

Betr.: Tagesspiegel vom 14.12.80

Ein nicht erschier ener Leserbrief

Ich bin eine von denen, die damals am Tegeler Weg Steine geworfen haben. Wochenlang, monatelang hab ich mich durch die Straßen jagen lassen, hab mich prügeln lassen, bin mit meinem Kind auf dem Aarm hustend und würgend und kotzend vor dem Tränengas dvongerannt - nur weil ich gegen den Krieg in Vietnam demonstriert habe. Am Tegeler Weg haben wir uns zum ersten Mal umgedreht, haben zurückgeschlagen - ohne Waffen, ohne Panzerfahrzeuge, ohne Schilde, ohne Pferde. Und nie im Leben werd ich vergessen, wie ich mich gefreut habe, als ich zum ersten Mal sah, wie die Streitmacht vor uns davon rannte.

Und diejenigen, die sich dort am Tegeler Weg aktiv gewehrt haben, das waren DIESELBEN, die weiter argumentierten, die weiter machten, die heute noch kämpfen, verandern - in den Schulen, in den Ämtern, in den Fabriken, in den Kindergärten, in den Krankenhäusern. Hört auf, uns auseinanderzudividieren, ihr Hosenkacker!

„Die pure, schwere Kriminalität" - ja, die hat mitgemischt in Kreuzberg, aber auf der anderen Seite! Was erwartet ihr eigentlich von Leuten, die seit Monaten ihre ganze Kraft einsetzen, um die vergammelten, leerstehenden Häuser wieder zu Wohnungen zu machen, und die mit halben Versprechungen, mit lügnerischen Verhandlungen hingehalten werden? Wo ist denn das Verbrechen, eta dort, wo Menschen aus ihrer Scheiße herauswollen und sich ans Werk machen? Seht euch doch um in Kreuzberg, habt ihr mal die vielen Kinder gesehen, die Jugendlichen, die die „Kreuzberger Plempe" haben? Das sind eitrige Wunden, die nicht mehr heilen, weil die Körper - schlecht ernährt, mit zuwenig Sonne, mit zuviel Dreck - nicht mehr damit fertig werden. Wißt ihr eigentlich, wieviele Türken pro Zimmer in so einem Hinterhaus wohnen mit Plumpsklo auf dem Treppenabsatz? Und wieviele tausend dort illegal leben, ohne Arbeit, ohne Geld, mit der Angst, abgeschoben zu werden? Klar wißt ihr das, braucht ja nur in eurem Archiv nachsehen. Das ist, wie wenn man keine Lebensmittelkarten hatte bei den Nazis. Seht euch doch die Kinder an, die mit ihren Handwagen tagtäglich in die Abrißhäuser ziehen, Brennholz besorgen. Und die Banden von Jugendichen, die alles klauen, was nicht niet- und nagelfest ist, am besten ner alten Oma die Handtasche. Und die Dealer in ihren Pelzmänteln und Amischlitten.

Und wo wird was dagegen getan? Wo werden Alternativen zur Jugendarbeitslosigkeit entwickelt, Kollektive für Junkies aufgebaut, alternative Heilmethoden erforscht, vermittelt, praktiziert - ohne Bezahlung? In Kreuzberg gab es solche Kollektive bereits, bevor ihr über die erstaunlichen Fortschritte auf diesen Gebieten berichtet habt. Und wo der tagtägliche Kampf gegen den Dreck aussichtslos geworden zu sein scheint, da entsteht eine neue Stärke: Dreck ist Punk, und Punk ist Kampf.

Wo entsteht denn die neue Musik, die dann irgendwann von euch kritisiert und konsumiert wird. Wo läuft denn der Schulversuch, wo Lehrer sich auseinandersetzen mit dem Problem der Integration ausländischer Kinder, und wo sie erfahren, daß „Integration" sehr leicht benutzt werden kann, um die nationale Identität zu zerstören. Die setzen sich lebendig damit auseinander, und irgendwann werdet ihr wieder lange, gelehrte Artikel darüber schreiben - o.k. Und die zahllosen kollektiven Versuche, zusammen zu leben, zusammen zu arbeiten, was anderes zu entwickeln als Konkurrenz und Leistung und Kaputtmache - gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Hoffnungslosigkeit, gegen ein Leben, das einen zwingen will, für ein Existenzminimum auch noch Danke zu sagen. Wo kommt nur eure hartleibige, stinkende Moral her? Wann habt ihr zum letzten Mal einen wirklich gigantischen, heißen Fick gehabt? Wann habt ihr zum letzten Mal aufbegehrt gegen eure Sinnlosigkeit, euren Frust, eure Langeweile? Habt ihr mal Fuzzi singen hören, am Kotti? habt ihr ein einziges Mal seine dreckigen, poetischen ,gigantischen Lieder gehört? Fuzzi kriegt kein Zeilengeld!

Und die Instandbesetzer, die kriegen keine Millionen für ihre Arbeit: da wird fein säuberlich getrennt in solche, die über ihr Recht auf Wohnung verhandeln und solche, die sich ganz einfach wehren, wenn sie rausgechmnissen werden.

Und was die Plünderung betrifft: Die ist voll im Gange, gerade jetzt, wenn die Leute ihr sauer verdientes Geld aufn Tisch legen für den Plastik-Dreck, den sie dafür kriegen. Aber das sind ja eure Anzeigenkunden, die Plünderer. Steckt euch nen Finger in Hintern und singt White Christmas und laßt uns in Ruhe!

TAZ

Katharina Schries

Wie mir dabei zumute war. Oder: Einer, der lange weg war vom Fenster, erlebt eine Demo, o, o, oh!

Das ist der Kern einer sozialen Bewegung,

eine kleine, radikale Minderheit: Über zehntausend Piepel vor den Knästen in Moabit und in der Lehrterstraße. Das gabs selten. (Als Max Hölz entlassen wurde und beim Tunixkongress war ich leider nicht dabei.)
„EINS, ZWEI, DREI,
LASST DIE LEUTE FREI!"
„VIER, DREI, ZWEI -
LASST SIE HEUTE FREI!"
„FREIHEIT FÜR ALLE
SONST PAUSENLOS KRAWALLE!„
„FÜR SPEKULANTEN GIBTS MILLIONEN -
DAS VOLK SOLL IM GEFÄNGNIS WOHNEN!"
„UND WENN SPRINGER NOCH SO HETZT -
KREUZBERG WIRD INSTAND BESETZT!"
„SCHAFFT VIELE INSTANDBESETZTE HÄUSER IN ALLE STADTTEILEN!"
So lauten ein paar Parolen,die hängengeblieben sind. Der Zug ist bunt.Die Fantasie,noch lange nicht an der Macht, immerhin aufm Vormarsch.

Es war die größte Demo vorm Knast, die ich je erlebt hab. Die Nasenzähler sprechen von über zehntausend und wir sehen uns mit leuchtenden Augen an.
Es war eine der größten Demonstrationen überhaupt seit Ostern 68 und dem 2.Juni, die spontan und ohne irgendeine straffe Organisation auf die Straße ging. Weil wirs uns nicht bieten lassen wie die Graumänner der Wohnungsnot in der Überflußgesellschaft (in ders viel Überflüssiges und wenig Überfluß gibt) Wohnraum zerstören und Häuser leerstehen lassen. Weil wirs uns nicht bieten lassen dürfen, wie die Berliner Polützei und die Berliner Justiz mit Hausbesetzern und Demonstranten und überhaupt mit den Menschen umspringen. Wir, das suweräne Volk, sind ooch noch da, alle verschieden und bunt anzusehen.Ich liebe jeden einzelnen und jede einzelne schowieso.
Es war überhaupt die erste Demo, zu der ich ging, seit mir der lang entbehrte Wind der sogenannten Freiheit wieder um die Nase bläst. Ziemlich stürmisch. Daher mein schwankender Gang.
Zwei Stunden bevors losging hatte ich noch mit hektischer Betriebsmkeit angefangen, mir ein Sändwitsch zu basteln mit eilig im Haus zusammengesuchten Materialien. Zwei Tapetenstreifen mit Plakafarben bemalt, an den Enden Holzstäbe mit Tesafilm aufgeklebt, oben mit Schnüren zusammengebunden und übern Kopf gestülpt. Später, im Wind, ähnelte ich damit mehr einem Kinderdrachen als einem soliden Sändwitsch aus ner seriösen Piketinglain. Diese Demonstrationsform hatte ich seit 65 nicht mehr drauf, aber wenn die Not schon nicht erfinderisch macht, so frischt sie doch manchmal das Gedächtnis auf und ich hatte es versäumt, mich in die kollektiven Vorbereitungen einzuschalten. Zu wacklig noch auf den Gedankenbeinen begegne ich Erwartungshaltungen und Ansprüchen, denen ich nicht gewachsen bin, ooch den eigenen nicht und die ich nicht zu erfüllen vermag. Jammer! Illusionen und Täuschungen müssen ent-täuscht werden. Wir brauchen den Teppich der Wirklichkeit unter den Füßen und wenn er ab und zu abhebt - auch gut.
Bei der Demo zeigt sich die Wirklichkeit von ihrer schönsten Seite.Schöön und verwundersam wars, sich zu Beginn von einem Ende der zusammengeströmten und noch weiter strömenden Massen durchzuwühlen zum andern Ende. Immer wieder andere Quassel- und Anschau-, Angrins-, und Umarmungs-Leute. Alte Bekannte, die ich lange nicht gesehen habe und neue Unbekannte, die Zeitungsfotos gesehen haben und wissen wollen, ob ich's bin. Bin ich's? Und neue Bekannte die ich erst seit ein paar Tagen oder Wochen kennenlerne.

Ein paar Mal kriege ich zu hören: „Schön, daß du hier bist!" Und genauso fühl ick mir.

Einmal kann ich's mir nicht verkneifen, einer buntgeschminkten und gewandeten Hexe zu erzählen, wer ich bin. Sie ist bei der SfE und ich habe zuerst SEW verstanden. Selbst das hätte mich nicht gewundert. An einem Tag so wundersam wie gestern. Warum soll's bei der SEW,keine bunten Hexen geben? Doch kehren wir zurück auf den Teppich der Wirklichkeit.

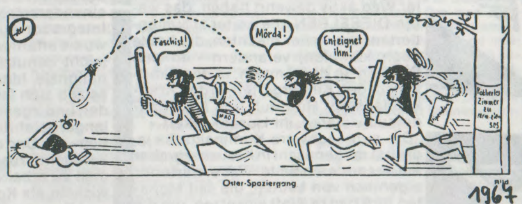
Dieter sieht irre aus. Der Junge gefällt mir. Immer noch oder endlich wieder. Wie er behende, fast graziös auf dem Lautsprecherwagen der AL rumturnt (fast wie Ostern '68 auf'm Wasserwerfer der Bullen) und wie mein Helfershelfer richtig bemerkte, wie einem Gemälde von Tuluhslodreck entsprungen und unter seinem steifen braunen Hut mit Späherblick die Lage peilt, da möchte ich ihn filmen. Überm Hutband grüne Igel, einen roten am Revers des dunklen Cordsamtmäntelchens, daß von einem grünen Schal überflattert wird. Oder war er rot? Auf Augenzeugen ist kein Verlaß. „*Kennt ihr schon das Flugblatt der AL?*" fragt Dieter und fügt hinzu: „*Das verteile ich sehr gern, weil sehr viel von mir selbst ist.*" Als ich es später zu Hause lese, gefällt es mir fast so gut, wie sein Rundbrief, der mich vor zwei Tagen förmlich vom Hocker riß und mich veranlaßte, mein Verhältnis zu meinem alten Freund und Genossen neu überdenken. Und mit neuen Freunden darüber zu reden. Der Rundbrief hat dieselbe Sprachqualität wie alte Flugblätter. Keine Parteischablonensprache, sondern mit Phantasie und Witz auf dem Teppich der Wirklichkeit stehend, beginnt er mit den Worten:

„John Lennon tot, Dietrich Garski lebt und der Senat muß mit mindesten 115 Millionen bürgen für seine Architekten-Mafiosi (...) warum hetzen Stobbe, Lüder und Hübner gegen ein paar zerbrochene Fensterscheiben und ein paar geklaufte Waren und über die 126 Millionen Mark Steuergelder für die Pleite eines Dietrich Garski, mit dem sie beim Sektfrühstück, beim Presseball (und wer weiß wo überall noch wo) sehr intim waren - schweigen sie sich aus oder gründen mal wieder einen Vertuschungsausschuß? Sind nicht Steine gegen die Glitzerwelt des Kuhdamms unbewußte Argumente gegen die Glitzerwelt genau der Leute, die sich an dem Elend der Menschen in Kreuzberg, Neukölln und anderswo eine goldene Nase verdienen? Wir müssen unzweideutig den Verwaltern und Profitören der Aussichts- und Perspektivlosigkeit das Recht absprechen, sich künstlich zu empören über zerbrochene Fensterscheiben noch dazu in einem Glashaus hocken, von Korruption, Filz, Konzeptionslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen der Berliner Bevölkerung.

Dieses Glashaus langfristig zu zerdeppern ist nur möglich, wenn wir selbst Konzepte entwickeln zu den brennenden Problemen dieser Stadt. (...)"

Fast das schönste an dem Rundbrief sind „statt eines ausführlicheren Pressespiegels" drei gut ausgesuchte Karikaturen eines talentierten Springer-Zeichners aus den Jahren 1966, 67 und 1980.







Es ist nicht immer einfach, die, mit denen man zusammenbleiben möchte, nicht aus den Augen zu verlieren. Mein neuer Wohni, mit dem ich im Auto hergekommen bin, die anderen sind alle ausgeflogen, Weihnachten und so, hätte der CIA nicht Weihnachten angesagt, wären wir ja doppelt so viel gewesen - war auch schon fast ein Jahr auf keiner größeren Demo mehr. Er versteht mich sehr gut, als ich ihm im Auto von meinem Herzklopfen erzähle.

Als es am Freitag in Kreuzberg losging, habe ich ahnungslokal in einem China-Lokal gesessen im bin später im Kino eingeschlafen, obwohl mir der Anfang des Films (Atlantic City) sehr gut gefallen hat. Und wenn ich gewußt hätte, was da in Kreuzberg losging, hätte ich mit Sicherheit auch Schiß gehabt. Einem haben sie die Beine abgefahren, einer hat das Augenlicht verloren, ein Türke soll (unbestätigtes Gerücht) im Sterben liegen, 18 sitzen noch mit Haftbefehl im Knast (inzwischen noch 14), Dutzende von Verletzten, eine Prozeßlawine im Anrollen - bin nicht scharf drauf, in sowas gleich wieder rein zu geraten.

Auch am Samstag wußte ich wieder von nichts und am Montag war ich zu schlapp, allein mit der BVG zum Kuhdamm zu fahren, obwohl mich's schon ein ganz kleines bißchen in den Beinen juckte.
Wenn ich an die Genossen im Trakt denke, von deren Besuchern ich höre, wie sehr sie darauf brennen, jetzt in Kreuzberg dabei zu sein, schäme ich mich fast ein bißchen.

Aber ein alter Mann ist halt kein D-Zug und manchmal sind auch alte Männer nicht zu bremsen.
Er freute sich diebisch und lachte meckernd als seine bonbonrosabuntaufgeputzte Begleiterin ihm von weitem den alten Kapedechef zeigte. Seine Glatze! Mit Haarkranz, zu komisch. Die kaputte Freude eines Altgewordenen darüber, daß das Leben auch an den andern nicht spurlos vorübergeht. Die begrenzte Glatze, lief natürlich in einem festen Block. Es wäre nicht einfach gewesen, mit ihr ein Wort zu reden. Und so gut kannten wir uns ja auch nicht.

Zurück zur Demo. Es fliegen keine Steine, aber diese Demo wäre nicht zustandegekommen, wenn auch vorher keine geflogen wären. Die Bullen halten sich zurück, regeln den Verkehr. Bei der Anfahrt nach Maobit sehen wir ein Dutzend Wannen stehen. Später erzählt mir mein Helfershelfer, daß Wannen standen aufgereiht von der Siegessäule bis zum Brandenburger Tor. Die Demo war noch viel viel länger.

Überhaupt gab's noch zu viele feste Blocks. Und zu wenig umherschweifende. Auch sah ich Dieter kritischer, wenn seine Lautsprecherstimme anfing, nörgelig gegen eine Ausfransung der Demo an den Rändern zu reden.

Dabei ist die Ausfransung einer Demo an den Rändern das Wichtigste. Wichtig, wie die Ausfransung des linken Ghettos an den Rändern. Natürlich brauchen wir Zusammenhalt. Aber keinen bloß formalen. Es gibt eine Dialektik von Wachstum und Entfremdung in der Bewegung. Indem wir sehr viele werden, werden wir uns fremd. Aber wenn unsere Bemühungen erfolgreich sein sollen, muß es eine Dialektik von Wachstum und wachsendem Zusammenhalt, wachsender Solidarität werden. Erfreulich wie viele begreifen, daß wir uns nicht spalten lassen dürfen in „Militante" und „Friedliche". Blöde Schablonen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Militante von gestern ist der Friedliche von heute und umgekehrt. Die Demo von gestern zeigte davon Züge.


Foto: r.b.

Der Traum der Berliner Kommune ist noch lange nicht ausgeträumt. Der Traum einer Demo wäre der: Wir treffen uns vorm Knast und sehen wie viele wir sind, wir gehen zurück in die Stadtteile und quatschen mit denen, die noch nicht so viel wissen, die gleichgültig sind oder ratlos. Wir sind bereit, auch ihnen zuzuhören und von ihnen zu lernen. Und wir kommen dann alle zusammen wieder, machen die Gefängnisse erst auf und dann dicht.

Wir organisieren die gesellschaftliche Instandsetzung und die gerechte Verteilung von Wohnraum. Wir jagen die Spekulanten und Staatsbüttel aus der Gegenwart in die Vergangenheit.

Wir organisieren die Einheit von Arbeit und Vagnügen. Oder umgekehrt.

So wars noch nicht. Am schönsten fand ich die Stimmung am Anfang, als wir vorm Maobiter Knast zusammenströmten und die Menge von Minute zu Minute anschwoll. Als wir zur Lehrter Straße, zum Frauenknast marschierten und zurück durch Maobit, erst die Einkaufsstraße, dann auch ruhigere Wohnstraßen.

Toll, die alte Frau auf dem Balkon, die den Demonstranten begeistert zuwinkte. Wir winken zurück. Die Gesichter der Leute an den Fenstern und am Straßenrand überhaupt nicht unfreundlich, eher neugierig und interessiert. Oft von Sümpati erfüllt. Oder von Zorn auf die Obrigkeit. Wie die ältere Dame, die meinte: „*Ist das die Liste Al, die hier demonstriert? Haut sie alle auf die Schnauze!*„ - Wen, den Senat? -„*Ja, den auch, die alle*".

Demgegenüber fiel der Penner kaum ins Gewicht, der uns gleich, als wir ausm Auto stiegen, zurief: „*Ihr solltet lieber arbeiten gehn!*" Er gehört wohl zu einer noch nicht ganz ausgestorbenen Spezies Mensch. Wie der Lackaffe mit Schäferhund, der abends im U-Bahnhof Kuhdamm verschwindend uns zuruft: „*Alle vergasen!*" Vielleicht war das witzig gemeint. Ich rufe ihm nach, daß, wenn überhaupt dann sein Hund vergast gehört. Seitdem ich draußen bin, bin ich schon zweimal voll in die Hundescheiße gedappt. Was nach übereinstimmenden Bekundungen meines Helfershelfers und von Gudrun noch wenig ist. Wenigstens das blieb einem drinnen erspart.

Ziemlich weit vorne ist eine große rotweißrote Berlinfahne, die ziemlich geklaut aussieht. „DER BERLINER SENAT GRÜSST DEN REST DER WELT" mit Berliner Bär, dem ein Polizeihelm überm Kopf und ein geschwungener Knüppel in die Pfote gemalt wurde. Ein Trost: Es gibt ooch Bären bei den unsären (Reim!).

Eine Schlange von ca. 36 Leuten trägt ein Riesentransparent „FREIHEIT FÜR DIE INSTANDBESETZER" sie säumen einen Block von jungschen Tüpen und Tussis, die mit einem irrsinnigen Spaß minutenlang eingehakt auf der Stelle trampeln, und wenn hundert Meter oder mehr Zwischenraum entstanden ist, sprinten sie los und stoßen dabei Indianerschreie aus. Hui, hui, hui, hui,hui oder so. Mir wäre es zu anstrengend, aber es sieht lustig aus. Ich sehe verstreut Buntbemalte und Maskenträger. Fotografen, Fernsehmenschen, Schurnalisten. Ein paar Leute vom Esefbe kenne ich schon und freue mich über bekannte Gesichter aus der Wattstraße.

Ich stecke ein Fluchblatt vom KBW ein, kam aber noch nicht dazu, es zu lesen. Und kaufe eine Broschüre „Türkei im Kampf". Freue mich, daß auch Türken und andere Emigranten da sind. Wie in der U-Bahn, wenn mich türkische Kinder angrinsen (warum mich?) und Türken anquatschen, weil ich ne türkische Zeitung lese. Gut, wa?

Toll ist der Zug, wo Musik ist. Wo zur Begleitung von Gitarren, Mandolinen, Apfelsinen und Trommeln sowie allerlei Flöten gesungen wird. In einem Block haben sie Textblätter verteilt und singen ein Hausbesetzerlied nach der Melodie von Pink Floyd „We dont need no education... Hey Berliner! Reiht euch ein, es wird instandbesetzt!"
Wichtig, am wichtigsten waren die freundlichen Augen und die zärtlichen Umarmungen bei der Demo (und in der Nacht davor).

Als wir nach fast vier Stunden aufn Kuhdamm stießen, taten mir schon die Füße weh und an der Gedächtniskirche wollte ich die Reden nicht mehr hören, obwohl da sicher viele richtige Sachen durch die vorweihnachtliche Abendluft megafoniert wurden. Wir mischten uns unter die Weihnachtsmarkt-Konsumenten. Ich aß einen Hamburger und zwei Wiener (Kringel) (einen Berliner würde ich nicht essen, könnt ja ein Genosse sein), hängte mein schon stark beschädigtes, flatterhaftes Tapeten-Sändwitsch über eine Kirchenstelltafel und beteiligte mich an einem Pferderennen, wo du rote Holzbälle in Löcher schmeißen mußt und wenn du triffst, rückt das Holzpferd auf der Rennstrecke drei oder zwei oder einen Punkt vor. Bonbonrosabunt angefeuert wurde ich einmal disqualifiziert wegen Obendrüberwerfen und ein paar Mal nach gutem Start Vorletzter unter 14.

Als ich danach nochmal nach der Demo schauen wollte, war sie so gut wie weg. Mürrische Traurigkeit, die mich abends oft am Wickel hat, erfaßte mich. Meine WW-Krise (Wirklichkeits-Wiedereintritts-Krise). Ich wollte allein sein und verabschiedete mich von den letzten Begleitern. War froh, als ich müdknochig mit der BVG zu Hause anlangte. Rechtzeitig, um in verschiedenen Nachrichtensendüngen ein paar bunte Bilder von der Demo übern Fernsehschirm flimmern zu sehen.

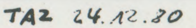
Wie lautet der in den bürgerlichen Medien oft zitierte Satz aus Kreuzberg? **„Wenn bis Weihnachten nicht alle Inhaftierten freigelassen sind, dann brennen in Berlin nicht nur die Christbäume!"** Ich bin gespannt wie's weitergeht.

„Vorwärts mit der Spaßgerilja!" parolisiert unser müder Held in der Einsamkeit seiner nächsten Nacht vor sich hin. Dit mit Inhalt zu füllen wäre sinnvoller als die blöde Grübelei über das Problem der tendenziellen Nichtidentität von Verliebten und Verliebten. Sind wir die Gefangenen unserer Wünsche?

EINS, ZWEI, DREI...
LASST DIE GEFANGENEN FREI!
Freiheit für alle!
Alles wird anders, wenn wir es verändern!
Alleswirdanders.

Firiz Scheytan







Erlebnisse einer Frau in einem Polizeifahrzeug

Männerphantasien im rechtsfreien Raum

Als am vergangenen Mittwoch das besetzte Haus Adalbertstr.6 von der Polizei durchsucht wurde, brannten in der Nacht Barrikaden rund ums Kottbusser Tor. Am Nachmittag dieses Tages spielte sich ab, was im folgenden eine junge Frau erzählt. Was sie beschreibt ist das Bild des faschistoiden Männerbundes in Reinkultur. Unterdrückte Sexualität, die in Gewaltphantasie und -anwendung umschlägt, männliche Angst vor der nicht-dressierten Frau gepaart mit der hasserfüllten Angst des deutschen Untertanen vor "den Roten" — produziert und ausgelebt in Berlin 1981. Der tägliche Faschismus, vermutlich kein Einzelfall. die Namen des Opfers kann ich nicht erwähnen, denn sie hätte keine Chance: Sechs Polizeizeugen gegen eine "von denen". Sie wäre ihnen im Gerichtsaal genauso ausgeliefert, wie in dem rechtsfreien Raum des Einsatzfahrzeuges, in dem sie zwischen ihren Stiefeln lag. Aber: Sagt nicht nur : "Ihr Schweine!" sondern: "Wer hat sie dazu gemacht?"

An dem Mittwoch hab ich nach der Durchsuchung auf der Adalbertstraße gesessen und da kam ein Bulle und sagte, ich soll die Straße verlassen und mich aufs Trottoire setzen. Ich sag: Nee, die Straße ist für uns alle da und sie haben die Straße eh schon den ganzen Morgen abgesperrt, ich bleib hier sitzen. Da hat der mich gepackt und an den Haaren gezogen. Der Bulle war eigentlich noch ganz o.k., der meinte er will's nicht zu ner Machtprobe kommen lassen, er ist eh stärker. Ich hab dann auf dem Trottoire gesessen und die Füße ausgesteckt. Da stellt sich so'n anderer Bulle vor mich hin und guckt mich blöd an und macht an seinem Schlagstock so rum, als würd' er sich einen abwichsen. Ich hab gesagt: So jung und schon so blöd. Sagt der, ich soll das nochmal laut sagen und ob ich ihn meine. Sag ich: Ja dich! und hab das nochmal wiederholt.

„So jung und schon so blöd!"

Er ist weggelaufen und auf einmal stehen sechs Bullen vor mir. Der eine sagt, ich soll mitkommen. Ich sag: Wieso? Sagt er: Kommen sie mit, wir nehmen ihre Personalien auf und lassen sie dann wieder frei. Ich sag: Nee, ich seh das nicht ein! Da macht der so 'ne Handbewegung und dann haben sie mich zu sechst weggetragen. Ich hab noch gesungen.

Dann haben sie mich in die Wanne reingeschmissen. Ich hab mich auf die Bank da gesetzt. Da holt einer aus und sagt: Leg du dich da auf den Boden, wo du hingehörst. Ich bin nochmal auf und wollt an die Fensterscheibe und winken, da haben sie mich an den Haaren gezogen und auf den Boden geschmissen.

Dann sind sie mit mir weggefahren zum Kottbusser Tor an die Berliner Bank und haben dort meine Personalien aufgenommen. Und da sind schon die ersten perversen Sprüche gekommen: Ob ich schon mal 'n Knüppel zwischen den Beinen gehabt hätt', er könnt seinen Schwanz nicht nehmen, weil er sich sonst die Syphilis holen würd' oder Tripper. Und ob Desinfektionsmittel da wär, weil sie mich ja angefaßt hätten. Dann hat der eine über Funk gesagt: Die Personalien einer Frau. Da haben aller angefangen zu lachen: Das ist doch keine Frau, das ist doch 'n Putzlumpen, die fahren wir auf die nächste Müllkippe.

Dann hab ich mir so 'n Zopf geflochten. Da haben sie gesagt, ich soll den Zopf aufmachen, das wär 'ne Provokation, sonst würden sie mir die Haare abschneiden und als Beweismaterial mitnehmen. Dazwischen haben sie mir immer wieder ins Kreuz getreten. Und als sie wieder weitergefahren sind, hat der Fahrer gleich wieder scharf abgebremst, daß ich mir den Kopf an 'ner Eisenstange angeschlagen hab. Der eine hat gleich nachgeguckt und gesagt: Ach, blutet gar nicht, Scheiße, wenn die bisschen spitzer gewesen wär hätt sie jetzt wenigstens ein Loch im Kopf.

Dann meinte der eine vom Anfang: Jetzt streitest du dich nimmer, jetzt biste allein. Ich soll jetzt nochmal wiederholen was ich gesagt hätt und dabei wieder mit dem Knüppel so rumgemacht und gesagt, wenn ich's nicht wiederholt, bekäm ich Prügel. Da hab ich das halt nochmal gesagt und auch begründet und, daß ich das totale Scheiße find, was sie machen. Da ging das gleich wieder weiter: Ob ich im Bordell geboren wär und daß meine Mutter bestimmt eine Hure sei.

Dann waren da so Ted's auf 'ner Bank gesessen. Meint der eine: Komm wir schmeißen sie hier raus und sagen denen was das für eine ist, die wissen dann schon was sie mit ihr machen, da brauchen wir uns gar nicht die Finger an ihr dreckig zu machen. Und immer weiter diese Sprüche: Ihr seid doch Ratten, Schweine, Gegenstände. Und: Wenn wir könnten wie wir wollten, würden wir euch abschießen. Es wäre gut, wenn grad mal die Wehrsportgruppe Hoffmann hier einen Einsatz brächte, dann könnt' man Euch vergessen.

Und dann kam das mit der Pistole, daß der meinte, ob ich schon mal in den Lauf von 'ner Pistole geguckt hab. Ich sag, ich hab nix übrig für so Mordwerkzeug. Und dann hab ich halt in den Lauf von 'ner Pistole geguckt, die er mir vors Gesicht gehalten hat.

„Gehirn von der Straße schlürfen"

Ich war ziemlich fertig. Ich wollte heulen. Aber ich hab mich nicht getraut, weil das für die noch die totale Bestätigung gewesen wär.

Zum Schluß meinte der eine noch, wenn er mich noch einmal sieht bei 'ner Demo oder auch so, privat, dann schlägt er mir das Gehirn so aus, daß ich es mit dem Löffel von der Straße schlürfen kann. Und dann gings los, was sie jetzt mit mir machen: Soll'n wir sie in den Osten oder in Kanal schmeißen, oder auf die Müllkippe fahren oder gleich in die Kanalisation? Dann haben sie mich endlich in 'ner Seitenstraße rausgeschmissen und noch gesagt, wenn sie mich nochmal sehen, wüßt ich ja was mir blüht.

Ich bin dann zurück zur Adalbertstraße und da waren die auch schon wieder. Aber ich bin ganz cool an ihnen vorbeigelaufen und hab ihnen gezeigt, daß sie mich nicht einschüchtern können.

Polizei-Opfer klagen an

Stiefel in die Fresse

Sein linkes Auge ist ein einziger roter Fleck, den Kopf bewegt er nur vorsichtig, sein Oberkörper ist übersäht mit Blutergüssen und Striemen. Klaus bietet ein Bild, wie man es sonst nur ab und zu in Dokumentationen von amnesty international gegen die Folter sieht. Aber er war am vergangenen Mittwoch in Kreuzberg "nur" in den Bereich polizeilicher Maßnahmen geraten. Nichts für schwache Nerven war eine Pressekonferenz der Alternativen Liste und des Ermittlungsausschusses am vergangenen Freitag. Es ging um die Polizeiübergriffe gegen Demonstranten bei der Krawallnacht am Mittwoch letzter Woche.

"Er wurde von fünf oder sechs Polizisten umringt, die mit fürchterlichem Gebrüll aus einer von vier Wannen gestürmt kamen," berichtet ein Studienrat, der die Szene in der Wiener-Ecke Lausitzer Straße von seiner Wohnung aus beobachtet hatte. „Ich dachte, jetzt nehmen sie ihn fest. Aber sie schlugen solange auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Als er dann am Boden lag, schlugen und traten sie ihn noch gut eine Minute lang weiter. Dann rannten sie weg. Der Junge lag reglos am Boden. Plötzlich kam ein Polizist noch einmal aus dem Auto und trat ihm mit voller Wucht ins Gesicht. Dabei hatte er sich die ganze Zeit über nicht gewehrt."

Eine Freundin des Geprügelten zerrten andere Polizisten in eine Wanne, als sie auf ihn zulief. Da sie sich nicht einigen konnten, was ihr vorzuwerfen sei, warfen sie sie nach kurzer Zeit wieder aus dem Auto, sodaß sie auf der Straße liegen blieb.

Klaus, der stark blutete, schleppte sich nach einiger Zeit vor die Feuerwache auf der anderen Straßenseite, aus der nach ca. 10 Minuten ein Einsatzwagen "herbeieilte", um ihn ins Krankenhaus zu bringen. Als er dies aus Furcht vor einer späteren Verhaftung ablehnte, meinten die Sanitäter, so schlimm könne es dann ja nicht sein und er werde es schon verdient haben.

Von Mitgliedern der "Freien Sanitätsgruppe" notdürftig verarztet, wurde er dann ins Krankenhaus Neukölln gebracht. Der Arzt konnte wegen der Schwellungen nichts genaues feststellen, befürchtet aber, daß der hinter dem Auge liegende Orbitalknochen und der Oberkiefer gebrochen sind.

Aus Angst hatte Klaus nur seine Kopfwunden gezeigt und angegeben, er habe in einer Kneipe ein Stuhlbein in die Fresse bekommen.

Daß sein Erlebnis kein Einzelfall war, bestätigten verschiedene andere Zeugen, denen ähnliches widerfahren war. Da sich genügend Zeugen meldeten, hat er die seltene Möglichkeit, jetzt Strafanzeige stellen zu können. Ein Sprecher der Alternativen Liste wies darauf hin, daß die Krawalle am Mittwoch Nacht Ausdruck des Gefühls vieler Besetzer gewesen seien, "systematisch verarscht zu werden". Während der Besetzerrat nach langen Diskussionen sich zu Verhandlungen bereit erklärt habe, werde man vom Senat auf der einen Seite hingehalten. Auf der anderen Seite habe nach jeder Verhandlungsdiskussion im Besetzerrat eine Hausdurchsuchung oder -räumung stattgefunden. Es dränge sich der Verdacht auf, daß die Staatsanwaltschaft bewußt friedliche Lösungen auf diese Art torpedieren wolle.



Foto: Axel Arft

Ein junger Mann, der sich an dem Abend selbst zwei Platzwunden nähen lassen mußte. Er hatte zum Zeichen seiner Friedfertigkeit die Hände auf dem Kopf gelegt. Doch das hatte scheinbar nur noch provoziert.

Westberliner Krawalle: Der Fall des Toni B.

Süddeutsche Zeitung

Geschichte einer Flucht in die Gewalt

Warum ein junger Mann, der in einer Bürgerinitiative anderen zu Wohnungen verhelfen wollte, am Ende in einer Gefängniszelle landete

Von unserem Redaktionsmitglied Volker Skierka

Berlin, 5. Februar

Tagelang herrschte in den Straßen von Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg das gleiche gespenstische Bild: Mit ohrenbetäubendem Sirenengeheul rasen Kolonnen von Mannschaftswagen der Polizei in scheinbar zielloser Fahrt durch die Stadt, preschen — im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung — mit blitzendem Blaulicht auch mal über Gehwege und Grünflächen. Erschrocken springen Fußgänger zur Seite, ducken sich oder verdrücken sich in Hausflure, wenn die grünweißen „Wannen" mit quietschenden Reifen stoppen und Trupps von uniformierten Polizisten mit Helmen, Schutzschilden, Gummiknüppeln und grimmigen Gesichtern aus dem Wageninnern herausstürzen.

In den Straßenzügen erschallen Kommandos und taktische Anweisungen: „Kette marsch, drei null vorrücken, vier null stehenbleiben". Die Beamten nehmen drohend Aufstellung, durchkämmen in Reih und Glied die Stadtviertel. Dann hasten sie wieder, rhythmisch mit ihren Gummiknüppeln auf die Plastikschilde klopfend oder Hiebe austeilend, hinter langhaarigen Gestalten mit bunten Tüchern her, die wie Schatten in Seitenstraßen verschwinden und plötzlich wie vom Erdboden verschluckt sind. Irgendwann tauchen die dann an anderer Stelle in kleinen Gruppen wieder auf, es gibt einen trockenen Knall, und klirrend zerspringt eine von einem Pflasterstein getroffene Schaufensterscheibe einer Bank oder eines Kaufhauses. Manchmal geht auch auf die Polizisten ein Steinhagel nieder. „Eins, zwei, drei — laßt die Hausbesetzer frei", hallt es zwischen den Häuserblöcken wider, und auf Flugschriften, die auch an Hauswänden kleben, steht zu lesen: „Ihr werdet uns kennenlernen! Jetzt reicht's!"

Einer jener, denen „es reicht", ist der 26jährige Toni Baumgartner (der Name wurde geändert; d. Red.). Tausende leerstehender Wohnungen, Zehntausende von Wohnungsuchenden, die Skrupellosigkeit und Raffgier einiger Hausbesitzer, Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften, die oftmals arrogante Ignoranz von Politikern und Bürokraten gegenüber himmelschreienden Mißständen hatten ihn, der eigentlich zum Studium nach Berlin gekommen war, zu einem Kämpfer gegen das Wohnungselend werden lassen. Er kämpfte mit Hunderten von Briefen, Eingaben, Beschwerden für Freunde und alte Menschen, und er half, als all dies nichts mehr nützte, leerstehende Wohnungen und Häuser einfach zu besetzen. Aber als im vergangenen Dezember eines dieser Häuser in Kreuzberg von der Polizei geräumt wurde, es zu Straßenschlachten mit vielen Verletzten und zu Plünderungen kam, als Freunde von ihm verhaftet und jetzt von der Berliner Justiz zu ungewöhnlich harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden, da war Toni plötzlich mittendrin im Kampfgetümmel.

Vor drei Monaten hatten wir uns das letzte Mal gesehen. Als er mir jetzt an der Ecke Potsdamer Straße-Langenscheidtstraße in Schöneberg gegenübersteht, sieht er völlig verwildert aus. Sein dunkler Lockenkopf ist zerzaust, Bartstoppeln stehen in seinem bleichen, übernächtigten Gesicht, seine Kleider sind staubig, und von einem Schuh löst sich die Sohle. Sein Blick ist unruhig. „Letzte Nacht", ruft er aufgeregt und atemlos, „da haben sie mich eingesperrt. Wegen schweren Hausfriedensbruchs." Er hockte mit 22 anderen untergehakt und laut singend in einer gerade besetzten Moabiter „Luxus"-Altbauwohnung mit gekacheltem Bad und Innenklo, als an die 40 Polizisten mit Äxten und Schlagstöcken durch die verbarrikadierte Tür kamen, alle Anwesenden einsammelten und abtransportierten.

„Das war das erste Mal, daß ich in einer Zelle war", gesteht Toni, „wie einen Schwerverbrecher haben sie mich behandelt, gleich Photos von allen Seiten gemacht und die Fingerabdrücke genommen. Ich hab' sie dann gefragt, ob sie von dem Garski, der mit den Senats-Millionen durchgebrannt ist, auch schon die Abdrücke haben. Aber da haben die nur gelacht. Um drei haben sie mich wieder laufen lassen". Toni rennt unruhig hin und her, schielt immer wieder um die Ecke, ob die Polizei anrückt.

Parolen und Barrikaden

Eben ist er ihr gerade noch entwischt. Da stand er mit etwa 50 anderen einfach so „provozierend" vor dem „Europa-Café" an der U-Bahn-Station Kleist-Park herum, dessen Besitzer schnell die Rolläden heruntergelassen hatte, als sie anrückten. Er und die anderen waren einem Aufruf von Hausbesetzern gefolgt, sich hier zu versammeln, nachdem einer der Ihren wegen Beteiligung an den Dezember-Krawallen zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war. Einer machte gerade mit einer Klarinette Musik, als mehrere Mannschaftswagen heranbrausten, Polizisten heraussprangen, grundlos mit gezogenem Knüppel auf die Gruppe eindroschen und sie auseinandertrieben. Wehe dem, der flüchtend stürzte: Der bekam vor aller Augen noch extra eins übergezogen. Einem Pärchen folgten etwa zehn Beamte in einen Hausflur, und als sie herauskamen, lag der junge Mann oben auf dem Treppenabsatz. Er hatte einen Schlag über den Kopf bekommen und konnte nicht mehr klar sehen. Die Empörung und Erregung auf der Straße unter den teilweise schon Vermummten wuchsen. Einer sagte: „Jetzt spielen wir noch Katz' und Maus. Aber nachher, wenn's dunkel ist, gibt's ,Bambule' (Krawall)."

Eine Stunde später ist es soweit. An der Potsdamer Straße wird ein Bauwagen umgestürzt. Bretter, Gerümpel werden herbeigeschleppt, eine Barrikade wird gebaut. Toni Baumgartner ist dabei, guckt aber nur zu. Der Verkehr stockt. Im Nu ist die Polizei wieder zur Stelle. Doch schnell sind die „Störer" (wie sie im Polizeibericht genannt werden) verschwunden, Toni auch. In kleinen Gruppen ziehen nun ein paar hundert Leute durch die Straßen. Die Nacht hallt wider vom Zerspringen der Schaufensterscheiben und von Polizeisirenen. Auf einem Flugblatt fordert ein „Vorläufiger Rat der autonomen Republiken Neukölln und Kreuzberg": „Jeder Tag, an dem unsere Genossen sitzen, soll eine Million Mark kosten! Randale, was das Zeug hält! Jedes geräumte Haus eine Million extra! Jede Verurteilung eine Million extra! — Kleine Gruppen dorthin, wo die Bullen nicht sind. Abhauen, woanders hin, wenn die Bullen kommen." Zielobjekte sind die großen Kaufhäuser und Banken, die, so Toni, „den Terror gegen die Mieter finanzieren". „Schmeißt nicht den kleinen Geschäftsleuten die Scheiben ein", heißt es in dem Flugblatt. „Die kleinen Krauter sind nicht unsere Feinde." Viele werden vorübergehend festgenommen. Bis Donnerstag waren es 181.

Toni Baumgartner hat sich an jenem Abend bald verdrückt und erst mal schlafen gelegt. Er wohnt mit fünf Freunden und deren drei Kindern in einer Wohngemeinschaft inmitten des Kreuzberger Sanierungsgebietes Südost (SO) 36 — dort, wo der soziale Konfliktstoff des Wohnungs- und Ausländerproblems am explosivsten ist und nach den Worten des Berliner Schriftstellers Dieter Hoffmann-Axthelm der „Krieg der Baugesellschaften gegen die Bewohner" stattfindet.

Toni Baumgartner kam Ende 1977 nach Berlin. „Es war arschkalt, und ich hatte keine Wohnung." Mit einem, bei dem er unterkam und der ihn die Kniffe und Tricks des Wohnungsmarktes beibrachte, ging er auf die Suche. Wenn die Zeitung mit den Anzeigen herauskam, blockierte einer immer eine Telephonzelle, der andere besorgte eine Zeitung. Bald fand er eine Einzimmerwohnung in der Nähe des Kreuzberger Mariannenplatzes: Hinterhof mit Außentoilette und Blick auf die Mauer nach Ostberlin für 68 Mark im Monat. Dort lernte er, der aus einem beschaulichen Städtchen in der Bundesrepublik und aus einer liberal-konservativen Handwerkerfamilie kommt, erst einmal kennen, was Wohnungsnot heißt. Er wurde schnell Mitglied der Bürgerinitiative SO 36.

Politisch aktiv war er schon vorher gewesen. Mit 13 Jahren hatte er sich für Politik zu interessieren begonnen, als er und seine Klassenkameraden 1968 auf einem Wandertag in Heidelberg unversehens in eine Straßenschlacht gerieten, von einem Wasserwerfer eingeweicht wurden und einige aus der Klasse sogar ein paar Hiebe abbekamen.

Im Laden der Bürgerinitiative gab er für alte Leute, ebenso wie für „Freaks" Rechtsberatung. Er erfuhr, daß alte Menschen unter unwürdigen Bedingungen hausten, in Wohnungen, in denen es durchregnet, mit kaputten Fenstern und Öfen, zerstörten Treppen und unbeleuchteten Hausfluren, daß sie verdrängt wurden aus ihrer gewohnten Umgebung, weil der Besitzer auf Abriß und lukrativen Neubau spekulierte. Er erfuhr, daß Wohnungen und Häuser oft jahrelang leerstanden und verrotteten, daß guterhaltene Altbauten mitunter aus reiner Profitgier der Abrißbirne zum Opfer fielen, während sich die Bürgerinitiativen kaum retten konnten vor Wohnungsuchenden. Sie machten „Leerstandsanzeigen", sie versuchten, Leuten auf dem Klageweg zur einer Wohnung zu verhelfen, aber kaum eine Behörde, kaum ein Politiker machte einen Finger krumm. „Dabei ist eine menschenwürdige Unterkunft doch eines der elementarsten Grundrechte. Ich kriegte das Gefühl, hier wird unglaublich viel Unrecht getan."

Und Toni Baumgartner zitiert den Superintendenten der evangelischen Kirche in Kreuzberg, Pfarrer Gustav Roth, der sich auf die Seite der Hausbesetzer geschlagen hat und der nach den Straßenkrawallen der letzten Nächte einmal öffentlich über die Gewalt sprach, „die eigentlich seit Jahren an alten Menschen hier verübt wird und über die niemand spricht". Vielen fehle die Lebenskraft, mit einer Vertreibung aus gewohnter Umgebung fertig zu werden, „und wenn solche Menschen nach einem halben Jahr sterben, steht auf ihrem Totenschein ,Herzversagen', weil sich die eigentliche Todesursache, die Gewalt in ganz subtiler Form, juristisch nicht festmachen läßt".

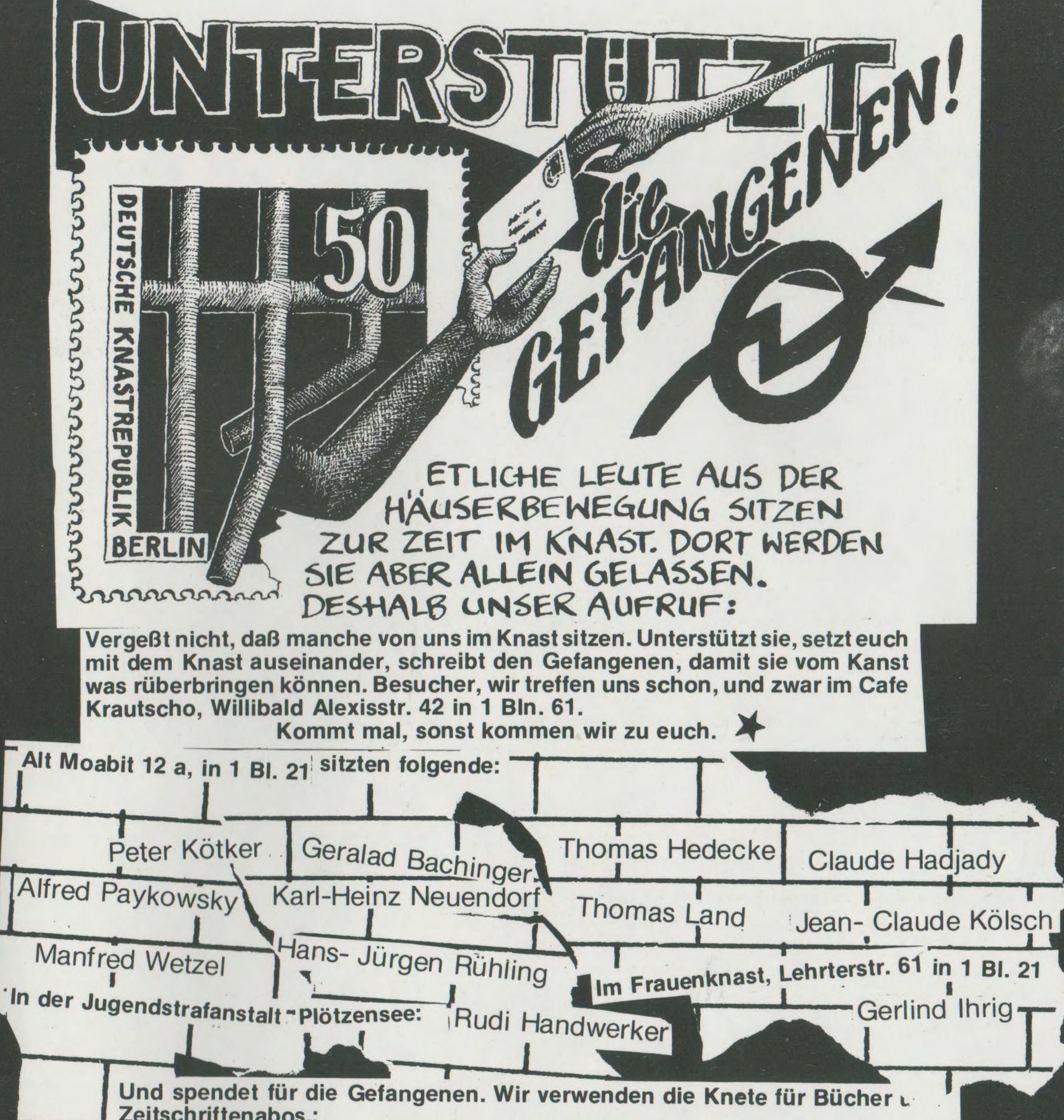
Irgendwann schritten Toni Baumgartner und seine Freunde von der Bürgerinitiative zur Selbsthilfe. Vor zwei Jahren, am 2. Februar 1979, sechs Wochen vor den letzten Berliner Abgeordnetenhauswahlen, wurden die ersten beiden Wohnungen in Berlin „instandbesetzt". „Etwas ängstlich und mit Pinseln, Farbe und Tapeten rückten wir an, renovierten die Räume und nahmen sie in Beschlag." Die Wohnungen gehörten einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, von der bekannt war, daß sie angeblich an die 250 Wohnungen hatte leerstehen lassen. Nach dieser Aktion bekamen die Besetzer nicht nur schnell einen Mietvertrag, sondern es wurden auch weitere etwa 30 bis 40 Wohnungen vergeben, zum Teil mit Mietnachlaß, wenn die neuen Bewohner die Räume selber aufmöbelten. „Es war genau das, was wir auch heute wollen. Damals ging es ohne Krawalle und ohne Schauprozesse in den Hochsicherheitsbereichen der Gerichte", stellt Toni fest.

Aber der Hoffnungsschimmer für die Leute hier vom Kiez verflüchtigte sich, als die Wahlen vorüber waren. Hausbesetzungen waren Hausfriedensbruch und somit kriminell, und mit Rechtsbrechern verhandelt keine Behörde. Es geschah nichts. Die Folge war, daß immer mehr Häuser besetzt wurden, daß die gegenseitige Sprachlosigkeit, die Spannung, die Bereitschaft zur Militanz wuchs, je länger eine Lösung des Problems auf sich warten ließ. Längst waren im Herbst vergangenen Jahres kleinere Scharmützel radikaler Hausbesetzer mit Polizisten an der Tagesordnung, als am 12. Dezember 1980 der Topf überkochte, auf dem man, nach den Worten Baumgartners, so lange den Deckel gepreßt hatte, anstatt die Flamme darunter zu löschen. Tagelang waren Steine und Polizeiknüppel die einzigen Argumente.

Mittlerweile ist das, was sich da in Kreuzberg abspielt, mehr als nur ein Wohnungsproblem. „Bei uns gibt es mehr Leute als anderswo ohne berufliche Perspektive. Für die ist ihr besetztes Haus oft die einzige Existenzgrundlage und die einzige Gemeinschaft, in der sie sich zu Hause fühlen. Das fördert die Bereitschaft, sich mit Gewalt gegen den Staat zu wehren", sagt Toni Baumgartner, der eher gegen Gewalt ist, weil er auch die Sympathien in der Bevölkerung nicht aufs Spiel setzen will. „Die einzige Alternative für die meist ist nur noch, Fixer zu werden", sagt einer aus jenen Häusern, deren Insassen der Polizeipräsident zu Terrorismus-Sympathisanten zählt. Es gibt einige Häuser, in denen sich junge Menschen verschanzt haben, die in ihrer Chancenlosigkeit und Ohnmacht menschliche Wärme und Bindung nirgendwo sonst mehr zu finden glauben als unter ihresgleichen. Sie zählen zu jenen 9,2 Prozent der Jugendlichen in Berlin, die arbeitslos sind und „höchstens mal für vier Mark fuffzig in der Stunde Cola-Etiketten kleben" dürfen. „Massig" mischen sich nach den Beobachtungen von Toni Baumgartner inzwischen auch junge Türken unter jene, die Gewalt als beinahe noch einzigen Ausweg sehen.

In der vergangenen Woche war der Burgfriede, zu dem es zuletzt zwischen Besetzern und Polizei gekommen war, wieder dahin, als Bekannte von Toni Baumgartner im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt zu zweieinhalb Jahren sowie 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurden — Urteile, die beim Senat, ohne daß dies öffentlich kundgetan worden wäre, Kopfschütteln und Betroffenheit auslösten, weil nun die Gesprächsbereitschaft wieder gefährdet war. Einem glitt die Bemerkung über die Zunge, hier seien offenbar „am gesunden Volksempfinden orientierte, aber juristisch fragwürdige Abschreckungsurteile" gefällt worden. Und ein anderer Senatsvertreter meinte, die Gerichte seien zwar unabhängig, doch könnten bestimmte Entscheidungen nicht losgelöst vom großen politischen Rahmen stehen.

Als Toni Baumgartner von dem Urteil über 14 Monate für den 24jährigen, bis dahin unbelasteten Guido Weitz erfuhr, kam er sich wie viele „verarscht" vor; für ihn stand fest: „Die Justiz macht hier die Politik, sie will den Krieg." Und er schloß sich einer Gruppe an, die in jener Nacht nach dem Urteil wie viele andere ausschwärmte. Als am Kottbusser Tor die Polizei mit Schlagstöcken gegen sie vorging, trieb es Toni vorwärts und er war plötzlich dabei, als andere mit „Hauruck" einen Bauwagen umstürzten. Sie rannten weiter, als die Sirenen heulten und immer näher kamen. Dann stand er auf einmal vor einer Bankfiliale. Der Gehweg war an einer Stelle aufgerissen. Ohne zu zögern, bückte sich Toni Baumgartner, hob einen Pflasterstein auf, zielte, und die Scheibe zersprang mit einem Krach in tausend Scherben.



Ein Steinwurf weit von der Gerechtigkeit

Im Anschluß an die polizeiliche Räumung eines instandbesetzten Hauses kam es in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1980 in Kreuzberg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, die mittlerweile Gegenstand von Strafverfahren sind. Dabei wurden zum Teil erschreckend hohe Haftstrafen verhängt: 14 Monate ohne Bewährung für den nicht vorbestraften 27jährigen Guido W., 18 Monate ohne Bewährung gegen den nicht vorbestraften 22jährigen Peter K., sowie 12 Monate mit Bewährung für die nicht vorbestrafte Susanne B. – jeweils wegen schweren Landfriedensbruchs, für den nach § 125 a StGB ein Strafrahmen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren vorgesehen ist (und lediglich Strafen bis zu zwölf Monaten ohne weiteres zur Bewährung ausgesetzt werden können).

Die Härte der Urteile wird deutlich, wenn man sie mit Strafen vergleicht, die im Vorjahr in Moabit verhängt worden sind:
– im Februar 1980 wurde ein 33jähriger Kaufmann wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung (Auto-Unfall samt Fahrerflucht) zu neun Monaten mit Bewährung verurteilt;
– im Oktober erhielt ein 54jähriger Senatsrat, der einen Unfall verursacht und danach mit Tritten und Beleidigungen gegen Polizisten vorgegangen war, sechs Monate mit Bewährung;
– ein 21jähriges Mitglied der rechtsradikalen Wiking-Jugend schließlich, das sich an einem Überfall auf das Jugend-Kollektiv im Thomas-Weißbecker-Haus beteiligt hatte (bei dem die Einrichtung demoliert und die Bewohner mit Knüppeln angegriffen wurden), bekam drei Tage Kurz-Arrest zudiktiert.

Für zwei Steinwürfe gegen Polizisten dagegen sollen nun zwei Demonstranten für 14 und 18 Monate ins Gefängnis. Wirken diese Urteile schon auf einen Außenstehenden unverhältnismäßig, so müssen sie bei den Verurteilten selbst den Glauben an die Gerechtigkeit endgültig zerstören, zumal man deren Verhalten nicht losgelöst von seiner Vorgeschichte sehen und beurteilen kann. In den auch vom Regierenden Bürgermeister Vogel zur Erklärung der Vorfälle herangezogenen „Thesen zu den Jugendunruhen 1980" der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen heißt es dazu: „Für die randalierenden Jugendlichen ist Gewalt Ausdruck einer verzweifelten Situation und einer bedrängten Gefühlslage. Sie ist für sie gleichzeitig auch ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen, nachdem andere offenbar versagt haben oder ihnen versagt blieben. So jedenfalls sieht es im subjektiven Erleben der Jugendlichen aus, die nicht als Mitläufer zu betrachten sind. Aus der Sicht Außenstehender ist dieses Erleben allerdings verzerrt und es führt zu falschen Einstellungen. Aber es beruht auf realen, konkreten Gegebenheiten, die nicht zu übersehen sind."

Zu den nicht zu übersehenden Gegebenheiten gehört, daß die verfehlte Berliner Wohnraum-Politik durch jahrelange legale Bemühungen und Initiativen nicht verändert und die durch sie gedeckte gewaltsame Wohnraum-Zerstörung nicht gestoppt werden konnte. Dazu gehört ferner die traurige Tatsache, daß es offenbar erst der gewaltsamen Auseinandersetzungen bedurfte, um den Senat zum Überdenken dieser Politik zu veranlassen. Weder Polizei-Einsätze aber noch Gerichtsverfahren sind geeignete Mittel, die Folgen politischer Fehler – noch dazu auf Kosten der hauptsächlich von ihnen Betroffenen – zu beseitigen. Soziale Probleme sind nicht mit Abschreckungs-Strategien zu lösen.

Drei Urteile sind gefällt, weitere stehen an. Welche Folgen werden sie – nicht nur für die Verurteilten – haben? Wie sieht es in denen aus, die jetzt für viele Monate eingesperrt werden sollen? Wie wird es in ihnen aussehen, wenn sie endlich das Gefängnis verlassen dürfen? Können sie die Strafen als gerecht empfinden? Und wenn nicht, wie werden sie in Zukunft darauf reagieren? Können so nicht mutwillig Staatsfeinde produziert werden, die später in den Untergrund gehen? Im Herbst 1977 sind deutsche Intellektuelle beschuldigt worden, den Anfängen des Terrorismus nicht entschieden genug begegnet zu sein. So falsch und denunziatorisch dieser Vorwurf damals war – so entschieden warnen wir heute vor den Anfängen einer neuen Fehlentwicklung, die letztlich wieder nur zur Eskalation von Gewalt führen wird.

Das Problem der Hausbesetzungen inclusive der Gewaltanwendung ist ein politisches Problem, auf das eine politische Antwort gegeben werden muß: nämlich durch ein umfassendes Amnestie-Gesetz, das das Berliner Abgeordnetenhaus so schnell wie möglich verabschieden sollte. Ohne eine Amnestie wird auch das politische Programm des Senats, über das er mit den Instandbesetzern verhandeln will, unglaubwürdig bleiben und scheitern.

Johannes Agnoli, Heinrich Albertz, Astrid Albrecht-Heide, Ulrich Albrecht, Elmar Altvater, Margherita von Brentano, Fritz Eberhard, Klaus Eschen, Jonas Geist, Brigitte Gollwitzer, Helmut Gollwitzer, Arwed D. Gorella, Sarah Haffner, Wolfgang Fritz Haug, Richard Hey, Klaus Holzkamp, Urs Jaeggi, Yaak Karsunke, Peter Lilienthal, Volker Ludwig, Wolf-Dieter Narr, Elisabeth Plessen, Karin Reschke, Helke Sander, Otto Sander, Kurt Scharf, Otto Schily, Peter Schneider, Peter Stein, Klaus Stiller, Hans-Christian Ströbele, Klaus Völker, Klaus Wagenbach, Uwe Wesel, Peter-Paul Zahl.

Verantwortlich: Prof. Dr. Uwe Wesel, Koenigsallee 41, Berlin 33; Yaak Karsunke, Westfälische Straße 34, Berlin 31.


Gerloff
FAB